

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Sprechstunde: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 13. März 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Sprechstunde: Amt IV, Nr. 1984.

Gegen das Attentat auf das Schweizer Asylrecht.

Wir haben bereits in unserer Nummer vom 11. d. M. auf den schändlichen Versuch hingewiesen, das Asylrecht der Schweiz durch Auslieferung des Sozialisten-Revolutionären **Vromar Cassille** preiszugeben. Wir erwähnten auch bereits die Adresse an das Schweizer Volk, die von französischer Seite ausgeht um diesen Versuch zu vereiteln. Wir veröffentlichen heute die Adresse im Wortlaut zugleich mit den Namen deutscher Parteigenossen, die sich ihr angeschlossen haben:

- An das Schweizer Volk!
- Die russische Regierung fordert von der Schweizer Republik die Auslieferung des **Vromar-Cassille**, der im Januar 1906 als Mitglied der sozialisten-revolutionären Partei den Polizeipräsidenten von **Penfa**, **Rombowurov**, getötet hat.
- Der Polizeipräsident von **Penfa** hatte aus Anlaß friedlicher und geselliger Manifestationen, welche den Jarenelerah vom 17./30. Oktober feiern sollten, Niedermetzungen von Frauen und Kindern organisiert; er organisierte zugleich Pogrome der Intellektuellen und ließ in den Gefängnissen politische Gefangene foltern.
- Die Tat von **Vromar-Cassille**, im Auftrage seiner Partei, war eine rein politische.
- Unter ähnlichen Umständen hat Frankreich die Auslieferung **Hartmanns** verweigert, der an dem vorbereiteten Attentat auf **Alexander II.** teilgenommen hatte.
- Italien weigerte sich **Michel Söy** auszuliefern, das Mitglied der Kampforganisation der sozialisten-revolutionären Partei, der **Sipjagin** und **Blehow** getötet hatte.
- Schweden verweigerte die Auslieferung **Tscherniaks**, der angeklagt war, sich an dem Attentat auf **Stolypin** beteiligt zu haben.
- Die österreichischen Gesandten haben soeben, vor kaum acht Tagen, unter Abweisung der Anklage des kaiserlich-österreichischen Staatsanwalts **Hr. Wanda Kapuelsta** freigesprochen, die sich rühmte, auf den Generalgouverneur von **Polen**, **Stalon**, eine Bombe geworfen zu haben.
- Die Schweizer Republik wird nicht das tun, was nicht einmal Könige und Kaiserreiche getan haben. Schon ist ihre Vertrauensseligkeit getäuscht worden, als sie den russischen Behörden **Welenisow** auslieferte, der noch, bevor er abgerichtet werden konnte, durch die Verhandlungen in seinem Gefängnisse starb.
- Alle Zeit hat die freie Schweiz sich daraus eine Ehre gemacht, gegen die stärksten Gewalten die politischen Flüchtlinge aller Nationen zu beschützen.
- Wir sind gewiß, daß sie nicht dadurch, daß sie die Auslieferung **Vromar-Cassilles** zuläßt, diese ehrenvolle Tradition wird ablegen wollen.
- Anatole France; Octave Mirbeau; A. Ferdinand Sobold; Ch. Reigobos, Professor an der Sorbonne; Jean Jaurès; Gustave Giffroy; Francis de Pressensé, Präsident der Liga der Menschen- und Bürgerrechte; Pierre Cullard; Paul Painlevé; Gabriel Séailles, Professor an der Sorbonne; Ch. Waig-Séailles, Chefredakteur des „Courrier Européen“; Jean Longuet; Albert Thomas, L. Némy, Redakteure der „L'Humanité“; F. Gruy, Redakteur der „Dépêche“; Charles Ribet, Mitglied der Académie de Médecine; Gley, Professor an der medizinischen Fakultät; Messier, Deputierter; S. Tarbouriech, Hubert Lagardelle, Lehrer am „Collège des Sciences Sociales“.
- Deutscherseits haben ihre Zustimmung zu der Adresse gegeben:
- Lebedour, Stolle, Lehmann, A. Fischer, Hiltenbrand, Meyer, Sasse, Arthur Stadthagen, Frohne, Dr. Franz-Mannheim, Eichhorn, Stäcken, Scheidemann, Sebring, Diez, Koste, Th. Schwarz-Lübeck, Albrecht, A. Schmidt, A. Hengsbach, C. Legien, E. Vrey, Joch, L. Emmel, A. Böhle, Bräune, Geper, Kaben, Ged. S. Wollenbühr, Horn (Sachsen), Heine, Paul Singer, Bebel, Hue, Max Grünwald, Eugen Ernst, Riepmann, Voelke, Wels, die Redaktion des „Vorwärts“.

Doppelt geprellt!

Während des letzten Reichstagswahlkampfes kündigte auf einmal, ganz überrassend, die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ an, daß die verbündeten Regierungen entschlossen gewesen seien, die Gehälter für die mittleren und unteren Beamten aufzubessern, daß sie jedoch die Auflösung des Reichstages verhindert habe, ihre Absichten verlautbaren zu lassen. Und diese wunderbare Botschaft teilte das offiziöse Organ unter der Spitzmarke „Zum Wahlkampf“ mit, ein Versuch täppischer Gimpelgänger, den selbst die „Deutsche Tageszeitung“ als „Gipfel des Ungeheils“ bezeichnete.

Wir wiesen feinerzeit nach, daß es sich bei dieser eigenartigen Ankündigung einer Aufbesserung der Beamtengehälter um nichts anderes als einen plumpen Wahlschwindel handelte. Wir zeigten, daß weder im Etat für 1907, noch in der dem Etat beigegebenen Denkschrift auch nur mit einer Silbe die angeblichen beamtenfreundlichen Absichten der verbündeten Regierungen erwähnt worden waren! Was doch unbedingt geschehen wäre, wenn diese Absicht wirklich bestanden hätte! Na, mehr noch: Wir wiesen des weiteren nach,

daß in der Denkschrift zum Etat für 1907 ausdrücklich erklärt war, daß sich die Fürsorge für die Unterbeamten auf die Erleichterung des Aufstiegs der Beamten in gehobene Dienststellen erstrecken solle, daß aber „Folgerungen für Angehörige der gleichen Gehaltsstufe nicht gezogen werden dürfen“.

Die Regierung hatte also nicht nur keine Absicht, die Beamtengehälter aufzubessern, sondern sie hielt es sogar für notwendig, alle weiteren Wünsche und Hoffnungen der Beamten bereits im Keime zu ersticken!

Aber da trat der unvorhergesehene Fall ein, daß **Bülow** sich aus allerhand Verlegenheiten durch einen Gewaltstreich, die Reichstagsauflösung und Neuwahlen im Zeichen der Blockpolitik, retten mußte. Und da **Bülow** selbst sehr wenig Vertrauen zu seinem gewaltsamen Experiment hatte, galt es, wenigstens die Beamten durch freundliche Vorspiegelungen zu überbrücken, sie durch die Zusage einer Gehaltsaufbesserung mit der Politik der agrarischen Volksausplünderung und der kolonialen Geldverschwendung auszuföhnen. Die Abstimmung bei den Reichstagswahlen erfolgte ja im „Klosett“, also geheim, und da mußte man in beamtenfreundlichkeit machen, um nicht in Gestalt roter Stimmzettel die Quittung für den Brot- und Fleischwucher ausgestellt zu erhalten!

Das offiziöse Organ behauptete also, bereits im Jahre 1906 habe die Regierung die feste Absicht befaßt, die Beamtengehälter aufzubessern! Und heuer, im Jahre 1908, erklärte der neue Reichsschatzsekretär **Sydow**, daß diese Gehaltsaufbesserung solange verlagert werden müßte, bis die neue Reichsfinanzreform die Mittel dafür gebracht habe!

Für die Aufbesserung der Beamtengehälter ist also kein Geld da! Die Beamten müssen sich mit mageren Teuerungszulagen begnügen! Das durch die Finanzreform vom Jahre 1906 aufgebrauchte Geld ist für die famosen Kolonien und den Marinismus verausgabt worden! Aber trotzdem jetzt wieder ein so enormes Loch im Reichsäckel klappt, hat man eine neue Marinevorlage eingebracht, um unsere Flotte abermals zu „verjüngen“. Und diese Marinevorlage, die ganz überflüssig ist, an der aber unsere Panzerplattenpatrioten ein hübsches Stück Geld verdienen, ist eingebracht und auch bereits von den bürgerlichen Parteien bewilligt worden, ohne daß das nötige Geld zur Deckung bereits beschafft worden ist! Für die Flotte und für die Kolonien nimmt man einfach Anleihen auf — eine Milliarde nach der anderen —; aber wenn schlecht bezahlten Unterbeamten ihr Gehalt aufgebessert werden soll, müssen erst „die Mittel vorhanden sein!“ Selbst die „Vossische Zeitung“, das Organ jenes Freisinns, der mit Pauken und Trompeten für die neue Marinevorlage gestimmt hat, statt erst einmal für die Einlösung des Versprechens der Regierung den Beamten gegenüber zu sorgen, bemerkt: „Damit sollen sich die Beamten getösten. Klapp und klar: Ohne Finanzreform keine Besoldungsreform, und die Finanzreform muß so umfassend sein, daß auch wirklich die Millionen für die Beamten abfallen, nachdem viele andere Bedürfnisse befriedigt sind.“

Aber die Regierung braucht ja jetzt bei den Beamten nicht mehr um gut Wetter zu bitten. Bei der Reichstagswahl haben sie ja ihre Schuldigkeit getan! Und bei der Landtagswahl hat sie die Regierung ja in der Hand! Die Abstimmung ist ja öffentlich! Ein hoher Ministerialbeamter soll nach bürgerlichen Blättern erst kürzlich geäußert haben: „Was wollen Sie? Wir haben doch bei uns ein öffentliches Wahlrecht! Wer will denn da bei uns durch seine Stimmabgabe gegen uns demonstrieren?“

In der Tat: Als die Reichstagswahl vom Januar 1907 vor der Tür stand, versprach die Regierung die Beamtengehaltserhöhung, die schon 1906, vor der Reichstagsauflösung, angeblich beschlossene Sache gewesen sei. Jetzt, im März 1908, wo die Landtagswahl vor der Tür steht, erklärt dieselbe Regierung kühl: Gehaltserhöhung gibts erst dann, wenn die neue Reichsfinanzreform unter Dach und Fach gebracht ist und sich ergiebig genug erweist, daß dann auch noch etwas für die mittleren und unteren Beamten übrig bleibt!

So sind die Beamten, die sich bei der Reichstagswahl durch die liebendwürdigen Versprechungen der Regierung bestechen ließen, die doppelt geprellten!

Hoffentlich aber haben sie jetzt wenigstens gelernt, was von dergleichen Versprechungen der Regierung und der Umschmeichelung bürgerlicher Parteien zu halten ist.

Kraetkes Reform.

Von einem höheren Postbeamten a. D. wird uns geschrieben: Die „Deutschen Nachrichten“ sprechen von einer neuen Reform, die Herr **Kraetke**, der ohne irgendwelche bekannte Verdienste an die Spitze des Reichspostamts gelangt ist, plant. Die Reform soll in der Einführung einer neuen Art von Postsendungen bestehen. Bisher war die Gattung Drucksachen noch nicht in zwei Spezies getrennt. **Kraetke** will nun das postalische System sinnlos vervollkommen und die Drucksachen in zwei Unterabteilungen scheiden; er will, wie er wahrscheinlich schönrednerisch im Reichstage verkünden wird, die

Post um eine neue Sendung, um die der eiligen Drucksachen, bereichern.

Leider ist zu der Verteuerung des Drucksachenpostos nicht die Zustimmung des Reichstages erforderlich. Die Sache läßt sich also auf dem bequemeren Verwaltungswege machen. Auf den ersten Blick sieht die Schaffung eiliger Drucksachen vielleicht tatsächlich wie eine Reform aus, so daß der Laie in ihr eine Verkehrsverbesserung erblicken könnte. Wie aber liegen die Verhältnisse in Wirklichkeit?

Die Drucksachen gehören zu der Briefpost, die instruktionsmäßig mit jeder Gelegenheit auf dem schnellsten Wege zu befördern ist, im Gegensatz zu der Geld- und Paketpost, bei der mehr auf Regelmäßigkeit als auf besondere Schnelligkeit gesehen wird. Wer also eine Drucksache aufleiert, ist der Meinung, daß sie genau so schnell an den Bestimmungsort gelangt, wie ein Brief. Und eine Todesanzeige, eine Zeitung unter Kreuzband, ein hektographiertes Zeitungsmanuskript, eine Besuchsanzeige, eine Einladung usw. hat es auch meist viel eiliger als der gemüthliche Brief. Die Dienstvorschrift für Post und Telegraphie, jenes zwölfbändige Ungeheuer, in dem alles bis auf die Art und Weise der Siegelung eines Briefkastens genau angegeben ist, macht deshalb auch keinen Unterschied zwischen der Beförderung verschlossener Briefe und unverschlossener Drucksachen.

Das Publikum richtet sich denn auch bei der Frankierung einer Sendung als Drucksache nur nach der Zulässigkeit des Inhalts, ohne dabei zu denken, daß die mit 3 Pf. frankierte Drucksache ihren Weg langsamer zurücklegen könnte, als der respektablere Brief. Bisher erlitten auch nur die in großen Massen aufgefertigten Drucksachen eine Verpätung. Es ist ja klar, daß die Tausende und Abertausende von Preislustigen, die zum Beispiel die Firma **Kudolph Herzog** mit einem Schläge zur Post bringt, nicht im Handumdrehen sortiert werden können, zumal es bei derartigen Massenausslieferungen dem Abfender auf einen Tag früher oder später gar nicht ankommt. Diese Massenausslieferungen haben nun mit der Zeit einen so großen Umfang erreicht, daß das Postamt Berlin C schon seit Jahren eine besondere Massendrucksendungsverteilungsstelle hat einrichten müssen, wo die Sendungen in aller Gemüthlichkeit — d. h. was man bei der Post „Gemüthlichkeit“ nennt — sortiert werden.

Bei der Ankunft erleiden die Massendrucksendungen ebenfalls eine Verzögerung, da sie, wenn z. B. eine kleine Stadt plötzlich mit Neuj. oblichen Katalogen überschwemmt wird, nicht sofort abgetragen werden können.

Diese Notprovis scheint Herrn **Kraetke** auf seinen Reformgedanken gebracht zu haben. Er will alle Drucksachen hinsichtlich der Beförderung den Massendrucksendungen gleichstellen und für solche Drucksachen, die in der bisher vorgeschriebenen Weise befördert werden, ein erhöhtes Porto erheben. Die verteuerten Drucksachen heißen eilige Drucksachen und bedingen nach den „Deutschen Nachrichten“ bis 100 Gramm einen Zuschlag von 1 Pfennig, von 100 bis 500 Gramm einen Zuschlag von 3 Pfennigen und von 500 bis 1000 Gramm einen Zuschlag von 5 Pfennigen.

Da natürlich niemand, außer der Massenausslieferung, seine Drucksachen verspätet befördert haben will, würde das Publikum, um seine Drucksachen in der bisherigen Weise befördert zu sehen, genötigt sein, den Zuschlag für eilige Drucksachen zu zahlen. Die Drucksachenreform **Kraetkes** würde also nicht etwa in der Schaffung eiliger Drucksachen bestehen, denn bisher sind instruktionsmäßig alle Drucksachen eilig, sondern in der Schaffung langsamer Drucksachen.

Die wertvollste Kolonie.

Als solche galt und gilt vielleicht heute noch Südwestafrika vielen unserer Kolonialschwärmer. Denn dies ist ja die Kolonie, wo weiche Siedelung möglich sein soll, wo ein Neu-Deutschland einst entstehen soll. Die teuerste Kolonie ist das Gebiet zweifellos; mit Strömen Blutes ist es gedüngt, und viele Hunderte von Millionen haben aus dem Sädel des Reichs, aus den Taschen der Steuerzahler für das Land entnommen werden müssen. Und was ist erreicht in jetzt 24 Jahren deutscher Besitzherrschaft? Die Eingeborenen sind dezimiert und verflaut, etwa 4899 weiße Männer, die zu einem großen Teil von der kleinen Kolonialarmee, die noch im Lande steht, leben, oder von den Beamten, die es verwalten, oder von den Wahaubanten, die mittel- oder unmittelbar auf Kosten der deutschen Steuerzahler vorgenommen werden. Von den weißen Männern sind ganze 640 Anseher! Kein Wunder, wenn man bedenkt, daß das Land an einem furchtbaren Wassermangel leidet, so daß mit großen Kosten Brunnen gehobelt werden müssen. Der Preis solcher 30 Meter tiefer Bohrlöcher stellt sich im günstigsten Fall — bei weitem Gestein — auf 2100 M.! (Die Wasserstellen suchte der Landrat v. **Weller** mit der Wünschekrute auf, der in Europa zum Geispöt der Fachleute wurde.) Eine Viehhalm braucht 10—20000 Hektar Land, um die Herden vor dem Verhungern und Verdursten einigermaßen zu schützen, böartige Seuchen sind heimlich.

Von den 109 Technikern und 2428 Handwerkern, Arbeitern, Bergleuten usw. werden nach Vollendung der Bahndanten viele der Kolonie wieder den Rücken kehren, die übrigen Weißen gliedern sich in 825 Kaufleute, Händler, Gastwirte, Frachtfahrer, die zum Teil von der Schutztruppe, den Beamten und dem Bahnbaupersonal leben, in 324 Regierungsbeamte und 73 Geistliche und Missionare und andere mehr.

Daß diese Bevölkerung auf lange Zeit nicht erheblich steigen kann, liegt auf der Hand. Einen Begriff von der Zukunft dieser wertvollsten Kolonie kann folgendes Rechenexempel geben: Südwest-

afrika hat 823 500 Quadratkilometer Fläche. Die Viehzucht ist der einzige Produktionszweig, der ernstlich in Betracht kommt. Die Viehhaltung (nach Dernburg) 10 000—20 000 Hektar groß sein. Nehmen wir als Durchschnitt 15 000 Hektar, so ergibt sich, daß in der Kolonie, da 823 500 Quadratkilometer 82 350 000 Hektar sind, 5490 solcher Viehhaltungen Platz finden könnten, wenn nicht noch größere Flächen für Ortschaften und für Wälder abzurechnen wären, die für den Farmbetrieb nicht in Betracht kommen.

Von den reichen Mineralvorkommen, die dem Lande nachgerühmt worden sind, hat man bis jetzt sehr wenig gefunden. Zwei ganze Kupferminen sind im Beginn des Betriebes. Angebliche Goldfunde erwiesen sich als Schwindel.

Auf für eine Kolonie mit diesen glänzenden Aussichten sind allein in den Jahren 1899 bis 1907 an Reichszuschuß (inklusive Kriegskosten, exklusive Dampfersubvention und Anteil der Marinekosten), sowie des Anteils an der Kolonialverwaltung in Deutschland 464 273 000 M. ausgegeben und für 1908 sollen über 40 Millionen neu hinzukommen, die neuen Eisenbahnpläne noch nicht gerechnet, die Dernburg noch im Sacke hat.

In der Tat eine wertvolle Kolonie!

Und um der Behauptung dieser wertvollen Kolonie ist Leben und Gesundheit Tausender deutscher Soldaten aufs Spiel gesetzt worden und sind Zehntausende von Eingeborenen erschossen oder in Konzentrationslagern, wo die Sterblichkeit 45—60 Proz. betrug, vom Leben zum Tode gebracht worden oder in der Wüste Omaha den Qualen des Durst- und Hungertodes überliefert worden!

Und der Rest der Unglücklichen, der noch geblieben, wird jetzt unter „verantwortlicher Redaktion“ Dernburg verhindert, sich aus dem Elend wieder zu erheben, wird verflacht des Profits der Farmer und Minengesellschaften wegen!

Kulturpolitik!

Aber die Börman und die Tippelstich und Poddelski u. a. mehr zogen und ziehen ihre Profite aus dieser Kolonie. Und die Minengesellschaften und die Banken und die Lieferanten des Eisenbahnmateriale — sie alle wissen, weshalb Südwestafrica trotz alledem doch eine wertvolle Kolonie ist.

Für einige Kapitalisten nämlich! Denn die Kosten trägt ja das deutsche Volk!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. März 1908.

Seefahrtsfragen.

Eine Nachmittags- und eine Abend Sitzung wurden heute im Reichstage dazu verwendet, um die Einzelberatung des Reichstages des Innern zu Ende zu bringen. Allerhand Spezialfragen wurden dabei abgehandelt, doch entfiel der Hauptteil des Interesses auf Seefahrtsfragen.

Ehe es dazu kam, brachte noch Genosse S a c h s e die Mißstände zur Sprache, die sich aus der neuerdings mit Hochdruck betriebenen Invalidenrentenherabsetzung ergeben haben. An einer Fülle von Einzelheiten wies er nach, daß besonders in Schlesien diese Rentenverlängerung besonders nachteilige Wirkungen für die Invaliden der Arbeit gehabt hat, während umgekehrt die Verwaltungskosten gestiegen sind.

Direktor C a s p a r glaubte diese Beschwerden dadurch entkräften zu können, daß er behauptete, nur so würde sich die Erhöhung der Invalidenkassenbeiträge vermeiden lassen. Aber das ist doch immer noch kein Grund für die Ungleichmäßigkeit der Regulierungsmethode in den verschiedenen Landesteilen und für die auffällige Erhöhung der Verwaltungskosten.

Genosse S u e nahm noch Gelegenheit, die völlig unzutreffende Behauptung des Abgeordneten Mugdan vom Tage vorher zu widerlegen, daß die Sozialdemokratie nicht gewagt habe, die Forderung der Bergarbeiter nach freier Arbeit w a h l ihrerseits zu vertreten. Der freisinnige Dr. M u g d a n blieb natürlich eisensternig bei seiner unrichtigen Behauptung.

Beim Titel S e e a m t entspann sich die erregte Debatte über die Seemannsfragen, in der der Reederstandpunkt eifrige Vertreter fand in den freisinnigen Abgeordneten Hecker und Gormann sowie dem unermüdlichen Wortführer aller großkapitalistischen Interessen, dem national-liberalen Dr. S e m l e r, während unsere Genossen M e h g e r, Hamburg und S c h w a r z - L i b e k, teilweise unterstützt von dem antimilitarischen Abgeordneten R a a b, die Beschwerden und Forderungen der Seeleute zur Geltung brachten.

M e h g e r verlangte Auskunft von der Regierung über zwei wichtige Fragen, weshalb nämlich die Regierung nicht, wie es selbst das Seeamt aus einem bestimmten Anlaß gefordert habe, dafür Sorge trage, daß die Schiffskohle bei dem Antritt einer längeren Fahrt auf ihre Entzündbarkeit und ihren Ursprung nach Beden geprüft würde, um Anhalt dafür zu gewinnen, welche Beden schwefelhaltige Kohlen liefern. Ferner fragte er nach dem Schicksal einer vor 6 Jahren vom Reichstag einstimmig angenommenen Resolution, in der die Einsetzung einer Seebehörde zur Kontrolle der Seetüchtigkeit ausgehender Schiffe, Festsetzung ihrer Ladelinie usw. gefordert wurde.

Die Verantwortung übernahm der Direktor v. Jonquidres, der während der ganzen Debatte die Reden der oppositionellen Redner durch höhnische Grimassen kommentierte und in einem derartig anmaßenden Tone auf den Reichstag losbelferte, wie sich das klügere und taktvollere Regierungsvertreter noch nie herausgenommen haben. Offenbar kam es ihm gar nicht zum Bewußtsein, wie komisch es wirken mußte, als ein so untergeordnetes Organ in der bürokratischen Maschinerie, wie seine eigene geheimräthliche Nummer 00, die Verteidigung des bekannten Reeders Leis durch Herrn Hecker unmittelbar darauf mit den Worten belobigte: „Die Reichsverwaltung ist sehr erfreut...“ Gleichfalls als „Reichsverwaltung“ erklärte dieser schneidige Bureaukrat, die vor sechs Jahren angenommene Reichstagsresolution auszuführen, lege kein Anlaß vor. Dieses provokatorische Auftreten gegen den Reichstag trat in peinlichen Gegensatz zu der auffälligen Nachgiebigkeit gegen das Kohlen Syndikat. Da diese hochansehnliche Körperschaft sich geweigert hat, die Nachforschungen nach den Kohlenheben zu gestatten, die gefährliche Schiffskohle liefern, meinte Herr v. Jonquidres, lasse sich nichts weiter dagegen von Seiten der Regierung tun.

Genosse S c h w a r z brachte dann aus dem reichen Schatz seiner dreißigjährigen seemannischen Erfahrung zahlreiche Beispiele dafür bei, wie notwendig es sei, den Beschluß des Reichstages betreffs der Kontrolle der Seetüchtigkeit der Schiffe auszuführen, und wies darauf hin, wie jetzt schon durch die ungunstige Lage der Seeleute die Lust zur Ergreifung des seemannischen Berufs gerade in der Küstenbevölkerung im Abflauen begriffen sei.

Durch einen Schlußantrag wurde abermals unseren Genossen Hoch und Mehger die Möglichkeit abgeschnitten, auf verschiedene Angriffe sachlich zu erwidern. Nach einer Fülle persönlicher Bemerkungen verlag sich das Haus um 6 $\frac{1}{2}$ Uhr auf 8 Uhr zu einer Abend Sitzung.

Eine sozialdemokratische Interpellation.

Im sächsischen Landtage hatte Genosse Goldstein eine Interpellation eingebracht, durch die er die Regierung aufzuforderte, Auskunft darüber zu geben, ob die von mehreren Eisenbahnverwaltungen an die Eisenbahnangehörigen ergangenen Auforderungen, aus Konsumvereinen auszutreten, vom Finanzministerium veranlaßt worden seien? Tatsächlich waren solche Auforderungen fast zu gleicher Zeit in einer großen Anzahl Eisenbahnsachen ergangen. Am Dienstag kam die Interpellation des einzigen Sozialdemokraten im sächsischen Dreiklassenparlament zur Verhandlung. Nach einer kurzen, sachlichen Begründung durch Genossen Goldstein nahm der Finanzminister das Wort, um einen Rückzug anzutreten. Die Regierung, so führte er aus, habe wohl eine Umfrage angeregt, aber diese sei so ungeschickt in Szene gesetzt worden, daß daraus die Beschwärde resultiere.

waltigen Volksversammlung. Ein junger Wunderzögling stieg auf das Dach eines Brunnens und ließ die Freiheit hochleben. Ausbaldd erscholl es von allen Seiten: „Preßfreiheit! „Konstitution! „Ministerverantwortlichkeit! Als ein Student der bewegten Masse eine Rede kostete, des Führers der ungarischen Opposition, vorlas, erklärte aus tausend Mäulern der Ruf „Fort mit Metternich“, „Weg mit den Jesuiten“, „Wolfsbewaffnung“ usw. Man drang in das Ständehaus, dessen Räte auseinanderstoben. Jetzt griff das Militär ein. Der Erzherzog Albrecht ließ scharfe Salven auf die unbewaffnete Menge abgeben. Es kam zu einer Reihe von Straßenkämpfen, bei denen das Volk 50 Tote und Verwundete hatte, darunter auch Frauen.

Der Kaiser Franz Ferdinand hatte nicht den Mut, es zum Neubersten kommen zu lassen. Er gab dem Drängen der empfindlichen bürgerlichen Deputationen nach und willigte in die geforderte Enklaffung Metternichs. Vom Wuppplah aus wurde der Sturz Metternichs den Massen verkündet. Ein ungeheurer Jubel erfüllte die ganze Stadt.

Am folgenden Tage erschien allerdings eine Proklamation, daß der Kaiser beschlossen habe, zur Wiederherstellung der Ruhe dem Feldmarschall-Lieutenant Windischgrätz alle nötigen Vollmachten zu übertragen und ihm alle Zivil- und Militärautoritäten unterzuordnen. Diese Proklamation löste indessen einen solchen Sturm der Empörung in der Wiener Bevölkerung aus, die sich inzwischen allgemein bewaffnet hatte, daß der Kaiser seine Proklamation zurücknahm und das feierliche Versprechen abgab, eine Konstitution zu gewähren. Eine Verordnung verbot für Oesterreich Preßfreiheit, Errichtung einer Nationalgarde mit freier Wahl der Führer, Einberufung von Abgeordneten aller Provinzialstände, der verschiedenen Gebiete und Staaten des Kaiserreiches in möglichst kurzer Frist, mit verstärkter Vertretung des Bürgerstandes, zum Behufe der Vereinbarung mit dem Kaiser über die von ihm beschlossene Konstitution des Vaterlandes.

In Berlin nahmen die Ereignisse ebenfalls ihren stürmischen Fortgang. Die Forderungen des Volkes in Köln, die Adressen aus allen größeren Städten des Rheinlandes an den König wirkten aufsteigend auf die Berliner. Auch von Königsberg war eine von Rupp, Jacoby und Dinter entworfene und zahlreich unterzeichnete Adresse nach Berlin gebracht worden, in der es hieß, daß nur ein durch freie Einrichtungen erstarktes und den Interessen Deutschlands sich hingebendes Preußen Schutzbieten könne, und nur durch eine wahre, aus allen Ständen des Volkes hervorgegangene Volksvertretung, durch unbedingte Preßfreiheit und durch ein deutsches Parlament Deutschlands die Kraft erlangen könne, allen Feinden zu widerstehen.

Seit Anfang März fanden in Berlin bewegte Versammlungen statt. In einer solchen Versammlung vom 7. März kam eine Adresse zustande, in der die Volksforderungen in entschiedener Sprache vertreten wurden. Der Deputation, welche die Adresse

Die Regierung könne und wolle den Beamten die Mitgliedschaft bei den Konsumvereinen nicht verbieten. Von den besser bezahlten Beamten aber erwarte sie, daß sie sich der Lausache bewußt werden, daß der Mittelstand durch Konsumvereine geschädigt werde; den unteren Beamten und Arbeitern könne man aber den Vorteil gönnen, den die Konsumvereine ihnen bringen. Das gelte aber nur für Konsumvereine, die rein wirtschaftliche Zwecke verfolgen; dagegen werde die Eisenbahnverwaltung alle Beamten und Arbeiter die Beteiligung an Konsumvereinen untersagen, die sozialdemokratische Zwecke verfolgen. Da es solche Konsumvereine gar nicht gibt, blieb dieser Teil der ministeriellen Berlegenheitsrede unklar.

Genosse Goldstein blieb dem Minister die Antwort nicht schuldig. Er forderte den Minister auf, Farbe zu bekennen und offen zu erklären: Ihr kleinen Beamten bleibt ruhig im Konsumverein. Der Finanzminister, der sich eben in Berlegenheitsreden geübt, läßt sich jetzt im Berlegenheitschweigen. Dadurch trat aber nur um so deutlicher zutage, daß die sozialdemokratische Interpellation einen vollen Erfolg hatte.

Delirium.

Der fromme Heilige „Reichsbote“ läßt sich von einem Destillationsbesucher schreiben:

Die Arbeitslose über Dachstuhlbrände urteilen. Während die Bewohner der obersten Etagen besonders von Erdhäusern gegenwärtig berechtigter Besorgnis bei jedem Feuerlärm erheben — weiß doch niemand, wann und von wem ihm der Dachstuhl über dem Kopfe angezündet wird — behandeln in Destillen ein gewisser Schlag Arbeitsloser die Tagesfrage „Dachstuhlbrand“ mit besonderer Begeisterung. „Durch diese Schadenfeuer wird wenigstens Arbeitslosigkeit geschaffen, und es wird noch viel mehr brennen!“ Das waren die Worte, die unser Gewährsmann am Mittwochsabend in einer Grokdestillation in Berlin SW. hörte. Mit dieser lehrteren Auffassung wären allerdings die psychologischen Rätsel der Dachstuhlbrandstifter erklärt. Wenn aber als Nachsehen der vorjährigen Streiks im Baugewerbe eine Horde Brandstifter gezeitigt worden wäre, dann empfiehlt es sich, die Arbeitslosen, mit denen man sonst Mitleid haben möchte, ganz besonders scharf zu bewachen und alle als vermuthliche Brandstifter festgenommene auf ihre sozialen Verbindungen zu prüfen.

Dem Gewährsmann des „Reichsboten“, der seine geistige Nahrung in Destillen schöpft, kann man es nicht übel nehmen, wenn er sich durch Mitteilungen über das, was „ein gewisser Schlag Arbeitsloser“ in seiner Gegenwart erzählt, ein paar neue Schnapsgrößen zu verdienen sucht. Wenn aber die Redaktion des „Reichsboten“ die Phantasterei des Deliriumkranken weitergibt und behauptet, diese Aeußerungen seien Nachwehen der vorjährigen Ausperrung im Baugewerbe, die eine Horde Brandstifter gezeitigt habe, so finden wir dafür keine Entschuldigung, so lange uns nicht nachgewiesen wird, daß auch die „Reichsboten“-Redakteure gewohnheitsmäßige Destillationsbesucher sind. Die Ausgewählten des Vorjahres gehören nicht zu dem „gewissen Schlag Arbeitsloser“, die mit „Reichsboten“-Gewährsleuten gemeinsam die Schnapspulve leeren und dabei dem Bruderherz — hupp! — anvertrauen — hupp! —, welche entfehligen Verwirrungen das Delirium in ihrem armen Gehirn angerichtet hat!

So denken alle preussischen Freisinnigen!

Rämlisch wie Eichhoff über den Sprachenzwang in der Reichsvereinsgesetzvorlage! Der Berliner Mitarbeiter der „Münchener Neuesten Nachrichten“ telegraphiert diesem Blatte so.

Ob er recht hat?

Aus der freisinnigen Presse erfährt mans nicht. Für die „Boskische Zeitung“ und die „Freisinnige Zeitung“ existiert der Reichsvereinsgesetzentwurf nach wie vor nicht!

dem König überreichen sollte, wurde jedoch vom Polizeipräsidenten erklärt, er habe gemessenen Beschl, die Ueberreichung des Beschlusses zu verhindern, und wenn es dabei zum Blutvergießen kommen sollte! Immerhin hatte die Adresse den Eindruck auf den König gemacht, daß er am 8. März in einer Proklamation eine durchgreifende Reform des Preßgesetzes mit Zensurfreiheit in Aussicht stellen ließ, freilich auch von „Garantien gegen den Mißbrauch der Preßfreiheit“ sprach. Am 9. März fand abermals unter den Zelten eine große, von Tausenden besuchte Volksversammlung statt. Die Versammlung beschloß, die Stadtverordneten zu ersuchen, die Adresse dem König zu überreichen. Als am Abend die Stadtverordnetenversammlung tagte, waren die Zuhörerräume überfüllt. Es wurde zunächst über die Arbeitslosigkeit diskutiert, die in Berlin eine sehr große war. Auf dem neugegründeten Bureau für Arbeitsnachweis hatten sich am ersten Tage 700 Arbeitslose gemeldet, von denen nur 3 Arbeit vermittelt werden konnte. Die Frage der Arbeitslosigkeit wurde vertagt, die Ueberreichung der Adresse der Volksversammlung abgelehnt.

Am 13. März verbreitete sich mit Nachrichten von der fortschreitenden Bewegung im Rheinlande die Kunde, der Prinz von Preußen habe in einer Ansprache die Truppen auf den Kampf vorbereitet und werde nach dem Rheinlande abgehen, um dort die Volksbewegung blutig zu erstickern. Infolge dieser Nachrichten füllten sich die Straßen mit Menschen. Die Regierung traf Gegenmaßnahmen. Zahlreiche Kavallerieabteilungen durchstreiften die Straßen. Schloß und Zeughaus wurden von Infanterie besetzt, sogar Geschütze waren aufgestellt! Wiederum tagte unter den Zelten eine große Volksversammlung, in der unter anderem eine Verbesserung des Loses der Arbeiter und Schaffung eines Arbeitsministeriums befördert wurde. Am Brandenburger Thor kam es zwischen der Kavallerie und dem aus den Zelten zurückströmenden Volk zu einem Zusammenstoß. Die Kavallerie hieb scharf ein und am Schloß wurde das Volk gar mit dem Bajonett attackiert! Schon an diesem Tage wurde der Versuch gemacht, Barrikaden zu errichten. Noch einmal indessen beruhigten sich die Wogen der Volksbewegung.

Bemerkenstwert ist, daß schon in diesen Tagen die liberale Presse hämische und verächtliche Angriffe gegen das Proletariat richtete. So schrieb die „Boskische Zeitung“ über das Publikum der Versammlung vom 13. März: „Bittlich bestand der große Teil der gefrigen Versammlung aus Gefindel und unerwachsenen Leuten, welche ohne irgend ein politisches Bewußtsein dort nur Nahrung für ihren Nutwillen suchten und sich nicht scheuten, im Interesse dessen hierbei das Leben und das Eigentum ihrer besonnenen Mitbürger zu gefährden.“

Man sieht, die liberale Presse verstand sich auf ihr Verleumdungshandwerk proletarischen Kundgebungen gegenüber vor sechzig Jahren schon genau so gut wie heute! —

Der 13. März in Wien und Berlin.

Bevor es in Berlin zur Explosion kam, erlebte Wien seine Straßenkämpfe und den Triumph des Volkes. Metternich, der allmächtige österreichische Staatsmann, der „Staatskünstler der heiligen Allianz“, hatte in Oesterreich 33 Jahre lang sein berüchtigtes System zu konservieren vermocht. Er hatte in den habsburgischen Landen den Nationalitätenstreit dazu benutzt, die einzelnen Völker gegeneinander auszuspielen und im Schach zu halten. Dabei war er so unvorsichtig, den Magyaren konstitutionelle Zugeständnisse zu machen, die das Selbstgefühl der Ungarn derartig gesteigert hatten, daß gerade von Ungarn aus das Signal zur allgemeinen Erhebung gegeben wurde. Die inneren Zustände Oesterreichs schildert Marx folgendermaßen: „Die Regierung des Fürsten Metternich stütze sich auf zwei Klassen, die feudalen Grundbesitzer und die hohe Finanz; und sie versuchte dem Einfluß und der Macht jeder dieser Klassen durch die andere die Wage zu halten, so daß die Regierung volle Freiheit des Handelns besaß. . . Was die anderen Klassen der Bevölkerung anbelangt, so kümmerte sich Metternich wenig um ihre Zustimmung. Ihnen gegenüber kannte er nur eine Politik: ihnen in der Form von Steuern soviel als möglich abzuzapfen und sie gleichzeitig ruhig zu erhalten. . . Die Industrie erfreute sich eines ausgiebigen Schutzes, der in den meisten Fällen bis zum völligen Ausschluß jeder ausländischen Konkurrenz ging. Über dieser Vorteil war ihre hauptsächlich mit Rücksicht auf die Vermehrung ihrer Steuerkraft gewählt worden und wurde in großem Maßstabe weit gemacht durch Beschränkungen der Industrie, Privilegien von Zünften und anderen feudalen Korporationen. . . Der Kleingewerbetreibende wurde in die engen Schranken dieser mittelalterlichen Zünfte eingepfercht, die einen ununterbrochenen Krieg der einzelnen Gewerbe untereinander um ihre Privilegien im Gange hielten. Der Bauer und der Arbeiter endlich wurden bloß als steuerbares Material behandelt. . . Jede alte, festgesetzte, angestammte Autorität wurde in derselben Weise wie die des Staates aufrechterhalten, die Autorität des feudalen Grundherrn über den Gutunterthanen, die des Fabrikanten über den Fabrikarbeiter, die des Handwerksmeisters über seine Gesellen und Lehrlinge. . . und jede Art des Ungehorsams von ihnen als eine Uebertretung des Gesetzes mit dem Universalwerkzeug der österreichischen Justiz bestraft — dem Stock.“

Zuerst regten sich die Ungarn und Tschechen. Dann aber wurde es auch in Wien lebendig. Es wurden Adressen an den Kaiser Ferdinand entworfen und eingereicht, die die bekannten Volksforderungen enthielten. Ramentlich die Wiener Studenten bemächtigten sich der Bewegung und erfüllten sie mit Lebhaftigkeit. Eine von 2000 Studenten besuchte Versammlung richtete an den Kaiser eine Adresse, welche die Volksrede heischte. Am 13. März kam es vor dem Ständehause, wo die Stände tagten, zu einer ge-

Schickfertige Ausgaben und falsche Sparsamkeit.

Im preussischen Dreiklassenparlament stand heute der Etat des Finanzministeriums zur Debatte. Er fordert neue Mittel zur Vermehrung der Beamten in den Landratsämtern, obwohl diese sich doch schon um alle möglichen Dinge kümmern, die sie gar nichts angehen. Die Polenunterdrückungspolitik löst den Preußen jährlich 45 Millionen, wie der Pole v. Dziewbowski den Privatlegationsattachés vorrechnete. Dem Finanzminister hielt er das inzwischen ausgegrabene Bitter aus einer seiner Reden vom Jahre 1902 vor, in der Freiherr v. Rheinbaben die Entseignung, das gewalttätige Wegnehmen des polnischen Grund und Bodens noch für ungerecht erklärt hatte. Der Finanzminister gab zu, aber er damals die Entseignung noch für verkehrt gehalten hätte, oder die Not der Zeit, meinte er, habe zu diesem Schritt gedrängt. Wie rasch preussische Minister klug werden! Vielleicht wird Fürst Bülow, der jetzt das Reichstagswahlrecht für staatsgefährlich erklärt hat, auch noch einmal unter der „Not der Zeit“ es als notwendig erkennen. Ausführlich sprach man im Dreiklassenparlament ohne alle Kompetenzbedenken über die Reichsfinanzreform. Dietrich Hahn schlug dabei zum Hohn für die Freisinnigen als einzige annehmbare direkte Reichsteuer die Dividendensteuer vor und verlangte eine Erhöhung des Emissionsstempels für ausländische Wertpapiere. Die Lantiensteuer begründete er mit dem Satz, daß es bei den Aktiengesellschaften kein Wohlwollen für die Arbeiter gäbe. Damit hat er ganz recht; aber bei den preussischen Junkern gibt es das noch weniger.

Zentrum und Konservativen erklärten sich übrigens auch energisch gegen jede direkte Reichsteuer, die in das Finanzsystem der Einzelstaaten eingreift, also gegen Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuern. Da sind wir begierig, zu wissen, wie die Freisinnigen unter der berühmten und unerfindlichen Wahrung ihrer Grundsätze die Reichsfinanzreform zustande bringen wollen.

Im übrigen ärgerten die Junker, die nach der Ablehnung des Vorschlags in der Reichstagskommission schon ein neues Kartell mit dem Zentrum herauszuziehen sehen, die Freisinnigen mit der Opernhausfrage. Der Kaiser möchte bekanntlich ein neues Opernhaus auf dem Kroll'schen Grundstück gebaut sehen, und das alte Opernhaus will die Regierung zu teuerem Preise der Stadt Berlin aufkaufen. Die Konservativen aber erklären, daß sie das alte Opernhaus für den Staat behalten wollen, und daß die Brandstiftung Berlins sich in der Form von Beiträgen zu den Kaufkosten des neuen Opernhouses einfacher und gründlicher besorgen ließe. Die Freisinnigen wogten nicht einmal mit einer Hilfe gegen solche Vorschläge aufzumachen.

Ausführlich dagegen nahmen sie an der Debatte über die Erhöhung der Diäten der Dreiklassenparlamenten teil. Die Abgeordneten des preussischen Landtages beabsichtigten, sich ihre Diäten in der Form der Reichstagsdiäten auszahlen zu lassen. Dabei ist ihre ganze gesetzgeberische Tätigkeit für das Volk nicht einen Heller wert. Das Beispiel der jetzigen Verhandlungssitten im Reichstage kann auch nicht gerade zur Nachahmung reizen. Aber die Abgeordneten wollen es, und die Regierung wird in dieser Frage dem Dreiklassenparlament seinen Willen tun. Hingegen weigerte sie sich heute unter Zustimmung der Konservativen und des Zentrums wiederum, den Beamten einigermassen anständige Teuerungszulagen zu geben. So verschwendet man und so spart man im preussischen Dreiklassenparlament.

Ein Baiffe-Angriff auf die Wlodpolitik.

Die Vorkommission des Reichstages beendete heute ihre erste Sitzung. Dabei kam die Kontroverse der Konservativen und des Zentrums gegen die Wlodpolitik zum Plagen. Diese Parteien hatten die Wiedereinführung des Terminregisters beantragt. Dieser Antrag wurde angenommen. Danach sind auch alle sonst erlaubten Vorkaufsermittlungsverfahren ungültig, wenn nicht beide Parteien in ein Vorkaufsermittlungsverfahren eingetragene sind. Damit ist das Vorkaufsermittlungsverfahren, die von der Börse so schwer behagte Rechtsunsicherheit bleibt bestehen und der bisherige Zustand im wesentlichen aufrecht erhalten. Die so heiß ersehnte Reform ist futsch, die freisinnigen Verräterei sind vergebens gewesen.

Aber die Junker machen gründliche Arbeit. Sie haben nicht nur die Verbesserungen befestigt, sondern die Gelegenheit benutzt, um der Börse eine neue Jochstrafe zu binden. Die Konservativen haben einen neuen Paragraphen beantragt, der den Abschluß oder die Verleitung zu einem verbotenen Vorkaufsermittlungsverfahren mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu 10000 M. bestraft. Sogar der preussische Handelsminister Desbrück erklärte das Gesetz in der beschlossenen Form für unannehmbar, zumal mit diesen Strafbestimmungen. Trotzdem wird der Antrag der Konservativen mit 14 gegen 12 Stimmen angenommen.

Kein Wunder, daß die Börse sehr unglücklich ist. „Das Geschäft“, berichtet das „Berl. Tagebl.“, „hätte fast völlig die Kurse bröckelten ab. Dieselben Kreise, die noch vor einigen Wochen die Wlodpolitik über den grünen Aes lobten, äußerten sich heute dahin, daß die Liberalen die Hineingefallenen seien.“ Es ist doch lehrreich, welche hohe politische Intelligenz in den heiligen Börsenhallen wohnt und von welchen tiefen Erwägungen sich das Urteil dieser Kreise leiten läßt. Was geht das gleiche Wahlrecht oder das freie Vereinsrecht die Börse an! Die Wlodpolitik war so lange gut, als sie die Börsenspekulation zu erleichtern versprach. Sie wird miserabel, sobald sie eine Terminerleichterung bedeutet. Wie wenig Stimmen mühten doch beim Pluralwahlrecht die Börser und wie viele Stimmen die Proletarier bekommen, wenn politische Reize und Urteilsfähigkeit den Maßstab bildeten! Es ist übrigens vorläufig noch nicht zu erkennen, ob die Stellungnahme der Konservativen erfolgt ist, weil sie die Wlodpolitik überhaupt für ausfallslos halten und ihre Ende beschleunigen wollen, oder ob sie damit nur eine PreSSION auf den Freisinn ausüben wollen, um ihn beim Vereinsgesetz zu Konzessionen in der Sprachenfrage zu bewegen. Ein geeignetes Objekt für solche Erpresserpolitik wäre ja der Freisinn immerhin.

In Preußens Schlepptau.

Hessen entwickelt sich in preussischer Richtung. In der zweiten Kammer erklärte heute der durch seine neuartigen Äußerungen über die Berliner Wahlrechtsdemonstration auch außerhalb des Hessenlandes bekannt gewordene Staatsminister Braun im Verlauf seiner Rede, die Lage der Landwirtschaft sei im Gegensatz zu der von Handel und Industrie nur teilweise befriedigend. Für einen nachhaltigen Seuchenschub müsse gejagt werden. Ein Problem, das zu lösen wäre, sei die Arbeiterfrage in der Landwirtschaft; auch hier werde Abhilfe möglich sein, wenn das Zurückfluten der Industrie die Arbeiter zwingt, zu der Landwirtschaft zurückzukehren. Zur Erhaltung und Gesundung des Mittelstandes seien Reformen der Grund- und Gewerbesteuer dringend notwendig. Weiter müsse dem Mittelstande geholfen werden durch Erleichterung und Förderung des Zusammenschlusses und durch Genossenschaften und Welterneuerung des kapitalistischen Großbetriebes, wie Warenhäuser und Konsumvereine. Es frage sich, ob man dabei dem preussischen oder

sächsischen Muster folgen solle, das heißt dem Staat oder den Gemeinden die Besteuerung überlassen solle. Weiter verbreitete sich der Minister über den Reichsweingesehtwurf, der eine ganze Reihe von tief einschneidenden Änderungen mit sich bringe. Der Minister erklärte sich mit den Bestimmungen des Gesehtwurfs im ganzen einverstanden.

Preussische Ausweisungspraxis.

Die preussische Regierung fährt fort, die russischen und polnischen Arbeiter, die nicht dadurch an dem Wohl des preussischen Staates mitwirken wollen, daß sie sich den Agrariern als billige Arbeitskräfte zur Verfügung stellen, aus dem preussischen Gebiet auszuweisen.

In Magdeburg hielt sich seit September 1906 der 25jährige Monsieur Reischislaw Moischulsky aus Komnoiv (Rußland) auf. Während dieser ganzen Zeit arbeitete er als Schlosser auf der Maschinenfabrik von R. Wolf. Er kümmernte sich weder um eine Gewerkschaft noch um eine Partei und gehörte auch keinem Verein als Mitglied an. Am 18. Februar d. J. kam nun ein Schuhmann zu ihm auf seine Arbeitsstätte und überbrachte ihm die Aufforderung, unverzüglich nach der Polizeistation Budau zu kommen. Auf der Polizei wurde ihm unter Androhung von Zwangsmahregeln eröffnet, daß er als Ausländer binnen vier Wochen das preussische Staatsgebiet zu verlassen habe. Seiner polnischen Abstammung wegen dürfe er sich in Industriezentren nicht aufhalten! Ihm wurde dann ein Schriftstück zur Unterfertigung vorgelegt. Moischulsky hat mittlerweile Preußen verlassen, obwohl ihm eine schriftliche Aufforderung dazu nicht mehr zugegangen ist.

Interessant ist die Begründung der Ausweisung. Indirekt besagt sie: Bist Du nicht Industrie- sondern Landarbeiter, so würden wir Deinem Aufenthalt nichts in den Weg legen. Da Du aber nicht zur Pflanzung der Reuten der Agrarier beiträgst, so hast Du schleunigst aus Preußen zu verschwinden. Für diese Offenherzigkeit kann man der Polizei, die ja bekanntlich nicht nötig hat, Gründe für die Ausweisung anzugeben, nur dankbar sein.

Die Folgen der Versklavung!

Aus Deutsch-Südwestafrika wird amtlich gemeldet: Am 8. März wurde eine deutsche Patrouille, die aus einem Sergeanten, drei Reitern und zwei Eingeborenen bestand, bei Kubub (zwischen Roes und Gagle am Westrand der Kalahari) von etwa 25 Hottentotten erschossen. Der nach Norden abziehende Segner wurde durch Oberleutnant Müller mit 25 Reitern verfolgt. Auch in diesem Falle dürfte es sich wie bei früheren Ueberfällen in jener Gegend um Leute Simon Coppers handeln. Die kleinen Narraberge wurden von einer Kompanie abgesehen, nachdem dort in letzter Zeit eine Hottentottenbande verschiedene Viehstiehlfälle verübt hatte. Einer Patrouille gelang es, der Bande sämtliches gestohlenen Vieh und das Eingeborenengerät abzunehmen. Von dem Kommando der Schutztruppe sind die erforderlichen weiteren Maßnahmen zur Unschädlichmachung der erwähnten Banden in die Wege geleitet.

Simon Copper, der keineswegs zu den entschlossensten Jähren der Hottentotten gehörte, würde längst die Waffen gestreckt haben, wenn ihm nicht die Behandlung der Eingeborenen immer neue Plünderungen zuführte. Bleibt das Versklavungsgesetz der Eingeborenen noch lange bestehen, so sind Ueberraschungen in Südwestafrika durchaus nicht ausgeschlossen!

Ein Pflanzwerk.

Als ein soziales Reformwerk ersten Ranges wird der von der bayerischen Regierung veröffentlichte Entwurf zu einem neuen Gehaltsregulativ für die Staatsbeamten und Bediensteten gepriesen. Je näher man sich aber das Ding besieht, desto mehr entpuppt es sich als ein gänzlich unfiziales Pflanzwerk. Die höheren Beamten haben allerdings keine Ursache zu klagen, denn sie sind reichlich bedacht, ganz anders ist es jedoch bei dem niederen Personal, vorzugsweise bei den Bediensteten, die mit Sehnsucht auf dieses Regulativ warteten, weil sie von ihm endlich die Besserstellung ihrer miserablen Lage erhofften. Sie sind nun schredlich enttäuscht. Wo Verbesserungen vorgesehen sind, sind sie vielfach gar nicht der Rede wert, bei einem großen Teil der Bediensteten sind sogar erhebliche Verschlechterungen vorgesehen. Während die höheren Beamten eine manchmal nach Tausenden betragende Aufbesserung erhalten sollen, hat man den Mut, den unteren Bediensteten eine „Reform“ zu bieten, die sie zu einem großen Teile schlechter stellen würde, als sie jetzt schon gestellt sind. Die Aufregung darüber hat die sonst so geduldsigen Leute in Bewegung gebracht. In Nürnberg fand eine aus ganz Bayern besetzte Landesversammlung der Justizbediensteten (Gerichtsdienste, Gerichtsboten, Aufseher der Strafanstalten usw.) statt, in der der Entwurf einer vernünftigen Kritik unterzogen und beschlossen wurde, durch eine Petition die Einreichung in höhere Gehaltsklassen zu verlangen. Eine Anzahl Landtagsabgeordnete aller Parteien waren zur Versammlung eingeladen, erschienen war aber nur der sozialdemokratische Abg. Dr. Süßheim, der die Beschwerden der Bediensteten als berechtigt erklärte, und versprach, daß die sozialdemokratische Fraktion alles aufbieten werde, um zu bewirken, daß mit der Aufbesserung nicht von oben, sondern von unten angefangen werde. Auch das Kanzleipersonal des Justizdienstes hielt in Nürnberg eine Versammlung ab, in der die schärfste Mißbilligung über den Entwurf ausgesprochen wurde.

Ein neues Haftpflichtgesetz.

Dem Abgeordnetenhaus ist der Entwurf eines Gesetzes über die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt zugegangen. Die wichtigsten Bestimmungen dieses Entwurfs lauten:

§ 1. Verletzt ein unmittelbarer Staatsbeamter in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt vorfährlich oder fahrlässig die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die im § 839 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestimmte Verantwortlichkeit anstelle des Beamten den Staat. Die Verantwortlichkeit des Staates ist ausgeschlossen bei solchen Amtshandlungen, für welche der Beamte Gebühren von den Beteiligten zu beziehen hat.

§ 2. Wird der Staat auf Grund der Vorschrift des § 1 in Anspruch genommen, so finden auf die Feststellung, ob der Beamte sich einer Ueberschreitung seiner Amtsbefugnis oder der Unterlassung einer ihm obliegenden Amtshandlung schuldig gemacht hat, die für den Fall der Verfolgung der Beamten geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung.

§ 4. Die Vorschriften finden entsprechende Anwendung: 1. Auf die für den Dienst eines Kommunalverbandes angestellten Beamten mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Staates der Kommunalverband tritt, 2. auf die Lehrer und Lehrerinnen eines Schulverbandes mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Staates der Schulverband tritt.

§ 6. Soweit durch Reichs- oder Landesgesetz für bestimmte Fälle eine Haftung des Staates oder der Kommunalverbände über den in jenen Gesetzen bestimmten Umfang hinaus ausgeschlossen ist, finden die Vorschriften dieses Gesetzes keine Anwendung.

Keine Spucknäpfe.

Das Material für die statistische Uebersicht der Schulverhältnisse in Niederbayern haben bisher allein die geistlichen Schulinspektoren geliefert. Man scheint damit schlechte Erfahrungen gemacht zu haben, denn die Regierung gab dieses Jahr Fragebogen hinaus. Das veranlaßt einen Pfarrer, in der „Donauzeitung“ über die Vieltragerei zu klumpfen; am meisten ärgert ihn die Forderung der Aufstellung von Spucknäpfen in den Schulzimmern. Durch solche Maßnahmen der Regierung, meint er, werde im Volke nur Unzufriedenheit gewedt. Gegen derartige „unnütigen und unfruchtbaren Reueurteilungen“ müsse energisch Stellung genommen werden.

Frankreich.

Eine Niederlage Clemenceaus.

Paris, 11. März. (Fig. Ver.) Der Stern des Ministeriums ist am Verbleiben... Die gestrige Verhandlung der Deputiertenkammer über die Wiedereinsetzung des Abgeordneten Reinach in seinen Offiziersrang brachte der Regierung ein indirektes, aber darum nicht im geringsten zweifelhaftes Mißtrauensvotum.

Bekanntlich hat General Piquart für den feinerzeit wegen Disziplinbruch abgesetzten Reinach ein Spezialgesetz eingebracht. Die Nationalisten verlangten darauf mit voller Berechtigung, daß die Wiedereinsetzung allen wegen politischer Vergehen degradierten Offizieren und Reserveoffizieren zuteil werde. Unsere Genossen aber fügten die weitere Forderung hinzu, daß auch die wegen ihrer gewerkschaftlichen Betätigung entlassenen Beamten wieder eingesetzt würden. Da sich schon unlängst die Kammer geneigt gezeigt hatte, auf diese Absichten einzugehen, verfügte der Chef des Postwesens Simhan die Wiedereinsetzung des gemahregelten Beamten Clavier, um die versöhnliche Stimmung der Regierung zu manifestieren und die Majorität zum Verzicht auf einen Beschluß zu bewegen, der als eine Demonstration gegen die Regierung angesehen werden mühte, nachdem der Handelsminister wiederholt erklärt hatte, er lasse sich die Einstellung der gemahregelten Beamten nicht aufzwingen. Aber als gestern Genosse Constans im Namen der sozialistischen Partei in einem Zusatzantrag die Wiedereinsetzung forderte, hatte die Regierung angehten die Stimmung in der Kammer nicht den Mut, die Vertrauensfrage zu stellen. Und sie schickte auch als Sprecher nur den Unterstaatssekretär der Post vor, trotzdem es sich nicht nur um Postbeamte handelte, sondern auch den Lehrer, Genossen Rège, und um Ministerial- und Präsekturbeamte, wie Morizet und Jambion. Simhan erklärte, die in Frage kommenden Beamten seien nicht wegen ihrer politischen Meinungsbestimmungen wegen Disziplinbruch entlassen worden (was aber auch, wie Constans sofort feststellte, von Reinach gilt), die Regierung sei jedoch entschlossen, ihre Angelegenheit mit dem größten Wohlwollen zu erwägen, nur möge ihr die Kammer in dieser Beziehung Vertrauen schenken.

Die Kammer schenkte ihr dieses Vertrauen nicht. Versteht sich, der Präsident der Anwaltskommission, die sich mit dem auf Reinach bezüglichen Vorschlag beschäftigt hatte, erklärte, er könne wohl über den die Zivilbeamten betreffenden Antrag Constans keine offizielle Meinung äußern, aber er sehe keinen Grund, sich seiner Annahme zu widersetzen. Wenn die Regierung habe verstanden lassen, daß sie zu einer Wiedereinsetzung der Beamten bereit wäre, sobald das Beamtenstatut zur Beratung komme, so sehe man vor der Tatsache, daß zwei Jahre nach dem Beginn der Legislaturperiode diese Reform noch nicht auf der Tagesordnung stehe. Es gäbe überhaupt viele Fragen, von denen noch keine einzige erledigt sei.

Das war eine unverkennbare Kritik der ganzen Regierungspolitik und ihrer klappernden Reformmühle. Die Kammer unterstrich sie noch mit demonstrativem Beifall. Und Constans Zusatzantrag wurde mit 32 gegen 147 Stimmen angenommen. Die gemahregelten Genossen sind also wieder in ihr Amt eingesetzt — vorausgesetzt, daß der Senat den Beschluß der Deputiertenkammer annimmt. Man kann gespannt darauf sein, wie sich die Regierung bei der Senatverhandlung verhalten wird.

Jedenfalls hat die gestrige Kammerung bewiesen, daß das Ministerium keine parlamentarische Mehrheit mehr hat. Wird es für die bevorstehenden Wahlen, Erfolge bei den Gemäßigten finden, denen die großkapitalistische Presse unaustraglich das Schreckgespenst des wiederkehrenden Combidus an die Wand malt? Es ist möglich, daß sich eine neue Konzentration der gemäßigten Parteien bildet, mit dem Hauptprogramm, die von den arbeitenden Massen geforderten Reformen zu vereiteln. Aber es ist wenig wahrscheinlich, daß sie auf das Benefiz des Inventars verzichtet und die Last politisch kompromittierter und glückloser Regierungsmänner, wie Clemenceau und Briand, mit übernimmt.

Combes gegen Clemenceau.

Paris, 12. März. (Privattelegramm des „Vortwärts“.) Gestern fand ein republikanisches Fest zu Ehren des alten Brisson statt. Combes benützte diesen Anlaß, um seiner Opposition gegen die Regierung Clemenceaus, der immer mehr zur Rechten hinneigt, freieren Ausdruck zu geben. Clemenceau antwortete mit seinen gewohnten Phrasen, die immer weniger Glauben finden. Er wird heute dafür von den Blättern der Rechten sehr gelobt. Doch gilt die Stellung Clemenceaus, dessen Nachfolger dann Combes werden würde, für erschüttert.

Eine Amnestie.

Paris, 12. März. Im heutigen Ministerrat im Elisee, dem auch Briand wieder beizuwohnt, beschloß die Regierung einen Gesehtentwurf betreffend eine Amnestie für die an den Ereignissen im Süden Beteiligten vorzulagen.

Belgien.

Die Sozialisten gegen die Kongoborlage.

Brüssel, 11. März. Die sozialistische Linke der Kammer und des Senats hielten heute Versammlungen ab, um Stellung zur Kongoborlage zu nehmen. Es gelangte einstimmig eine Resolution Vandervelde zur Annahme, worin die Borlage unter Hinweis auf die Folgen der Einderleibung abgelehnt wird. Eine zweite Resolution des Abg. Bertrand erklärt die dem Parlament jetzt unterbreitete Borlage als den Rechten und Interessen Belgiens widersprechend und lehnt sie deshalb ab.

England.

Die Arbeiter für den Frieden.

London, 11. März. Die des Trades-Unions angehörenden Mitglieder des Unterhauses hielten eine Versammlung ab, in der der Versuch eines Teils der englischen Presse, zwischen England und Deutschland eine Entfremdung herbeizuführen, aufs schärfste verurteilt wurde.

Die Lords gegen das Unterhaus.

London, 11. März. Oberhaus. Nach zweitägiger Verhandlung über das Landpachtgesetz für Schottland, das vom Unterhaus mit großer Mehrheit angenommen worden ist, wurde heute mit 153 gegen 33 Stimmen eine Resolution angenommen, in der die Hauptbedenken des Oberhauses gegen die Borlage ausgeführt werden, und in der es abgelehnt wird, der Borlage in ihrer jetzigen Form zuzustimmen.

Rußland.

Eine Debatte über auswärtige Politik.

Die Duma führte gestern eine Debatte über die auswärtige Politik. Die Abgeordneten fühlten sich sehr beglückt, weil Iswolski, der Minister des Auswärtigen, mit Zustimmung des Zaren das Wort ergriff. Sie wollten darin ein Zeichen sehen, daß die Regierung das Recht der Duma anerkenne, in den Fragen der auswärtigen Politik mitzureden. Sie vergaßen nur die Hauptsache, daß nämlich die Regierung sich zu dieser Anerkennung erst entschlossen hat, nachdem und weil sie die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß die Duma ihr unbedingt gefällig sei. Iswolski erklärte, Rußland wolle keine Verhandlung gegenüber Japan. Durch das Abkommen vom 28. Juli sei der Portsmouther Friedensvertrag ausgebaut worden. Durch die internationalen Verträge mit Frankreich und England sei Rußlands Lage durchaus günstig. Es ist bezeichnend, daß die bürgerliche Opposition sich jeder schärferen Kritik enthielt. —

Stadtverordneten-Versammlung.

11. Sitzung vom Donnerstag, den 12. März, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Mischeff eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einem Nachruf für den jüngst verstorbenen Geh. Reg. Rat Harder, der 42 Jahre lang als Bürgerdeputierter Mitglied der Armen-Direktion gewesen ist.

Die Vorlage betr. die Abänderung des Zinsfußes für die Serie II der Berliner Stadianleihe von 1904 wird ohne Diskussion angenommen.

Dem Verlangen der Versammlung nach einer besonderen Vorlage wegen Erhöhung des Schulgeldes Auswärtiger hat der Magistrat mit ganz außergewöhnlicher Schnelligkeit entsprochen.

Stadtv. Realschuldirektor Dr. Hellwig (N. L.) bekämpft die Vorlage.

Stadtv. Ullstein (soz.-fortschr.) freut sich der Zustimmung des Vorredners zu seinem schon in der vorigen Sitzung vertretenen ablehnenden Standpunkt.

Stadtv. Barth (N. L.): Die überwiegende Mehrheit der Alten Linken ist im Gegensatz zu dem Stadtv. Hellwig für die sofortige Annahme der Vorlage. Berlin hat keine Spur einer Verpflichtung, auswärtigen Schülern die Bildung ebenso billig zu überlassen wie den Berlinern, zumal da die Selbstkosten pro Kopf der Schüler das Schulgeld ganz bedeutend übersteigen.

Stadtv. Singer (soz.):

Eine Ausschussberatung halte auch ich für überflüssig. Bei der Behandlung der Frage selbst muß scharf unterschieden werden, ob das Schulgeld überhaupt erhöht werden soll oder ob die Auswärtigen allein die Erhöhung tragen sollen. Die erste Frage steht heute nicht zur Erörterung; die zweite beantworten wir mit einem runden Nein. Auch auf dem Gebiete der Verteuerung der Bildung und des Unterrichts bleiben wir Freihändler; wir haben keine Neigung, Schulzölle für die Verbreitung von Bildung an unseren Unterrichtsstätten einzuführen. Das scheint uns auch der Stadt nicht angemessen. Die Vorortfrage spielt hier eine zu stark hervortretende Rolle. Die unangenehme Erscheinung, daß eine große Anzahl potenter Steuerzahler das Reichbild Berlins verliert und in den Vororten flüchtet, sollte man doch nicht durch so kleinliche und unwirksame Maßnahmen bekämpfen. Ich möchte am allerliebsten beim Schulwesen die alte Wannweile um Berlin wieder ziehen lassen. Ich halte es aber auch nicht für richtig, gerade jetzt Verschlässe zu fassen, welche in die Vororte Mißstimmung und Uebelwollen hineintragen müssen. Es handelt sich dabei nicht allein um den Zweckverband, sondern wir sind in der Erkenntnis, daß die Gemeindegemeinschaft von Groß-Berlin nach Möglichkeit herbeigeführt werden soll, nachdem die Eingemeindung verpaßt ist, überhaupt soweit gekommen, daß wir die Erreichung dieses Zieles zu fördern, nicht zu hemmen haben. (Beifall bei den Soz.)

Stadtv. Rommsen (Fr. Fr.): Wir stimmen der Vorlage ohne Ausschussberatung zu. Die Vororte haben dasselbe gemacht.

Stadtv. Troske (N. L.) führt an, daß an einigen Berliner Anstalten 20, ja 40 Proz. auswärtige Schüler vorhanden sind. (Hört hört!)

Stadtv. Cassel (N. L.): Die Vorlage erscheint mir kulturell als durchaus zweckwidrig. Die Eltern der Auswärtigen sind zumeist Berliner Bürger gewesen und erst später nach den Vororten gezogen, andererseits besuchen zahlreiche Berliner Kinder die Schulen der Vororte. Es handelt sich um weite Kreise, denen der Zugang zur höheren Bildung nicht erschwert werden soll.

Nämlicher Dr. Steiniger: Es ist eine schöne Sache, unsere Ethik befehlend sich aber doch auf die Stadt Berlin. Sie haben auch nicht einmal das Recht zu einer Begünstigung der Auswärtigen; denn die Groschen unserer Steuerzahler haben nach der Städteordnung für die Berliner verwendet zu werden. (Auf: Also eine Mauer um Berlin!) Im Reitalter des friedlichen Ausgleichs mit den Vororten stehen wir allerdings; da ist es recht interessant, daß wir in der letzten Woche zu 200 000 M. Beiträgen allein für Berlin durch den Bezirksauschuss verurteilt worden sind!

Stadtv. Cassel: Auch dieser Umstand kann mich nicht veranlassen, in einer wichtigen Kulturfrage kleinlich zu handeln. Wäre die Vergünstigung ungeschicklich, so müßte ja der Kämmerer viel mehr als die 40 M. fordern. Keine Städteordnung verbietet einer Stadt Anlagen, Anstalten und Unternehmungen, die sie um ihres Ansehens, um ihrer Blüte willen einrichtet. Haben wir denn bisher in einem ungeschicklichen Zustande gelebt? Dieser Standpunkt des Kämmerers kann vor gar keiner juristischen Prüfung standhalten.

Stadtv. Liebenow (N. L.): Die Erhöhung ist nicht ein Zoll auf die Bildung, sondern Gerechtigkeit gegen unsere Berliner Mitbürger. Die Erhöhung des Realschulgeldes hat man feinergeteilt lediglich als billig und gerecht angesehen.

Stadtv. Cassel: Ich habe auch der Erhöhung des Realschulgeldes nicht zugestimmt.

Stadtv. Rommsen vermahnt sich gegen die Auffassung, als ob er bei Zustimmung zur Vorlage für einen Bildungsschutz sei. Uebrigens werde für die Auswärtigen auch in den Volksschulen Berlins ein Schulgeld erhoben.

Die Vorlage wird durch namentliche Abstimmung mit 57 gegen 49 Stimmen angenommen.

Die Spezialberatung des Stadthaushalts-Etats für 1908 wird hierauf fortgesetzt.

Heber

Die Etats für die städtischen Krankenhäuser referiert namens des Staatsauschusses an Stelle des verhinderten Stadtv. Bülow (Fr. Fr.) Stadtv. Krons (Soz.).

Es wird eine Resolution vorgeschlagen, wonach der Magistrat erwägen soll: im Etat für 1909 die Gleichstellung der Oberärzte für die chirurgischen Abteilungen der Krankenhäuser mit den dirigierenden Ärzten der inneren Abteilungen durchzuführen.

Den Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter und der Angehörigen in den Pflegeanstalten glaubte die Mehrheit dem Plenum zur Annahme nicht empfehlen zu können.

Die Resolution wird angenommen.

Stadtv. Singer (Soz.):

Die Zeit der Krankenhaushausnot ist ja insofern vorüber, als die Klage darüber nicht mehr so akut und umfangreich wie früher auftritt. Aber die Verwaltung darf deswegen nicht etwa glauben, es wäre keine Krankenhaushausnot mehr vorhanden. Ich knüpfe an die recht bedauerliche Tatsache an, daß immer noch aus den Krankenhäusern Leute abgewiesen werden müssen aus Gründen, welche doch

in Berlin nicht Platz greifen sollen. Die einschlägige Statistik ist überaus interessant, da sie auch Auskunft über den Grund der Abweisungen gibt. Im Quartal Oktober/Dezember 1907 waren 356, 368 und 420 Abweisungen. Gründe: Behandlung nicht erforderlich 77, 53, 68; ungeeignet wegen der Krankheitsform 31, 34, 39; Aufnahme nicht dringend 117, 172, 230; kein Platz 113, 87, 71; wegen Trunkenheit 9, 22, 12. Dem Arzte muß ja die Entscheidung über die Aufnahme verbleiben, obwohl eigentlich nicht nur der Befund, sondern auch andere dringende Verhältnisse hauptsächlich die Natur usw. dabei mit in Rücksicht gezogen werden sollten. Die beiden vorletzten Rubriken aber erscheinen unter ganz eigentümlichen Licht. „Aufnahme nicht dringend“ mit 500 Abweisungen! Diese 500 wären also aufgenommen worden, wenn die Verhältnisse der Krankenhäuser es gestattet hätten. Und nahezu 300 sind wegen Platzmangels abgewiesen! Diesem Zustand muß so schnell wie irgend möglich ein Ende gemacht werden. Wie einschlägig es ist, wenn Kranke von einem Krankenhaus zum anderen befördert werden müssen, um wegen Platz nachfragen, darüber braucht man kein Wort mehr zu verlieren. In der Deputation ist ja die Sache oft besprochen worden, und die Direktoren erklärten freizügig, wirklich dringende Fälle würden nicht zurückgewiesen.

Ueber das Verhältnis der Krankenhausdeputation zum Magistrat oder richtiger umgekehrt, möchte ich mich durch eine Flucht in die Oeffentlichkeit ausdrücken. Der Magistrat macht der Deputation ihre Arbeit sehr schwer. Ich rede nicht davon, daß er die Vorschläge der Deputation wegen Besetzung von Stellen ignoriert, denn das ist sein Recht; aber sehr schön ist es vom Magistrat nicht. Schwerer wiegt die durchaus berechtigte Klage, daß der Magistrat die Verhältnisse, wie sie die Deputation aus ihrer Kenntnis der Dinge heraus schildert, nicht genügend würdigt. Die Deputation hatte vorgeschlagen, das Virchow-Krankenhaus für eine Belegung von 1600 Betten herzurichten, gestützt auf das einstimmige Votum der ärztlichen Berater; der Magistrat hat von seinem grünen Tisch aus die Zahl um 200 herabgesetzt. Innerhalb der Deputation wird die eifrige Mitarbeit der Magistratsmitglieder in ihrer Mitte allseitig geschätzt und anerkannt; ich kann die Empfindung nicht unterdrücken, daß der Vater der Hindernisse in dem Kämmerer zu suchen ist. Sparsamkeit ist eine schöne Sache; sie muß aber am richtigen Orte angewendet werden. Das Wichtigste aber ist, daß die vorbeugende Tätigkeit gegen den Würgengel der Bevölkerung, die Tuberkulose, von Stadt wegen keine genügende Förderung erfährt. Der Heilstätten für Tuberkulose bedürfen wir dringend; die Brustkranken füllen unsere Krankenhäuser, während für sie die dortige Behandlung gar nicht erforderlich ist, sie vielmehr viel billiger untergebracht und gepflegt werden könnten. Die Errichtung solcher Anstalten, die so notwendig ist, um den Bau des fünften Krankenhauses nicht zur unmittelbaren Notwendigkeit zu machen, ist von der Deputation seit Jahren beim Magistrat angeregt worden. Dieser aber kommt jetzt an die Deputation mit dem Antrage, einen Plan für ein Krankenhaus für Brustkranke mit ganzen 100 Betten aufzustellen! Man hätte wirklich in der Deputation über die Sache lachen müssen, wenn sie nicht gar zu traurig wäre. Der Magistrat wird sich hoffentlich von der Unzulänglichkeit seines Antrages überzeugen lassen; wir haben unsererseits für unsere Pflicht gehalten, diese Sache hiermit in die Oeffentlichkeit zu bringen, um auch auf diesem Wege die Sterilität (Unfruchtbarkeit) des Magistrats zu bekämpfen.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.):

Die Krankenhausdeputation hat einen Beschluß gefaßt, der hoffentlich den Magistrat veranlassen wird, in der Krankenhausfrage etwas schneller vorwärts zu kommen. Vorläufig schlummert dieser Beschluß aber noch im Schoße des Magistrats und auch ich muß mit dem Beschluß die Flucht in die Oeffentlichkeit antreten. Es wird darin gefordert, Erholungsstätten und -Heime für solche Kranke zu schaffen, die gegenwärtig ohne Not in Krankenhäusern untergebracht sind und die besser und billiger in Erholungsstätten aufgenommen würden. Nach den Berechnungen der Krankenhausdirektoren gehört ein Viertel der Kranken; Nekrobalenzen, Blutarmer, Nervenschwache, nicht in die Krankenhäuser; sie sind dort nur aus sozialen Rücksichten aufgenommen, da andere Einrichtungen nicht bestehen. Der chirurgische Direktor Neumann des Krankenhaus am Friedrichshain hat festgestellt, daß 1905 von 4819 Erwachsenen circa 600 Patienten nicht als Schwere Kranke behandelt zu werden brauchten. Auch vom Standpunkte des Arztes sind diese Kranken in den Genesungsheimen viel besser untergebracht, die außerdem viel billiger sind als die Krankenhäuser. Ich hoffe, daß der Magistrat bald einen materiellen Beschluß faßt. Ich muß mich nun weiter gegen die Pläne wenden, die der Herr Kämmerer und u. a. auch Herr Rommsen bereits angedeutet haben. Zunächst erstrebt man eine Erhöhung der Kurkosten für Vorortbewohner. Wir werden dem aus denselben Gründen entgegenzutreten wie der Erhöhung des Schulgeldes für die Auswärtigen. Ferner denkt man an die Schaffung von Bürger-Krankenhäusern; Stadtv. Dr. Straymann soll einem Mitarbeiter des „Berl. Sozial-Anz.“ gegenüber eine solche Einrichtung als nötig hingestellt haben. Wir widersprechen ja darin nicht, daß auch die Wohlhabenden ein Krankenhaus benutzen können, aber wenn hier für 5 bis 6 M. Kurkosten Einrichtungen mit dem gewünschten Komfort geschaffen werden, so wird zunächst einmal den minderbemittelten Klassen sicherlich später nicht mehr zuteil werden, als was bisher besteht. Unsere Krankentassenpatienten, die in Privatkliniken müssen, kennen den Unterschied zwischen 1., 2. und 3. Klasse genau. Im Prinzip meinen wir, daß das Krankenhaus eine öffentliche Einrichtung ist, die den Wohlhabenden keine Extrawurst zu braten hat; wir betrachten es als einen Annehmlichkeit unserer Krankenhäuser, daß es dort nur eine einheitliche Behandlung gibt. Wenn man auch in Fragen der Gesundheit den Geldpunkt erst zu leht zu bedenken hat, so mache ich doch darauf aufmerksam, daß die Zuschüsse zu solchen Bürgerkrankenhäusern gewaltig steigen werden.

Nun hat Herr Rommsen auch eine Erhöhung der Kurkosten der Krankentassenpatienten vorgeschlagen. Nach § 7 des Krankentassenversicherungsgesetzes sind die Kassen gar nicht verpflichtet, ihre Kranken den Krankenhäusern zu überweisen. Ferner ist zu bedenken, daß ein erheblicher Teil der Kassenpatienten der Armenverwaltung zufallen würde, wenn die Versicherung nicht bestände. Die Kassen haben überhaupt die Gesundheit ihrer Mitglieder und vermindern ja dadurch indirekt die Zuweisung zu den Krankenhäusern. Das Gesetz hat übrigens eine Maximalgrenze der Aufwendungen der Kassen für ihre Mitglieder festgesetzt, um die Kassen leistungsfähig zu erhalten. Ein Umstand sozialer Art kommt noch in Betracht. Der sogenannte Mittelstand hat doch auch gerade den Vorteil davon, wenn die Arbeiterschaft gesund ist oder schnell und gründlich gesund gemacht wird. Eine wirkliche Reform der Krankenpflege führt uns eben zu der Forderung: „Hände weg von der Erhöhung der Pflegegelder für die Kassenmitglieder! Hände weg von der Forderung besonderer Bürgerkrankenhäuser!“

Bei der Lohnordnungsfrage liegen die Dinge noch standalöser als in der Frage des Verhältnisses des Magistrats zur Deputation. Da hat der Magistrat geradezu ein Schildbürgerstudien geleistet. Die Angestellten der Krankenhäuser, die Pfleger, haben immer zurücktreten müssen; in diesem Jahre endlich ist für sie eine Lohnordnung geschaffen worden. Der Kämmerer hat — wie natürlich — auch hier burokratisch und engherzig an allen Ecken und Enden geknappst. Die Verwaltungsdirektoren haben erklärt, sie könnten bei den bisherigen Löhnen tüchtiges Personal überhaupt nicht bekommen. Den Kleinlichkeiten der Abknappung gegenüber steht nun der sonstige Inhalt dieser Lohnordnung, der wie Hohn auf die Beteiligten wirken muß. Da finden sich z. B. Lohnstufen für Handwerker, in welchen ihr Lohn nicht hinaus, sondern herabgesetzt wird! Die Verwaltungsdirektoren sind darüber geradezu in Verzweiflung; der Handwerker und Arbeiter hat sich eine hochgradige Aufregung bemächtigt. Das sind also „verbesserte Löhne!“ Das gleiche gilt von den Wäschfächern und Hausmädchen.

die statt einer Lohnverbesserung, eine Verschlechterung erfahren. Der Kämmerer hat einfach diese Verbesserungen mit kaltem Wasser vermischt. (Nedner führt noch eine Anzahl weiterer Fälle aus den verschiedenen Krankenhäusern an.) Bei dieser Lohnverbesserung dürfen doch unter keinen Umständen schon bestehende Gehälter und Löhne eine Verletzung erfahren. Ich hoffe, daß die Verwaltung sofort eine entsprechende Erklärung abgibt. Die Lohnordnung muß so gestaltet werden, wie es modernen Auffassungen entspricht.

Kämmerer Dr. Steiniger: Zu einer Lohnordnung gehören generelle Bestimmungen. Der Magistrat muß Stellen auflösen. Die älteren Sätze werden gar nicht berührt; der ganze Eifer war also gar nicht gerechtfertigt. Die neuen Stellen müssen in einen gewissen Einklang mit den Stellen der Irrenanstalten gebracht werden. Die von uns vorgeschlagenen Stellen sind bisher von anderer Seite nicht als ungerecht befunden worden; ich brauche also wohl nicht auf das Einzelne einzugehen.

Stadtv. Kosenow: Ein neues Krankenhaus brauchen wir unbedingt, das zeigt die konstant hohe Zahl der Abweisungen. Man soll doch wirklich endlich datangehen, die Krankenhäuser von Lungen- und Leichtkranken zu evakuieren. Es handelt sich um 600—700 Lungenkranke, die ihre Betten für schwerere Fälle hergeben könnten; es handelt sich ferner um Kranke mit leichten Verletzungen u. dergl. Der Magistrat schweigt hartnäckig auf alle diese Anfragen und Anregungen; warum kommt er mit seinen Ansichten, seinem Material nicht heraus? Die Hospitalverwaltung hat in auch ein Haus für ambulante Siedle mit 1400 Betten erbaut, die längst nicht belegt sind; hier kann vielleicht die Krankenhausverwaltung Platz finden.

Stadtv. Langerhaus (N. L.): Der Vorschlag, die Krankenhäuser zu evakuieren und die Lungen- und Leichtkranken anderswo unterzubringen, hat ja manches für sich. Ich hatte im vorigen Jahre angeregt, jedem Krankenhaus eine Abteilung für Lungenkranke anzugliedern, wo alle Lungenkranke ohne Unterschied aufgenommen werden. Die Trennung der verschiedenen Stufen der Tuberkulose wird jetzt von der Wissenschaft verworfen. Wachen wir Heime, aber schaffen wir zuvor Krankenhäuser!

Stadtv. Weiger: Das stehende Thema der Abweisungen hat auch heute wieder seine Rolle gespielt; trotz der 1250 neuen Betten im Virchow-Krankenhaus sind sie nicht ganz zu vermeiden gewesen. Die Zahlen Singers sind ja nicht überwältigend, aber sie sind auch nicht vollständig; denn da fehlen die schon jetzt von der Genetralmeldestelle verfügbaren Abweisungen! Trotzdem sind wir außerordentlich vorwärts gekommen. Das Tuberkuloseheim wird bearbeitet; das Nekrobalenzenheim, Erholungsheime usw. werden nicht übersehen, sind vielmehr in der Deputation schon sehr gründlich verhandelt worden.

Stadtv. Körte (Fr. Fr.) bittet den Magistrat wiederholt, der Krankenhausdeputation endlich ein etwas freundlicheres Gesicht zu zeigen; durch das jetzige Verhältnis werde die Arbeitsfreudigkeit der Mitglieder nicht erhöht.

Stadtv. Dr. Nathan (soz.-fortschr.): Heute gibt der Magistrat endlich zu, daß auch nach der Eröffnung des Virchow-Krankenhauses die Lage noch eine durchaus anormale ist. Mit den schon so lange „schwebenden“ Erwägungen muß ausgeräumt, und es muß endlich zu Taten geschritten werden, damit die Bürgererschaft beruhigt wird und die Evakuierung der Krankenhäuser vorsichgehen kann. Die Krankentassenpatienten sollen bis zu 14 Stunden Dienst und sehr wenig Urlaub haben; auch hier muß rasch remediert werden, sonst werden wir kein genügendes Pflegepersonal behalten.

Die Etats der einzelnen Krankenhäuser werden darauf en bloc bewilligt.

Zum

Etat der Irrenanstalten

führt

Stadtv. Dr. Babel (soz.) aus: Unsere früheren Bestrebungen auf Verbesserung der Lohnordnung für das Wärterpersonal sind abgelehnt worden; neuerdings hat aber der Magistrat ein Einsehen gehabt und unsere damals beantragte Lohnordnung ziemlich angenommen. Wir werden also wohl in Zukunft auch ein zufriedenes Pflegepersonal für unsere Irrenanstalten bekommen. Es gebührt dazu aber auch die Erfüllung der Forderungen des männlichen Personals, daß die bisherige Unfreiheit aufhören möge. Die Sache ist nicht so einfach zu erledigen, weil die Anstalten auf freies Logis und freie Verpflegung nicht zugeschnitten sind. Wir haben ja neuerdings gehört, wie in Wuhlgarten wegen der schlechten Verpflegung große Unzufriedenheit auftrat; man wird also um die Frage nicht herumkommen. Man wird Familienhäuser für das Personal bauen müssen, man wird den Pflegern Gelegenheit geben müssen, früh zu heiraten und einen eigenen Haushalt zu gründen; das wird ein großer Gewinn für die Leute sein, die an solche Anstalten gebunden sind. Die Frage eines Kinos für die Pfleger ist auch für die Unverheirateten von großer Bedeutung. Dagegen besteht nach wie vor die Gefahr der Arzternteil fort und ist jetzt geradezu akut geworden. Seit einer Reihe von Jahren haben wir unsere Not, die genügende Zahl von ärztlichen Assistenten zu beschaffen. Der Magistrat hat das selbst ausdrücklich anerkannt und ist auch über die Gründe durchaus informiert. Seit vielen Monaten werden Annoncen in den medizinischen Zeitungen veröffentlicht, es läuft nichts darauf ein. Die Zahl der Balancen ist nicht gering. Das Nächste wäre doch eine Erhöhung des Anfangsgehalts gewesen; denn 1500 M. sind keine Verlockung. Der Magistrat begnügt sich aber damit, einen neuen Anstaltsarzt zu schaffen und die jährliche Steigerung in eine jährige zu verwandeln. Das ist ganz unzureichend. Das Anfangsgehalt muß mindestens 1800 M. betragen und die Anstellung nach kürzerer Dienstzeit gesichert sein, auch die Stellung der Ärzte selbstständig gemacht werden; diese Forderungen der Ärzteschaft sind durchaus gerechtfertigt. Schon sind wieder nahezu 2000 Irre in Privatankalten untergebracht worden; in Herzberge hat man schon Lagerstätten auf den Fußböden errichten müssen. (Hört! hört!) Das Hospital in Buch könnte uns ja fürs Erste aus der Verlegenheit helfen. Der Plan für eine 6. Anstalt muß entworfen und die schleunige Vollendung der Anstalten in Buch betrieben werden. Berlin darf in der Fürsorge für die Geisteskranken nicht hinter Brandenburg zurückbleiben.

Stadtv. Dr. Straymann: Es ist allerdings einmal eine Unzufriedenheit unter dem Pflegepersonal der Anstalt in Wuhlgarten wegen der Verpflegung entstanden, der Direktor hat aber die Sache aus der Welt geschafft, indem er den Leuten ordentlich zu Herzen redete. Wuhlgarten nimmt neben einer anderen Anstalt für Epileptische bei Vielesfeld eine ganz besondere Stellung in ganz Preußen ein, da drängen sich die Kräfte nicht so dazu.

Die bez. Etats werden genehmigt.

Darauf wird die Etatsberatung vor dem Etat der Gemeindeschulen abgebrochen.

Die Vorlage betr. Uebernahme zweier Grundstücke in Pankow und Nieder-Schönhausen und Zahlung von 400 000 M. im Wege des Vergleichs, wird auf Antrag Langerhaus einem sogleich niedergesetzten Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Schluß gegen 11 1/2 Uhr.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Es wird weiter „geschickt“!

Petersburg, 12. März. (W. T. N.) Für die Städte Jekaterinoblaw und Nishny-Dneprowsk ist die Frist des außerordentlichen Schutzes bis zum 13. September 1908, für das Gouvernement Witebsk der verstärkte Schutz bis zum 20. März 1909 verlängert worden.

Generalstreik.

Sidney, 12. März. (W. T. N.) Die hiesigen Schauerleute beschließen den sofortigen Generalstreik.

Reichstag.

120. Sitzung vom Donnerstag, den 12. März 1908, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bethmann-Hollweg. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern.

Die Beratung beginnt beim Titel „Zur Förderung der Fischerei 85 000 M.“

Abg. v. Bitten (Z.) bemerkt, daß die geforderte Summe in keinem richtigen Verhältnis zu der für die Förderung der Fischerei geforderten 850 000 M. stehe. Die wissenschaftliche Erforschung der Fischkrankheiten sei notwendig, um den Fischkrankheiten wirksamer entgegenzutreten zu können.

Abg. Prinz zu Schönaich-Carolath (natl.) pflichtet dem Vordredner bei.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Zur Förderung der Fischerei 850 000 M.“ bemerkt

Abg. Naab (Wirtsch. Bgg.): Die Erhöhung dieses Titels um 50 000 M. begrüßen wir mit Freuden; die Fischerbevölkerung ist diejenige, aus welcher die Handels- und Kriegsmarine sich rekrutiert. Sich dieser Volksklasse anzunehmen, sei um so notwendiger, als sie selbst sehr bescheiden sei.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Für Zwecke des internationalen landwirtschaftlichen Instituts in Rom“ 60 000 M. bemerkt

Abg. Erzberger (Z.): Für das Institut sind bereits im vorigen Jahre 30 000 M. bewilligt. Das Institut ist nicht ins Leben getreten. Ich bitte daher um Aufklärung, warum jetzt wieder 60 000 M. für das Institut gefordert werden.

Unterstaatssekretär Wermuth: Das bisher bewilligte Geld ist zu Vorarbeiten verwandt worden. Endgültig wird das Institut am 23. Mai ins Leben treten. 46 Staaten haben ihren Beitritt bereits erklärt. Auch wir müssen, nachdem wir uns zum Beitritt entschlossen haben, das Institut wirksam unterstützen.

Abg. Erzberger (Z.) bedauert, daß zugunsten dieses Instituts der Deutsche Landwirtschaftsrat geschädigt werden soll, der mit einem geringeren Beiträge unterstützt werden soll, obwohl er sicher mehr leiste, als jenes Institut in Rom.

Abg. Graf Schwerin-Löwitz (L.) dankt dem Abgeordneten Erzberger für die Anerkennung des Deutschen Landwirtschaftsrats und bittet, was von der Position etwa erspart werde, dem Deutschen Landwirtschaftsrat zuzuwenden.

Beim Titel Belastung des Reiches aus den auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes zahlbaren Renten, 61 Millionen Mark, ergreift das Wort

Abg. Sachse (Soz.):

Ich möchte bei diesem Titel etwas zur Sprache bringen, worüber der Reichstag sich einmal aussprechen muß. Es ist auffallend, daß hier nur 1 180 000 M. mehr eingestellt sind als im Vorjahre. Man kann doch nicht annehmen, daß die Regierung mit dieser geringen Einzahlung einen Fingerzeig dafür geben will, daß mit der Bewilligung von Invalidenrenten

noch rigorosere

vorgegangen werden soll als bisher. Im Jahre 1903 sind 172 862 Renten bewilligt. Im Jahre 1905 nur 122 868 und im Jahre 1906 nur noch 110 969. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Jahre 1902-03 sind noch reichlich 13 Millionen mehr ausgegeben worden, als in dem vorhergehenden Jahre. In dem Jahre 1906 dagegen nur noch etwa 6 Millionen mehr. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dabei steigt die Kopfzahl der Rentner in jedem Jahre. Die Steigerung der Renten ist angewachsen bis zum Jahre 1906. Von da an geht sie auffallend zurück und es ist dringend notwendig, daß die Ursachen dieses Rückschlages hier besprochen werden müssen. Die Verwaltungskosten sind aber ständig gewachsen. Im Jahre 1900 betragen die Verwaltungskosten pro 1000 M. der Gesamtentnahmen 64 M., im Jahre 1906 dagegen 74 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aus den Anspargungsklassen kommen andauernde Klagen über das rigorose Vorgehen bei der Bewilligung von Alters- und Invalidenrenten. Die Rente ist Renten wieder entzogen worden, welche sich in einem

schlechteren Zustande befanden, als zu der Zeit, da sie die Rente erhielten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Rheinisch-westfälische Anspargvereine hat eine ganze Reihe solcher Klagen zu uns gebracht. In den allerärmsten Gegenden sieht es mit der Bewilligung der Renten am schlechtesten; von der Versicherungsanstalt Schlesien wurden im Jahre noch 20 148 Renten bewilligt, im Jahre 1906 dagegen nur 9294. Von eingegangenen Anträgen wurden 1903 noch

über 60 Proz. bewilligt und 21 Proz. abgelehnt. Im Jahre 1906 dagegen wurden nur 47 Proz.

bewilligt und 46 Proz. abgelehnt. (Hört! hört! bei den Sozialdem.) Aus Schlesien kommen noch die Hauptklagen. Dort klagen sogar schon die gelben Gewerkschaften über das rigorose Verfahren bei den Rentenbewilligungen. Ich möchte die Regierung fragen, ob sie hierüber unterrichtet ist. Eine Kommission ist zwar in den Versicherungsanstalten herangezogen worden. Vom fiskalischen Standpunkte aus hat sie auch sehr gute Erfolge gehabt. Allein von der Versicherungsanstalt Schlesien sind

847 Renten entzogen

worden. Von diesen entzogenen Renten mußten im Streitverfahren wieder 112 bewilligt werden. Von den abgelehnten sind 102 ohne Einverständnis der Rentenstellen abgelehnt worden, obwohl doch in den Rentenstellen Arbeiter sitzen, mit denen die Regierung ziemlich nach Belieben umspringen kann. Zu denken gibt auch, daß bei der Versicherungsanstalt Schlesien die Verurteilungen immer weniger Erfolg haben. Von 6283 Verurteilungen hatten nur 988, das sind 15 Proz., Erfolg, während im Vorjahre 18,6 Proz., in dem vorhergehenden 26,2 Proz. und in dem diesem vorhergehenden 23,2 Proz. Verurteilungen erfolgreich waren; also auch hier ist der Erfolg ziemlich auf die Hälfte herabgegangen. Die Versicherungsanstalt Schlesien ist die stärkste, doch ist die in der Rheinprovinz ziemlich gleich stark. Trotzdem sind die Verwaltungskosten in Schlesien bedeutend größer. Der Reichstag muß sich darum kümmern, wofür diese ungeheuren Summen verwendet werden.

Die Entziehung der Renten verursacht sehr erhebliche Kosten und es muß doch einmal untersucht werden, ob diese Entziehungen

im Sinne des Reichstages

vorgenommen werden. Die Ausgaben für die Verurteilungen betragen bei der Versicherungsanstalt Schlesien im Jahre 1906 151 248 M., in der Rheinprovinz nur 50 828 M., also kaum den dritten Teil, und im Königreich Sachsen noch nicht 40 000 M. Auch für die Gehälter wird in Schlesien am allermeisten ausgegeben, 622 844 M.; in Berlin und in der Rheinprovinz beträgt dieser Posten nur 1/3 der Summe, im Königreich Sachsen nur die Hälfte. Die Versicherungsanstalt Schlesien hat 377 Beamte, während die Rheinprovinz mit 246 Beamten auskommt. Sachsen mit 219 und Berlin mit 244. Nach jeder Seite hin zeigt also die Versicherungsanstalt Schlesien sehr ungünstige Verhältnisse für die Arbeiterklasse. Zum Schluß will ich noch auf einzelne Fälle eingehen, um zu zeigen, wie man es fertig gebracht, bewilligte Renten wieder zu entziehen. Wir haben durch die Petition eines Bergmannes aus Wilschowitz erfahren, daß die ihm am 15. September 1904 gewährte Rente am 1. Oktober 1906 aber wieder entzogen wurde; nach dem Gutachten desselben Arztes, auf dessen Gutachten hin sie ihm gewährt worden war. Der Bergmann erhob Beschwerde. Derselbe Arzt, auf dessen Gutachten hin ihm die Rente entzogen worden war, stellte im November ein ihm günstiges Gutachten aus. Auch ein zweiter Arzt gab ihm in seinem Gutachten Recht. Da schickte ihn der Vertrauensarzt in das Ansparglazarett zu Kattowitz. Der dortige Arzt, ein Dr. Krenzl, gab ihm nun ein Zeugnis, daß er noch leichte Arbeiten verrichten könne und daher nicht als Invalide angesehen werden könne; er sei zwar hysterisch, sonst aber gesund und kräftig. Auch vom Schiedsgericht wurde der Arbeiter abgewiesen, weil er

nur zwei günstige und ein ungünstiges Gutachten

hatte, wahrscheinlich hätte er sechs günstige Gutachten haben müssen, um durchzugehen. (Weiterleut und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Einen anderen Fall, der ein großes Licht auf das

Vorgehen der Versicherungsanstalten wirft, trage ich nach den Akten vor. Ein Arbeiter aus Niederschlesien erhielt am 10. Oktober den Bescheid, daß ihm die Invalidenrente nicht bewilligt werden könne, er habe nur die ganz gewöhnlichen Beschwerden des Alters und neben einer Erblindung des linken Auges ein hämorrhoidales Leiden, das schon wegen seiner langen Dauer nicht ins Gewicht fallen könne. Wahrscheinlich nimmt also die Versicherungsanstalt an, daß der Arbeiter, weil er das Leiden schon so lange hatte, sich mit steigendem Alter daran gewöhnt hätte. Leider stellte dem Manne kein anderer Arzt ein Gutachten aus als der Vertrauensarzt der Anstalt. Wie bei Unfallsfällen vermeiden es jetzt leider auch schon in Invalidenfällen die Ärzte ängstlich, Zeugnisse auszustellen. Der Mann bekam also

trotz seiner Leiden keine Rente.

Einer 60jährigen Aufwärtlerin, die schon zwei Jahre Rente bezogen hatte, wurde sie wieder entzogen, weil eine wesentliche Besserung eingetreten sei. Dabei war die 60jährige Frau vollkommen aufgebraucht, hatte ein Herz- und ein Magenleiden, und der Mastdarmlastrat heraus. Als sie von dem Schiedsgericht abgewiesen wurde, sprach sie in die Worte aus:

es gibt keine Gerechtigkeit mehr!

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Zu dieser Auffassung muß der Arbeiter bei der Art kommen, wie ihn jetzt die Invalidenversicherungsgerichte behandeln. Rechnlich liegen einige Fälle aus dem niederschlesischen Kohlenrevier, wo der Arbeiter schon eine andere Rente bekommt, z. B. die kleine Anspargrente, scheinen die Versicherungsanstalten ihm überhaupt eine Rente nicht mehr zubilligen zu wollen. Ich habe hier eine Reihe von Fällen in den Akten vor mir, in denen völlig arbeitsunfähigen Leuten durch Verlegung der Rente schweres Unrecht geschah. Ich will sie heute nicht vortragen, weil der Rechtsweg noch nicht erschöpft ist. Jedenfalls haben wir alle Ursache, die Reichsregierung zu fragen, ob das wirklich der Zweck der Untersuchungskommission war, die von Anstalt zu Anstalt herumgeschickt wurde, daß den Arbeitern ihre Renten zu Unrecht entzogen wurden. Der Kollege Sieberis ist ja Vorstandsmitglied der Invalidenversicherungsanstalt in der Rheinprovinz. Was sagt er dazu, daß im Rheinland von 180 Renten, die nachgeprüft wurden, 67 entzogen wurden? (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht befugt der Kollege Mugdan seinen weitreichenden Einfluß auf die Ärzte dahin aus, daß sie den Mut finden, alten Ehrenmännern, alten Arbeitern und Arbeiterinnen wenigstens ein Gutachten auszustellen, ob sie noch arbeitsfähig sind oder nicht. Diese ganzen Nachprüfungen werfen doch ein recht bezeichnendes Licht auf die Herren Ärzte. Entweder, wenn die Nachprüfung Recht hat, haben sie früher die Kranken leichtfertig begutachtet, oder wenn, wie wir glauben, den Arbeitern die Renten jetzt zu Unrecht entzogen werden, haben die Ärzte sich durch die Nachprüfungen so einschüchtern lassen, daß sie jetzt ganz anders urteilen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht erzieht Dr. Mugdan seine Kollegen zu etwas mehr Mut. Die schmerzlichen und ungerechten Vorfälle, die der Wahrheit zuwider Dr. Mugdan und am Freitag gemacht hat, werden wir an anderer Stelle zurückweisen. (Beifälliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor Caspar: Der Invaliditätsbegriff war von den Anstalten bei der Bewilligung von Renten vielfach unrichtig ausgelegt worden. Die Revisionen waren notwendig, damit man sich bei der Bewilligung von Renten künftig vorsichtiger an den Wortlaut des Gesetzes hielt. Nun mag ja die Strenge in der Prüfung der einzelnen Fälle jetzt manchmal weiter gegangen sein als notwendig ist. Aber zur Verichtigung falscher Urteile sind ja die höheren Instanzen da. Besonders stark sind die Schwankungen in Schlesien gewesen. Dort hatte allerdings auch eine übermäßige Steigerung der Renten stattgefunden. Nun sagt der Abg. Sachse, diese Revisionen hätten einen guten Erfolg von finanziellen Standpunkte, aber einen schlechten Erfolg vom Standpunkte der Arbeiter gehabt. Ich glaube, daß die Arbeiter nicht wünschen, daß ihre Renten, die nach dem Gesetz nicht bewilligt werden dürften, ihre Beiträge erhöht werden müßten. Der Unterschied in den Verwaltungskosten zwischen Schlesien und den anderen Provinzen erklärt sich durch die Art der Verwaltung. In

Kleines Feuilleton.

Das Zeitungsweesen in Persien. Im „Journal des Débats“ veröffentlicht R. Champlau eine Korrespondenz aus Teheran über die neueste Entwicklung des persischen Zeitungsweesens. Bis zur Verkündung der Pressefreiheit durch die Verfassung vom August 1906 gab es in Teheran keine eigentlichen Zeitungen. Es erschienen wohl lithographierte Blätterchen in unregelmäßigen Zwischenräumen, die hochtrabende Titel wie „Tarbiat“ (Erziehung) und „Mesaref“ (Wissenschaft) führten, aber ihr Inhalt beschränkte sich auf farblose Gesellschaften. Allerdings erschienen in Teheran persische Zeitungen, aber von zehn Nummern wurden durchschnittlich vier von der russischen Polizei und ebensoviel von der persischen verboten, während der Rest beim Transport „verloren“ ging. Besser stand es um die Zustellung des in Kalkutta erscheinenden Wochenblattes „Habl-ol-Maton“ („Die mächtige Hand“), das auf dem Wege über Bombay und Shiraz ziemlich regelmäßig, wenn auch mit zweimonatlicher Verspätung, ankam und bei den Abonnement ausgetreten wurde. Die Verkündung der Konstitution hat diesen Zustand gründlich verändert. Seit 13 Monaten verläßt kaum eine Woche, ohne daß in der Hauptstadt oder in der Provinz eine neue Zeitung ins Leben getreten wird. Allerdings sind die meisten dieser Blätter, wie das in revolutionären Zeiten die Regel ist, sehr kurzlebig. Von den Zeitungen, die eine größere Lebenskraft vermuten lassen, sind folgende bemerkenswert: Der Medschlis (Parlament), der den offiziellen Bericht über die Sitzungen der Volksvertretung bringt. Stenographen gibt es dort nicht. Aber der Redakteur wohnt den Sitzungen bei und gibt die Verhandlungen möglichst getreu wieder. Das Parlament hat drei Sitzungen in der Woche, das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme des Freitags. Das geleseste Blatt von Teheran ist gegenwärtig der „Habl-ol-Maton“, der sozusagen ein Zwillingssbruder des Blattes von Kalkutta ist. Die Auflage beträgt 4000 Exemplare. Das Blatt bringt knappe Parlamentsberichte, polemische Artikel und vermischte Nachrichten. Es hat Korrespondenten in verschiedenen Städten des Landes. Seine Behandlung der Landespolitik sticht durch ihren Bestimmtheit hervor. Ein richtiges Kampfbblatt ist der „Sar Kasrafi“ (Die Trompete Aphasias). Auf der ersten Seite zeigt es die Gestalt des Erzengels, der die Toten zum jüngsten Gericht weckt. Jede seiner Nummern bringt ihm eine Expendierung von 14 Tagen ein. Am Tage seines Erscheinens reißt man sich um die Nummern, die jedesmal irgend eine sehr scharfe, sehr geistreiche und literarisch seine Kritik, sei es des Schahs, sei es eines Ministers oder auch des Parlaments enthalten. Zu denen, die es mit der größten Nervosität erwarten, gehört der Unterrichtsminister, der dem Schah und dem Parlament für alles, was in der Stadt gedruckt wird, verantwortlich ist. Dieses Blatt hat am meisten zur patriotischen Volksbewegung gegen den englisch-persischen Vertrag beigetragen. Der „Nodajo Vatan“ wird namentlich um seiner illustrierten Beilage „Kaschgul“ willen geliebt. Kaschgul ist der Kürbis, den die Deutsche tragen und worin sie alle möglichen Dinge aufbewahren. Das Wort wird in der Volkssprache auch für einen Trödelkasten gebraucht. Der Titel besagt also ungefähr dasselbe wie die deutsche Wendung: Gemischt

Salat, oder das siddentische: Durichstessel. Der „Kaschgul“ bringt zweimal wöchentlich eine vierblättrige Nummer mit sehr schlechten Zeichnungen, aber oft sehr hochhaltigen Text heraus. Erwähnt sei noch das Tagesblatt „Sobhe Sadek“ (Morgenröte der Wahrheit), das als erstes den wirtschaftlichen Interessen seiner Leser Rechnung trägt. Seine Sozialität ist der Karzettel für Brot und die wichtigsten Nachrichten. Bemerkenswert ist der Titel Mossawat, der dem französischen „Egalitäre“ (Anhänger der Gleichheit) entspricht. Hier ist der Einfluß der französischen Revolution deutlich, der auch sonst in der jungen persischen Politik hervortritt. In Gesprächen wie in der gedruckten politischen Erörterung zeigt sich immer wieder die Tendenz, für die persischen Ereignisse und die persischen Politiker eine Parallele in der französischen Revolution zu finden.

Was Champlau über die Situation der Redakteure berichtet, zeigt diese gerade nicht in einer beneidenswerten Lage. Sie müssen in der Regel das ganze Blatt selbst schreiben und auch das Amt des Redakteurs übernehmen. Wenn nun auch das Format nur etwa ein Viertel des großen Formats deutscher Blätter beträgt, so ist die Aufgabe, täglich vier Seiten zu füllen, nicht so leicht, zumal da das Interatentweesen ganz unentwickelt ist. Auch die Freude, „Spek“ machen zu können, ist Segern und Redakteuren in sehr geringem Maße zugewiesen, da nur einzelne Schriftsteller verwendet wird und Uebersetzungen und Manuskripten nicht vorkommen. Der Redakteur behilft sich nun, indem er seinen Leitartikel über alle vier Seiten dehnt. Die persische literarische Mode, der kein Reichtum von Redebäumen zu groß ist und die namentlich auch Zitate liebt, gestattet ihm, Vergleiche endlos an einander zu fügen und Verse aus Sadi und Hafis, mit besonderer Vorliebe aber aus dem Koran zu zitieren, auch wenn sie nicht eben in den Zusammenhang gehören. In dem äppigen Urwald orientalischer Bilder geht oft der Sinn ganz verloren. Manchmal schaffen sich die geplagten Redakteure einige Ruhe, indem sie die Leser des Blattes zur Mitarbeit auffordern und die interessantesten der einlaufenden Briefe veröffentlichen. Sind so die Kosten der Redaktion verhältnismäßig gering, ist doch ein persischer Zeitungsherausgeber nicht auf den Reizen von Shiraz gebettet: Papier, Druckerpressen, Schriftsatz, Linie — das alles kommt aus Rußland und ist mit hohem Preis belegt. Demgemäß ist der Preis einer Nummer sehr hoch: drei Schahis, was etwa 7 Pfennigen gleichkommt, aber bei dem hohen Geldwert etwa dem doppelten Betrage entspricht. Der Verkauf geschieht durch Verkäufer in den Straßen und in den Buchhandlungen. Abonnement hat nur der „Medschlis“. Die Gefahr der Unterdrückung ist zu groß. Nicht nur der Unterrichtsminister kann ein Blatt verbieten, sondern auch die Ruschids, die höheren Mollas, stellen Zeitungen für einige Tage ein, wenn sie die Grundsätze der Orthographie außer acht gelassen haben. Endlich kommt es vor, daß der Redakteur, sei es wegen eines traurigen oder freudigen Familienereignisses, oder weil ihm gar nichts mehr einfällt, sich eine Ruhepause gönnt, oder auch, daß das Papier ausgegangen ist, die Maschine nicht pariert oder der Drucker nicht bei Laune ist. — Im ganzen läßt sich aber trotz mancher kleinlich-komischen Momente die überraschende Entwicklung der Presse nicht abstreiten und wenn das dem Parlament vorliegende Pressegesetz, das freilich reichlich Möglichkeiten für Schikanen offen läßt, erst in Kraft sein wird, ist ein weiterer Aufschwung sicher.

Notizen.

Der Fall Girardi. Girardi ist bald der populärste Mann in Berlin. Am Mittwoch ist er bereits zum 50. Male in der (ursprünglich wienerisch-berlinerischen) Post „Immer oben“ aufgetreten. Aus den Festreden, Empfinden, Ehrengelagen kommt er schon gar nicht mehr heraus. Schab, daß keine Austauschprofessur oder ein Kanzlerposten frei ist, er würde sie sonst sicher bekommen. Die Preemienentgerinnen töten nur noch weanerisch. Wiener Mehlspeisen sind ein geachteter Modestitel. Die Kritiker, die hierzulande für deutsche Dichter und Schriftsteller gelten, haben ihn völlig mit Beschlag belegt. Wird nicht bald ein Girardi-Theater gegründet werden? Oder wenigstens ein Vortragsspektakel veranstaltet, in dem Girardi über „Berliner Kultur“ plauschiert? Unternehmende Zeitschriften, Mäcene, Literaturjobber, laßt euch die Gelegenheit nicht entgehen.

Daß der Fall Girardi nicht bloß eine Berliner sondern in viel höherem Grade eine Wiener Angelegenheit ist, hat die „Wiener Arbeiterzeitung“ herborgehoben. „Für die nächste Saison“, schreibt sie, „hat der wienerische Schauspieler in Wien kein Engagement, er bleibt in dem Berliner Theater und gastiert dann in Deutschland herum. Nach Vosen und Werchow wird Herr Girardi vielleicht kommen, nach Wien nicht. Das ist bei einem Künstler, der keinen Satz hochbedeutlich, kein Wort ohne wienerische Geste sagen kann, ein ganz widernatürlicher Zustand. ... Vor allem ist natürlich das finanzielle Moment entscheidend. Girardi bekommt in Berlin eine viel höhere Gage als er sie zuletzt in Wien hatte. Sagen wir's einmal aufrichtig: Die hohen Gagen der Schauspieler und Sänger sind ein Unglück. Nicht allein deshalb, weil dann die Gagen der Kleinen um so kleiner ausfallen, sondern weil diese hohen Gagen die Künstler moralisch korrumpieren: sie werden Spekulanten mit ihrem Talent, sie verlieren den festen Bodenstand und schwimmen auf dem Theatermarkt. Wenn nur die Bilanz der Börsenspekulation mit dem eigenen Talent genug erträgnisreich abläuft. Glaubt Herr Girardi wirklich, daß seine durch und durch wienerische Kunst in Berlin echter wird? Er wird ein „Wiener“ für norddeutsche Bedürfnisse. Was es schon in Wien bedeutet, daß er höheren Aufgaben als zu ängstlich auswich, so werden ihn die berlinisch-wienerischen Lokalfälle geistig noch ganz anders herunterbringen.“

Der Verfall des Schauspielhauses. Von der fürchterlichen Wamagie des „Meisters Matthias“ hat sich das vortrefflich geleitete königl. Schauspielhaus durch ein Lustspiel für höhere Töchter vergangener Zeiten, das unendlich langweilig, matt, abgelehrt ist, schnell erholt. Dieses Stück, das den Titel „Der Schrittmacher“ führt, ist ein sehr unlieber Bekannter aus der deutschen Schwanliteratur, dem Schauspielhaus schien es neu, weil es von einem Russen stammen soll.

Sensation statt Kunst wollten Warschauer Geschäftsleute in Rußland den Besuchern der Philharmonie liefern, als sie Toselli, den Mann der Montignos, engagierten. Es war ausgemacht, daß die ehemalige Kronprinzessin sich erscheinen sollte. Sie kam aber nicht, und da Toselli angedenken sich als ein mäßiger Dilettant erwies, so gab's einen Skandal. Den sensationslüsternen Unternehmern und dem törichtigen Publikum kann man den Reinsfall von Herzen gönnen.

Wahrheit sind die Verwaltungskosten in den anderen Provinzen nicht niedriger, sondern nur zum Teil an anderer Stelle gebüht. Die hohen Kosten für Schiedsgerichtsverhandlungen in Schlesien erklären sich aus dem Einfluß der Winkelfunktionen, die in Schlesien alle Fälle vor die höhere Instanz bringen. Auf die Einzelfälle kann ich nicht eingehen, weil sie entweder schon rechtskräftig entschieden sind oder noch vor den Gerichten schweben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Mugdan (fr. Sp.): Nur eine kurze Zwischenbemerkung. Nach dem Beschluß des Seniorenkongresses soll die Beratung dieses Staats morgen zu Ende gehen. Vorläufig sind dazu noch 70 Redner gemeldet. (Schallende Heiterkeit.) Wenn jeder von Ihnen, ganz abgesehen von den Regierungsvertretern, nur 15 Minuten reden wollte, würden 18 Stunden 15 Minuten zur Beendigung der Beratung erforderlich sein. (Heiterkeit.) Ich möchte also die Herren bitten, sich ein klein wenig einzukürzen.

Abg. Dr. Mugdan (fr. Sp.): Die Organisationen der Ärzte, die für die freie Arztwahl eintreten, treten auch dafür ein, dem behandelnden Arzt mehr Rechte in der Invalidenversicherung zu geben. Der Vorwurf des Abg. Sachse war also unberechtigt. Zum Schluß hat der Abg. Sachse mir mit irgend etwas gedroht, ich habe nicht verstanden, womit. Ich entnehme daraus nur, daß meine Vorwürfe vom Freitag der Sozialdemokratie sehr unangenehm waren, und damit haben sie ihren Zweck vollkommen erfüllt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich stelle nochmals fest, daß bei der Knappschaftsinterpellation die Sozialdemokraten die Forderung der Vergarbeiter auf freie Arztwahl verleugnet haben. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Sachse (Soz.): Wenn die Ärzte gezwungen sein würden, wahrheitsgemäße Gutachten anzustellen, so würden nicht wie bisher Tausende von Arbeitern um ihre Rente kommen. Hier muß ein gewisser staatlicher Zwang ausgeübt werden. Es kann nicht so weiter gehen, daß der behandelnde Arzt und die Rentenstelle, die den Invalidenarbeiter stellt, übereinstimmen, daß ihm

himmelschreiendes Unrecht

geschickt und daß er trotzdem abgewiesen wird. Ich hatte gemeint, daß Herr Dr. Mugdan bei seinen Kollegen dahin wirken könnte, daß ihre große Furcht vor den Landesversicherungsanstalten, ihren Arbeitgebern, etwas schwindet. Heute haben nur noch wenige Ärzte den Mut, in Invaliditäts- und Unfallfällen Gutachten anzustellen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Vertreter der Regierung hat gemeint, daß die Nachprüfung der Renten notwendig geworden sei, weil sonst die Beiträge der Arbeiter hätten erhöht werden müssen. Wir sehen jedenfalls aus den zahllosen Petitionen, die hier einlaufen, daß sehr viele Arbeiter sich durch diese Nachprüfungen in ihren Rechten gekränkt sehen. Dann klagte der Regierungsvertreter über das Winkelfunktionentum in Oberschlesien. Das ist ganz einfach die Folge davon, daß es in Oberschlesien keine starken Arbeiterorganisationen und keine Arbeitersekretäre gibt, und daß die Arbeiter deshalb zu den Winkelfunktionen laufen. Aber der Präsident des Reichsversicherungsamtes hat ja längst auf die obersteinsten Arbeitgeber wegen ihrer Wohlfahrtsleistungen große Lobreden gehalten. Aber gerade diese Wohlfahrtsleistungen, derentwegen er sie über den grünen Klee gelobt hat, dienen dem Unternehmer nur dazu,

die Arbeiterorganisationen niederzudrücken

und daher resultiert dann das Winkelfunktionentum. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In Niederschlesien, wo wir eine starke organisierte Arbeiterschaft haben, finden Sie keine Spur davon. Da werden durch die Arbeitersekretariate nur gerechte und auskömmliche Sachen vertreten. Deshalb bleiben die hohen Kosten für die Verfassungsinstanten in Schlesien auffällig und die Regierung hat deshalb allen Grund, die Zustände in der schlesischen Versicherungsanstalt im Auge zu behalten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Dr. Mugdan hat nun behauptet, ich hätte ihn bedroht. Zugleich hat er selbst zugegeben, daß er mich nicht verstanden hat. Ich will also wiederholen, was ich gesagt habe: Dr. Mugdan hat am Freitag den schweren Vorwurf gegen mich erhoben, daß wir nicht für die freie Arztwahl in den Knappschaftskassen eingetreten seien. Ich erwidere ihm darauf, daß wir bei einer Interpellation natürlich keine bestimmten Anträge stellen können, er ist lange genug im Hause, um das selbst wissen zu können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Außerdem drehte sich die Interpellation nicht um die Arztwahl, sondern um die Beibehaltung des Kindergeldes. Im übrigen ist es aber nicht wahr, daß wir die Forderung der freien Arztwahl für die Vergarbeiter fallen gelassen haben. Sie steht in unserem Initiativantrag und in allen Anträgen der Mitglieder des Vergarbeiterverbandes zu den Knappschaftskassen. Die vollständig freie Arztwahl in den Knappschaftskassen wäre eine Berrücktheit. Denn dann könnte ein Mitglied des Dortmunder Knappschaftskassenvereins von Hamm nach Duisburg fahren, um sich behandeln zu lassen. Deshalb haben wir freie Arztwahl im Umkreise von zehn Kilometern gefordert, und für diese Forderung sind wir stets und überall eingetreten. Der Abg. Mugdan aber hat mich schweres Unrecht getan und wieder einmal die Unwahrheit gesprochen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Mugdan (fr. Sp.): Ich habe behauptet, daß die sozialdemokratischen Vergarbeiter die freie Arztwahl forderten, die sozialdemokratischen Abgeordneten sie hier aber noch in keiner einzigen Rede bis auf den heutigen Tag vertreten haben, und daß sie auch ihre Pflicht nicht erfüllt haben, bei der Interpellation über das Knappschaftswesen dafür einzutreten. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten, stürmische Paruse: Alles un wahr!) Weil Sie nun genau wissen, daß ich die Wahrheit gesagt habe, (Schallendes Gelächter bei den Sozialdemokraten) deshalb ziehen Sie sich auf Ihre üblichen Schimpereien zurück. (Sehr wahr! beim Abg. Sachse.)

Abg. Hue (Soz.):

Herr Mugdan war so freundlich, auch bei diesem Punkte die freie Arztwahl wieder zu berühren, und so konnte ich ja doch noch zu der Rede, die ich gestern abend nicht halten konnte. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Was hat Herr Mugdan am Freitag gesagt, und möchte er nun nicht gesagt haben, wo der Abg. Sachse es ihm vorhält? Er sagte: „Wie die Sozialdemokratie es versteht, heute so und morgen anders zu sprechen, haben wir bei der Interpellation über die Krankenversicherung der Vergarbeiter gesehen. Es war sehr merkwürdig, daß sie dort nicht über die freie Arztwahl gesprochen haben, denn man hätte sonst für die freie Arztwahl sprechen müssen, da sie eine Hauptforderung der Vergarbeiter ist.“ Was wissen Sie denn, Herr Mugdan! von der Hauptforderung der Vergarbeiter? (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Er sagte weiter: „Die Herren Sozialdemokraten spielen ein falsches Spiel; wenn sie wirklich die Anträge der Vergarbeiter vertreten wollten, hätten sie bei der Interpellation für die freie Arztwahl eintreten müssen. Das wollten sie aber nicht, weil sie die freie Arztwahl gewöhnlich beschimpfen. Infolgedessen haben sie sie unter den Tisch fallen lassen; dann aber stellen sie sich vor die Vergarbeiter hin und sagen: „Wenn wir nicht wären, würden wir überhaupt nicht vorwärts kommen.“ Ich verlange von dem Abgeordneten Mugdan, daß er nachweist, wo wir die Forderung auf freie Arztwahl hier im Reichstage haben fallen lassen. Ferner verlange ich von ihm den Nachweis, wo ich mich so verhalten habe, wie er es darstellt. Bei der Interpellation handelte es sich nicht um die freie Arztwahl und Krankenversicherung, sondern um die Situation, die im Ruhrrevier durch das Zwangsstatut geschaffen war. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte die sämtlichen Herren Kollegen, die Reden der Herren Schiffer und Behrens nachzulesen, die das selbe Thema behandeln, ob sie darin ein Wort über die freie Arztwahl finden. Es ist ganz falsch, zu sagen, daß die freie Arztwahl eine sozialdemokratische Vergarbeiterforderung ist. Schon bevor eine sozialdemo-

kratische Organisation bestand, sind Herren, die dem Zentrum angehören, für die freie Arztwahl der Vergarbeiter eingetreten, und haben schwere Kämpfe mit den Herren Kollegen des Abg. Mugdan darüber ausgefochten. Die freie Arztwahl ist nicht eine sozialdemokratische Forderung, sondern sie ist eine Forderung der Vergarbeiter, welche alle Vergarbeiterorganisationen aufgestellt haben. Hätte es sich bei der Interpellation um die freie Arztwahl gehandelt, so hätte Herr Mugdan keine Vorwürfe auch gegen die Abgeordneten Schiffer und Behrens zu richten gehabt, welche kein Wort davon gesagt haben. Der einzige, der die freie Arztwahl überhaupt gestreift hat, bin ich gewesen, indem ich ausführte, daß wichtige Forderungen der Vergarbeiter, so die der freien Arztwahl, von ihnen im Interesse der Einigkeit zurückgestellt sei. Was ist denn überhaupt die freie Arztwahl bei den Knappschaftskassen? Ich konstatiere, daß eine ganze Menge Knappschaftsärzte, in Preußen allein über 1500, vielleicht sogar die Mehrheit, der Ärzteorganisation angehören. Professor Köbber, der auf den Vergartern das große Wort führt und dort für die freie Arztwahl eintritt, ist einer der heftigsten Gegner der freien Arztwahl in den Knappschaftskassen. Wenn ich Knappschaftsärzte um Gutachten für die freie Arztwahl anging, so wurde ich von ihnen gebeten, sie zu verschonen, weil sie davon

große Unannehmlichkeiten

hätten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Möge Dr. Mugdan sich bei seinen Kollegen, den Knappschaftsärzten bemühen, daß auch sie für die freie Arztwahl eintreten. Geschähe das, so wären wir schon weiter. Ich bin vollkommen mit meiner Anschauung über die freie Arztwahl einverstanden und ebenso mein Parteifreund Hoch, der ausdrücklich betont hat, daß es falsch ist, zu sagen, das Verhältnis zwischen den Kassen und den Ärzten sei etwa dasselbe, wie zwischen dem Fabrikherrn und den Arbeitern. Vielmehr haben die Kassen ein Interesse daran, die Ärzte nach jeder Richtung hin zu befriedigen, um einen Arztstand zu haben, der seinem Beruf

mit Lust und Freude

nachgehen kann. Ausdrücklich hat auch Hoch zugegeben, daß Fehler auf beiden Seiten gemacht sind, daß die Frage bei vernünftigem Entgegenkommen auf beiden Seiten gelöst werden muß. Dadurch, daß Mugdan in seiner Art und Weise die Ortskassenverhältnisse angreift, schadet er der freien Arztwahl mehr als irgend jemand in diesem Hause. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Zeigen Sie mir eine einzige Betriebskrankenkasse, eine einzige Knappschaftskasse im Deutschen Reich oder in Westfalen, wo die freie Arztwahl eingeführt ist. Dort haben die

Unternehmer die Herrschaft

und dort wird die freie Arztwahl, welche die Arbeiter beantragen,

stets abgelehnt.

Der Verband der westfälischen Betriebskrankenkassen, der sich vor zwei Jahren gebildet hat, hat sich in allerfrühester Weise gegen die freie Arztwahl ausgesprochen und sie geradezu als den Ruin für die Kassen hingestellt. Wenn das, was Dr. Mugdan in dem neuen Krankenlängengesetz anstrebt, Gesetz wird, wird es mit der freien Arztwahl in den Ortskrankenkassen bald zu Ende sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die „Arbeitsbeziehung“ schreibt sehr deutlich: „Wir wollen die Arbeiter nicht in ihren Rechten verkürzen, wir wollen nur, daß bei den Ortskrankenkassen das eingeführt wird, was bei den Betriebskrankenkassen bereits zu Recht besteht und sich als praktisch erwiesen hat.“ Das ist aber die Ausschließung der Arbeiter von der Verwaltung der Kassen. Freie Arztwahl besteht nur, wo die Arbeiter die Verwaltung der Kassen in Händen haben, und nun müssen wir es erleben, daß ein Führer der Ärzte, der doch wohl für die freie Arztwahl eintreten will, Unternehmungen unterstützt, die, wenn sie praktisch werden, mit einem Schlag der ganzen freien Arztwahl ein Ende machen müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben die Forderung der freien Arztwahl in vielen Fällen fallen lassen müssen, weil die Unternehmer sie nicht wollten, nur um zu einer Einigung zu kommen. Auch unser Initiativantrag über eine Reform des Knappschaftswesens sieht die freie Arztwahl vor. Wir wollen also das gleiche, was der Abg. Mugdan will. Wie kommt er da dazu, hier derartiges vorzubringen? Wie will er beweisen, daß irgend einer von den Vergarbeiterführern die Forderung der freien Arztwahl hat fallen lassen, ja noch mehr, wie kann er beweisen, daß wir aus demagogischen Reigungen hier das nicht sagen, was wir draußen sagen? Ich habe für die Forderung der freien Arztwahl schon Strafen erlitten, weil ich aufs schärfste das System der Zwangsärzte kritisiert habe. Ich bin für die freie Arztwahl schon eingetreten, als man an Mugdan noch gar nicht dachte. Ich erwarte, daß Herr Mugdan seine Behauptungen beweist oder zurücknimmt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Mugdan (fr. Sp.): Es ist geradezu erstaunlich, wie die Herren Sozialdemokraten behaupten können, sie hätten dieselbe Resolution eingebracht, wie die Herren vom Zentrum und der Wirtschaftlichen Vereinigung. Während die beiden letzten Parteien sich noch den Maßnahmen erkundigten, die die Regierung zu ergreifen gedente, um die sich bei der Durchführung des Knappschaftstatuts herausgestellten Schwierigkeiten zu beseitigen, interpellierte die Sozialdemokratie um die Vorlegung einer Novelle zum Krankenlängengesetz. Wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) diese Interpellation begründeten, mußten Sie auch die freie Arztwahl eingehen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das haben Sie aber nicht getan, sondern Sie haben stets nur gesagt, die Kassen hätten die so wichtige Forderung zurückgestellt. Im übrigen habe ich aus den vielen Worten des Abgeordneten Hue nur entnommen, daß ich recht gehabt habe und daß jetzt versucht wird, zu verschleiern, was ich gesagt habe. (Unruhe bei den Sozialdemokraten. Paruse: Sophisterei! Sie haben Ihren Beruf verfehlt, Sie hätten Links anwalt werden sollen.) Damit schließt die Debatte.

Gerichtlich bemerkt Abg. Hue (Soz.): Der Abgeordnete Mugdan hat gesagt, ich hätte nur gesagt, die Kassen hätten diese wichtige Forderung zurückgestellt. Ich konstatiere, daß ich hinzugesetzt habe: zurückgestellt, um auf die von den Regierungsvertretern gewünschte Einigung hinzuwirken. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Titel wird bewilligt.
Beim Kapitel **Schiffsvermessungsamt** wünscht Abg. Dr. Delbrück (fr. Sp.) gleichmäßige Festsetzung der Tariflöhne durch eine Vereinbarung der verschiedenen Regierungen. Es folgt das Kapitel: **Behörden für die Untersuchung von Seunfällen.**

Abg. Dr. Hecker (fr. Sp.): Herr Raab hat bei der ersten Lesung von dem Fall des Dampfers „Kongo“ gesprochen. Dieser Dampfer gehört aber einer italienischen Gesellschaft und die deutschen Behörden sind nicht berechtigt, seeräuberische ausländische Schiffe an der Ausfahrt zu verhindern. Ganz falsch ist es, wenn Herr Raab behauptete, die Schiffsfahrtsgesellschaften zwingen die Kapitäne, die Rebell anzufahren. So drückt sich keine Gesellschaft. Erwünscht wäre eine internationale Vereinbarung dahin, daß Brandschiffen in den Grund gebohrt werden. Unberechtigt ist das Sträuben der gewerkschaftlichen Vertretung der Seeleute und der Sozialdemokratie gegen die Beschäftigung von Ausländern auf den Schiffen. Für gewisse Arbeiten sind die Ausländer sehr geeignet. Die Arbeitszeit der Stewards sollte besser geregelt werden. — Herr Hoch hat neulich meine Stellungnahme für die Reeder dadurch von vornherein zu diskreditieren gesucht, daß er mir zurief: „Wie wunderbar das nicht, jeder betätigt sich eben für die Leute, die ihn bez... na, Sie wissen ja.“ (Widerpruch des Abg. Hoch.) Herr Hoch hat das im stenographischen Bericht ausgedrückt, aber Tausende von Arbeitern haben es doch gelesen. Ich weiß, worauf er diese Bemerkung gestützt hat. Als ich eine rein vermittelnde Tätigkeit zwischen den Hafenarbeitern und den Reedern ausübte, kam das Gerücht auf, ich sei von den Reedern bezahlt,

und zwar wurde es von Sozialdemokraten ausgebracht. Das ist dieselbe Art des Kampfes, unter der ja die Herren von der äußersten Linken auch leiden. Selbstverständlich sind die Reeder so anständig gewesen, es nicht zu wagen, mir für die ehrenamtliche Tätigkeit etwas anzubieten. Der ausgezeichnete Führer der Hafenarbeiter, Böding, hat übrigens so viel Pflichtgefühl gehabt, in einer öffentlichen Verammlung der Schamerleute mit aller Schärfe diese, wie er sie ausdrückte, Verleumdung und gemeine Verdächtigung zurückzuweisen. Wie kommt Herr Hoch dazu, diese Verleumdung hier im Reichstage wiederzugeben, was gibt ihm das Recht, mit der Ehre eines Kollegen ein derartig frevelhaftes Spiel zu treiben? Auch bei seinen Zahlenangaben hat der Abg. Hoch stark übertrieben; nicht 28 000 Verletzungen sind vorgekommen, sondern 15 000, nicht 7150 ist die Zahl der Todesfälle, sondern 2704. Dem harten Urteil des Abg. Hoch über die Seevereinigungsgesellschaft halte ich die anernehmenden Urteile des Seemanns, des Organs der sozialdemokratischen Seeleute gegenüber.

Abg. Rehger (Soz.):

Hat die Regierung Kenntnis genommen von der Verhandlung, die vor dem Flensburger Seeamt im Mai 1906 über die Brände, welche auf den Dampfern „Prima“, „Tertia“, „Vesta“ und „Reptum“ stattfanden? Auf allen vier Dampfern waren sämtlich rheinisch-westfälische Kohlen geladen und auf allen vieren ist ungefähr gleichzeitig die Ladung in Brand geraten, wodurch die Mannschaften der Schiffe und die Schiffe selbst in große Gefahr gerieten. Alle vier Schiffe waren von der Hamburg—Amerika-Linie zum Dienst als russische Kohlenklopper gechartert. Nach dem Urteil des Sachverständigen waren die Brände auf Selbstentzündung der Kohlen zurückzuführen. Der Reichskommissar v. Zeeuwels äußerte, die Untersuchung habe nichts davon ergeben, daß seitens der Mannschaft böswillig oder nachlässig gehandelt worden sei. Sehr bedauerlich sei es, daß er bei dem Kohlenyndikat auf Widerstand gestoßen sei, als es ihm darum zu tun war, festzustellen, aus welchen Zechen die Kohlen stammten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) und ob dieselben frisch gefördert oder längere Zeit gelagert gewesen seien. Gätte das Syndikat diese Auskünfte nicht verweigert, so hätte festgestellt werden können, wie die chemischen Eigenschaften der betreffenden Kohlen sind. Er glaube sagen zu können, daß durch die Verweigerung der Namen der Zechen Mißtrauen gegen die westfälische Kohle wachgerufen werden würde. Das Seeamt hat er, in seinem Spruch auszuführen, daß sich die Schiffsoffiziere davon überzeugen sollen, von welchen Zechen die Kohlen im Raum der Schiffe stammen. Wie viele Schiffe mögen sich unter den verschollenen mit Mann und Maus untergegangenen befinden, die Kohlenladungen gehabt haben und dann

in Brand geraten sind und untergingen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Spruch des Seeamts ging dahin, daß die Kohlenladungen durch Selbstentzündung in Brand geraten seien, im übrigen schloß sich das Seeamt den Ausführungen des Reichskommissars an und wünschte ebenfalls eine Feststellung der Herkunft der Kohlenladungen. Doch konnte es sich nicht darüber äußern, durch welche Mittel eine solche Herkunftsfeststellung zu erzielen sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das Syndikat sich weigerte, anzugeben, woher die Kohlen kommen, so hätte wohl ausreichender Grund zu einer

Auflage wegen fahrlässiger Brandstiftung

vorgelegen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Seeamt muß das Recht und die Pflicht haben, von Amidwegen alle Mittel anzuwenden, um festzustellen, woher die Kohlen stammten. Nicht auf die Bequemlichkeit des Syndikats, sondern auf den Schutz gegen die Gefahren für Leben und Gesundheit der Schiffsmannschaft kommt es an. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Weiter erinnere ich an die Resolution, welche der Reichstag am 26. Mai 1902 gefaßt hat: „Die verbündeten Regierungen zu eruchen, dem Reichstage mit tunklischer Beschleunigung und unter Berücksichtigung der praktischen Erfahrungen der Handelsmarine über Tiefgang und Ladelinie einen Gegenentwurf vorzulegen, durch welchen die Frage einer behördlichen Aufsicht über Seetätigkeit, Tiefgang, Bemannung und Verproviantierung von Kaufschiffen geregelt, für Abstellung etwaiger Mängel Sorge getragen und zu diesem Zwecke eine der Oberaufsicht des Reiches unterstellte Instanz bestimmt wird.“ Ich frage, welche Schritte die Regierung unternommen hat, um diesem einstimmigen Wunsche des Reichstages Rechnung zu tragen! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat v. Jenkinson:

Der Frage der Entzündbarkeit der Kohlen auf Schiffen haben wir seit jeher unsere Aufmerksamkeit zugewandt. In dem von dem Herrn Vorredner erwähnten Falle hat das Seeamt entschieden, daß nach Lage der Verhältnisse es für die Aufklärung der Ursachen der Entzündung nicht darauf ankommt, aus welcher Zechen die Kohlen herkommen. Es handelte sich um Kohlen, die für den russisch-japanischen Krieg geliefert werden sollten und die Monate unterwegs waren, ohne daß Vorkehrungen getroffen werden konnten, um der Selbstentzündung vorzubeugen. Ich will aber hinzufügen, daß die Reichsverwaltung sich an dieser formalen Friedigung der Angelegenheit nicht hat genügen lassen, sondern versucht hat, außerhalb des Verfahrens vor dem Seeamt die Herkunft der Kohle bei dem Kohlenyndikat zu ermitteln. Das Kohlenyndikat hat es für richtig gehalten, auf diese Frage nicht zu antworten. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ob man das billigt oder nicht, darüber habe ich jetzt kein Urteil abzugeben. Wir haben die Kohlen nicht vom Kohlenyndikat bezogen und haben deshalb keinen Einfluß auf die Stellungnahme des Kohlenyndikats. Daß die Verwaltung dieser ganzen Frage der Herkunft der Kohlen nicht gleichgültig gegenübersteht, kann ich dadurch beweisen, daß schon vor 20 Jahren das Reichsamt des Innern eine besondere, noch heute als maßgebend anerkannte Broschüre auf Grund von Beratungen der Sachverständigen darüber herausgegeben hat, wie die Steinkohlenlager auf Schiffen zu behandeln sind, in der auch auf alle die Gesichtspunkte hingewiesen ist, die für die Frage der Entzündbarkeit von Bedeutung ist. Es ist dort auch empfohlen worden, soweit möglich im einzelnen Falle die Herkunft der Kohle festzustellen, denn es ist bekannt, daß gewisse englische Kohlen besonders zur Entzündbarkeit neigen. Was die zweite Frage des Vorredners anbetrifft, so kann ich nur sagen, daß die verbündeten Regierungen offenbar die Errichtung eines Reichsamt für Seefahrt noch nicht zur Entscheidung für reif gehalten haben, jedenfalls nicht im positiven Sinne. Im übrigen möchte ich Herrn Hecker meinen besonderen Dank aussprechen für sein Eintreten für die Seevereinigungsgesellschaften, die ihren Aufgaben auch heute gerecht geworden sind. Wenn insbesondere Herr Karl Ferdinand Leis hier angegriffen worden ist, im Anschluß an eine Verhandlung, die sich zum großen Leidwesen der Regierung abgepielt hat, so kann ich konstatiieren, daß die Ehre dieses Verstorbenen von der Reichsregierung ebenso hoch gehalten wird, wie von allen, die seine Verdienste zu schätzen wissen. Im Namen der Reichsregierung danke ich Herrn Hecker, daß er Gelegenheit genommen hat, für diesen hervorragenden Mann eine Lanze einzulegen. (Bravo! rechts.)

Abg. Doormann (fr. Sp.) polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Raab, der die Lage der Schiffsarbeiter als erbärmlich geschildert habe, ohne Beweise dafür zu erbringen.

Abg. Raab (wirtsch. Sp.): Unter der Aufbedingung von Mißständen kann die Schiffsahrt nicht leben, sondern nur Vorteil von ihr haben. Herrn Doormann erwidere ich, daß die Hamburg—Amerika-Linie drauf und dran ist, die Selbstversicherung aufzugeben. Herrn Hecker gegenüber betone ich, daß das Schiff „Kongo“ bis zuletzt ein deutsches Schiff war. Aber abgesehen davon, welche Flotte es führen dürfte, war seine Seeräuberhaftigkeit in Hamburg be-

Kannt; es ist trotzdem aus dem Hafen herausgelassen worden. Ich konstatiere, daß in England kein seewärtiges Schiff aus einem Hafen heraustritt. Bei uns ist die Aufsicht über diese Dinge der Seeverkehrsverwaltung übertragen, die nur berechtigt ist, die Schiffe zu überwachen, die in ihr Kataster eingetragen sind. Daher brauchen wir ein Reichsschiffahrtsamt. Mit diesem können solche Unfälle vermieden werden auch ohne internationale Vereinbarungen. Auch die zu geringe Besatzung der Schiffe wäre von diesem Amt zu kontrollieren.

Abg. Dr. Semler (natl.) polemisiert gegen den Abg. Raab, dessen einseitige Ausführungen der Schiffahrt nur Schaden könnten.

Abg. Schwarz (Soz.): Die Resolution, auf welche mein Freund Wegger hingewiesen hat, hatte in der Kommission eine bessere Fassung als die, in der sie schließlich angenommen wurde. Hinter „Besatzung“ sind im Plenum die Worte „und unter Berücksichtigung der praktischen Erfahrungen der Handelsmarine über Tiefgang und Ladefähigkeit“ auf Antrag des Abg. Stodmann eingefügt. Ich habe bereits in der Sitzung vom 19. April 1902 darauf hingewiesen, daß nach der Statistik der Seeverkehrsverwaltung in den Jahren 1888 bis 1900

185 Schiffe verschollen sind,

im Durchschnitt also 15,5 Schiffe pro Jahr. Das ist eine fürchterliche Anzahl, und die Gefährdung hat alle Ursache, hier Remedur zu schaffen. Von diesen 185 Schiffen waren 122 aus Holz gebaut, 43 aus Eisen und 20 aus Stahl. In der Denkschrift der Seeverkehrsverwaltung war es so dargestellt, als ob die verschollenen Schiffe meistens nur kleine Fahrzeuge gewesen sind; aber 181 dieser 185 Schiffe waren große Schiffe, welche die Meere befahren, und nur 54 von den verschollenen waren kleinere Fahrzeuge. Aus dem Alter der verschollenen Schiffe geht deutlich hervor, daß unter ihnen eine ganze Reihe solcher sich befand, die längst hätten ausrangiert sein müssen, auf die also sehr wohl die Bezeichnung

„Zergliffschiffe“

zutraf, die der englische Matrosenfreund Plimsoll in den sechziger Jahren geprägt hat. Es ist ja schwer, bei verschollenen Schiffen die Verantwortlichkeit nachträglich festzustellen. Die Ursache der Katastrophe kann auch in der schlechten Verfassung der Ladung liegen, so daß das Schiff eine Schlagseite zeigt, sich auf die Seite legt. Oder es zeigt zu wenig Freibord, es geht zu tief. Auch die Feuergefährlichkeit der Ladung kann die Ursache des Unterganges gewesen sein. Wenn das Kohlenhydrat sich weigert, die Herkunftsart der Kohlen anzugeben, so muß durch Gesetz die Möglichkeit geschaffen werden, das Schiffsat dazu zu zwingen. Das übermäßig schnelle Fahren hat oft zu Kollisionen der Schiffe geführt. Ich will es als Seemann wohl gelten lassen, wenn auf hoher See, wenn man weit sehen kann, und jedes Segel fehlt, der Kapitän auf schnelle Fahrt hält. Aber wenn das Schiff in bewegterem Gewässer kommt oder im Nebel oder Schneegestöber, muß die Schnelligkeit der Fahrt gemindert werden, ebenso auch bei starkem Sonnenschein, der ja auch das Sehen erschwert. Dazu kommt, daß das heutige Schiff gar nicht plötzlich die Fahrt in erheblichem Maße verlangsamen kann, weil es dem Steuer nicht schnell genug gehorchen kann. Die Fahrt muß deshalb schon allmählich wenn man belebteren Gewässern naht, vermindert werden. Aber es gibt leider immer noch Kapitäne, die so eitel sind, alle Hebel zur schnellen Fahrt in Bewegung zu setzen, um nur das

blaue Band

zu verdienen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch bezüglich der Besatzung ist manches zu sagen. Unsere nordischen Leute sind viel fähiger auch für den schweren Schiffsdienst, als die Chinesen, Malaien und sonstigen Farbigen. Wenn unsere Leute erst auf den Frachtdampfern fahren, auf der Nordsee und Ostsee, dann werden sie den Dienst gewohnt und können dann auch auf den riesigen Dampfern in der Höhe aushalten. Die Farbigen aber sind so schlapp, daß drei von ihnen durch einen unserer Leute ersetzt werden könnten. Trotzdem sind sie noch billiger und erhalten darum den Vorzug. Ich möchte den Staatssekretär dringend bitten, noch einmal wohlwollend zu prüfen, ob die Resolution nicht Gesetz werden kann. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ein Schlußantrag des Blocs wird hierauf angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Hoch: Durch den Schlußantrag, für den auch Herr Hedfcher gestimmt hat, ist es mir unmöglich gemacht, auf seine Angriffe ausführlich zu antworten. Ich kann daher nur auf sie eingehen, soweit es mir im Rahmen einer persönlichen Bemerkung möglich ist. Herr Hedfcher hat behauptet, ich hätte in bezug auf ihn ausgeführt: „Jeder betätigt sich für die Leute, die ihn bez...“, also bezogeln. Das ist nicht richtig. Ich habe hier das und verändert Stenogramm, daraus ergibt sich, daß ich genau wie es im gedruckten Bericht steht, von Bezahlung kein Wort gesagt habe. Ich kann mich aber auch auf Herrn Hedfcher selbst beziehen. Als ich meine Ausführungen machte, stand er dicht vor mir und hörte genau zu. Er hat dann später in einer persönlichen Bemerkung das Wort ergriffen und hat das, was er aus meiner Rede für unredlich hielt, sofort zurückgewiesen. Hätte er irgend etwas von diesem Ausfall gehört, so hätte er sich selbstverständlich auch dagegen gewandt. Also er selbst, der hier zugegen war, hat es nicht gehört. (Präsident Graf Stolberg: Das ist nicht persönlich!) — Meinen Vorwurf gegen den Direktor im Reichsversicherungsamt Kaufmann habe ich einzig und allein darauf begründet, daß Herr Direktor Kaufmann sich berufen gefühlt hat, die Tätigkeit der Berufsvereine über alles Maß zu loben im Gegensatz zu dem Urteil, daß die Arbeiter über diese Berufsvereine und ihre Arbeiterfeindschaft haben. — Herr Dr. Hedfcher hat dann meine Zahlen über die vorgekommenen Unfälle bemängelt. Ich habe aber ausdrücklich erwähnt, daß die Zahlen zitiert sind nach den Angaben des Berichterstatters, der im Jahre 1906 auf dem Schlußkongress aller an der Seeschiffahrt beteiligten Arbeiter referiert hat. Wenn schließlich Herr v. Jonquieres behauptet hat, ich hätte die Vorwürfe, die ich gegen Herrn Kaas erhoben hätte, als etwas ganz Neues hingestellt, so habe ich ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Vorwürfe bereits vor vielen Jahren erhoben worden sind. Damals hat sich kein Herr von Jonquieres gefunden, der es gewagt hat, diese Handlungen mit einem Wort zu verteidigen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wegger (Soz.): Ich muß mich im Rahmen einer persönlichen Bemerkung darauf beschränken, dem Geheimrat v. Jonquieres zu erwidern, daß ich von der Regierung keineswegs verlangt habe, daß sie die Herkunft aller Kohlen ermittelt solle, die auf einem Schiff verladen werden, sondern daß ich nur den Wunsch des Seemanns hier vorgebracht habe, daß vor Antritt einer langen Seereise jedesmal kontrolliert werde, aus welcher Grube die Kohlen stammen. Im übrigen muß ich mir eine ausführliche Antwort für einen Fall vorbehalten, wo uns nicht durch den Debattenschluß die sachliche Erörterung unmöglich gemacht wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Hedfcher (fr. Vg.): Der Abg. Hoch hat sich auf mein eigenes Zeugnis berufen. Ich habe persönlich gehört, wie der Kollege Hoch mir gegenüber eine Bemerkung machte, mit einer Silbe anfangend, das Wort aber nicht aussprechend. Diese Silbe habe ich nicht verstanden. Am nächsten Tage fand ich dann im „Vorwärts“ und im „Hamburger Echo“ die Behauptung, ich sei von den Redebenen bez... also bezogeln. Nach dem stenographischen Bericht hat der Abgeordnete Hoch gesagt: „Jeder betätigt sich für diejenigen Leute... na, Sie wissen ja wohl?“ Was versteht der Abg. Hoch unter diesen Worten, was hat er damit sagen wollen? Im übrigen wäre es eine Ehrenpflicht gewesen, den ihm nahestehenden Zeitungen Berichtigungen zuzusenden. Denn es ist doch beiläufig keine Kleinigkeit, wenn einem Abgeordneten hier von der Tribüne aus gesagt wird, er sei bezogeln. (Sehr wahr! bei den Freisinnigen.)

Abg. Hoch (Soz.): Herr Dr. Hedfcher hat wiederum behauptet, ich hätte irgend etwas im Stenogramm geändert. (Widerspruch bei den Freisinnigen.) Er hat behauptet, er hätte eine angefangene Silbe geändert. In dem Stenogramm ist diese Silbe nicht, und es ist einfach nicht wahr, daß ich sie ausgesprochen habe. Für das, was ich gesagt habe, stehe ich ein. Ich habe keinen Grund, mir gefallen zu lassen, daß man mich für etwas zur Verantwortung ziehen will, was ich nicht gesagt habe. (Sehr wahr! b. d. Sozialdemokraten.) Herr Hedfcher aber hat behauptet, daß ich mein Stenogramm geändert hätte, ohne sich von der Wahrheit der Behauptung zu überzeugen. Von dem, was ich gesagt habe, habe ich keine Verantwortung, etwas zurückzunehmen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Nach weiteren persönlichen Bemerkungen der Abgeordneten Raab (Wirtsch. Vg.), Semler (natl.) und Dooermann (fr. Vg.) vertagt das Haus die Weiterberatung auf heute, abend 8 Uhr.

Schluß 6¹⁵ Uhr.

Abendigung.

Im Bundesrat: v. Vethmann-Hollweg. Die Beratung des Staats für das Reichsamt des Inneren wird fortgesetzt beim Kapitel „Statistisches Amt“.

Abg. Wiedeberg (B.) fragt an, wie weit die Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse in den Walz- und Hüttenwerken gediehen sind.

Abg. Graf v. Schwerin-Löwis (L.) begründet die Resolution der Konservativen: die Viehpreise nach Lebendgewicht auf den Märkten genauer festzustellen.

Abg. Wachholtz de Wente (natl.) stimmt dem Antrage zu.

Abg. Breh (Soz.):

Ich lenke die Aufmerksamkeit auf die Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen, die in der chemischen Industrie beschäftigt sind und durch die Explosionen großen Gefahren ausgesetzt sind. Bis jetzt sind Erhebungen hierüber nicht angestellt; aber Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind über die Notwendigkeit solcher Erhebungen einig. Die Arbeiterorganisationen werden solche Erhebungen, wenn sie vorgenommen werden, sehr gern unterstützen. Aber auch die Unternehmervereinigung hat in Lübeck im vorigen Jahre beschlossen, ein technisches Institut zu schaffen, das bei der Erforschung der Gefahren in der chemischen Industrie tätig sein sollte. Seine erste Aufgabe sollte Untersuchung zur Förderung der Erkenntnis der in den chemischen Fabriken vorhandenen Gefahren sein. Ferner sollen hygienische Vorkehrungen für diejenigen gehalten werden, die sich der staatlichen Fabrikinspektion oder Berufsvereine widmen wollen. Die Unternehmer erkennen also die Notwendigkeit solcher Erhebungen an und haben dem Institut in Frankfurt a. M. eine Subvention versprochen. Aber solch Institut darf nicht allein in der Hand der Unternehmer liegen; denn bei den Unternehmern gilt nicht der Satz: Gleiches Recht für alle; (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie selbst organisieren sich, aber dem Arbeiter rechnen sie es zur Schande an, wenn er sich organisieren will. Die Arbeiterorganisationen würden daher, wenn das Institut allein in den Händen der Unternehmer bleibt, bei den Erhebungen nicht mitwirken können; tatsächlich ist auch das Anerbieten der Arbeiterorganisationen zur freiwilligen Mitarbeit abgelehnt worden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dabei liegt ein außerordentlich reiches Material vor, aus dem hervorgeht, wie notwendig solche Erhebungen gerade in der chemischen Industrie sind, um den großen Gefahren in den verschiedenen Betrieben wirksam entgegenzutreten zu können. Redner schildert den Verlauf von Erkrankungen, von denen Arbeiter zufolge ihrer Beschäftigung in chemischen Fabriken betroffen werden.

Vizepräsident Kaempf: Das gehört nicht zum statistischen Amt.

Abg. Breh (Soz.): Ich habe versucht, auf Grund ärztlichen Urteils die Gefährlichkeit solcher Erkrankungen zu schildern, und ich bin der Anschauung, daß von Seiten des Reiches dafür gesorgt werden muß, daß Erhebungen hierüber angestellt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Kaempf: Ich bitte, zu dem Kapitel Statistisches Amt zu sprechen.

Abg. Breh (Soz.): Aus den angeführten Gründen, denen ich noch einiges Material zufügen könnte (lebh. Bravo! b. d. Soz.), komme ich zu der Schlußfolgerung, daß es zu den Aufgaben des Reichs für Arbeiterstatistik gehört, die Gefahren, die dieses Gebiet für Leben und Gesundheit der Arbeiter birgt, zu erforschen. (lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Das scheint uns so notwendiger, als in den Chromatfabriken & Co., in denen die Gefahren ganz ungeheurer sind, die Schutzbestimmungen zum Stillstand gekommen sind. Der Chromatfabrik, der in die Kasse kommt, richtet, wie die Fabrikinspektoren selbst festgestellt haben, böse Verheerungen an. Einer der Herren hat freilich gemeint, es gehe für die Arbeiter kein Schaden daraus hervor, wenn ihnen durch den Chromatfabrik die Kasse abgewaschen wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Kaempf: Ich bitte, zur Sache zu reden. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Breh (Soz.): Ich bedaure, daß es mir nicht möglich ist, an der Hand des vorliegenden Materials auf die ganze Schwere der Gefahren und auf die Verschärfung aufmerksam zu machen, welche die neue liberale Aera gebracht hat. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Das soll mich nicht abhalten, den Wunsch nach Erhebungen auszusprechen, damit der Schaden, der durch die Verschärfung angerichtet ist, wieder gut gemacht werden kann. (lebh. Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hübner (fr. Vg.) betont, daß die Schweinepreise in der letzten Zeit in Berlin erheblich gesunken seien.

Staatssekretär v. Vethmann-Hollweg: Dem Abg. Breh möchte ich bitten, doch nicht von vornherein ein Institut mit Misträuen zu betrachten, dessen Begründung ich mit Freude begrüßt habe, weil ein solches Institut bisher gefehlt hat. (Zuruf b. d. Soz.: Es ist einseitig!) Das sagen Sie immer. Glauben Sie doch nicht immer, daß wir die schlechtesten Menschen sind, und sagen Sie nicht von vornherein: was herauskommen wird, muß schlecht und einseitig im Interesse der Unternehmer sein. (lebh. Weis. b. d. Mehrheit, Zurufe b. d. Soz.)

Abg. Dr. Fothhoff (fr. Vg.) beschwert sich über die mangelhafte nationalökonomische Vorbildung der Beamten des statistischen Amtes.

Abg. Keller (wirtsch.) tritt für die Resolution des Grafen Schwerin ein.

Abg. Reuten (Soz.):

Die Arbeiten des statistischen Amtes verdienen Anerkennung, doch können sie noch bedeutend verbessert werden, wenn behufs der Arbeitslosenzählung das statistische Amt mit den Gewerkschaften mehr Hand in Hand arbeite. Auch bei der Statistik des statistischen Amtes arbeiten die Gewerkschaften nicht mit; denn die Statistik ist eingeführt unmittelbar nach dem Fall des Zuchthausgefangenen. Das allein müßte schon den Verdacht erwecken, daß die Statistik gegen die Arbeiterorganisationen verwendet werden sollte. Versteht man diese Empfindung durch ein Reihe von Fragen aus dem Fragebogen, die mit den Streiks nichts zu tun haben. Natürlich haben die Gewerkschaften kein Interesse daran, Material zu einem neuen Zuchthausgesetz herbeizuschaffen. Weil aber eine Arbeiterstatistik ohne die Mitwirkung der Arbeiterorganisationen nicht möglich ist, laßt die Statistik nichts. Das statistische Amt holt seine Aufkünfte von dem Polizeibeamten, der den Gewerkschaftsleiter vielleicht eben verhaftet hat! Mit denen zusammen zu arbeiten, erlaubt dem Arbeiter seine Ehre nicht. (Unruhe rechts.) Sie kennen den Arbeiterstolz nicht. Wir ernähren uns mit unserer Hände Arbeit und haben uns mühsam emporgearbeitet. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben in den Abend- und Nachstunden mühsam angefangen uns zu bilden; ihnen dagegen ist alles zugefallen, und die geistigen Kräfte müßte ich nicht miteinander vergleichen. (lebh. Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Die Ehre, die der Arbeiter hat, tauscht er mit der Ehrigen nicht ein. (Abg. v. Dörren: Underschwämtheit! Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Daß unter jenen Umständen die Statistik nicht gut werden kann, ist selbstverständlich. Das statistische Amt hat jetzt die Angaben über die territoriale Verteilung, über Beginn und Ende der Streiks fortlassen und dadurch den Gewerkschaften die Nachprüfung der Angaben der amtlichen Statistik erschwert. Gleichwohl wurden in diesem Jahr nicht weniger als 257 Streiks von der Generalkommission als fehlend ermittelt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist die Folge davon, daß durch die Frage nach dem Kontraktbruch die Statistik zu einer Reinstatistik wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Feststellungen der Generalkommission über die Mängel der Statistik im „Correspondenzblatt“ werden im statistischen Amt und im Reichsamt des Inneren ganz genau gelesen. Außerdem haben wir von der Generalkommission eine ausführliche Eingabe über die Reform der Statistik im Jahre 1904 an das Reichsamt des Inneren gerichtet. Vor einiger Zeit erhielt ich die Antwort, daß die Erhebungen noch nicht abgeschlossen seien. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) In allen ausländischen Ministerien liest man unser Correspondenzblatt ganz genau. Ist es der Regierung angenehm, daß man in den ausländischen Arbeitsämtern ständig erfährt, daß eine der wichtigsten Statistiken — dafür hält man die Statistik wenigstens im Auslande — in Deutschland durchaus unzulänglich und falsch ist? Ich möchte also an den Staatssekretär die Frage richten, wie weit die Erhebungen über die Reform der Statistik gediehen sind? (lebh. Bravo! bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Die Schweden noch!)

Präsident Graf Stolberg: Während der Ausführungen des Vorredners ist das Wort „Underschwämtheit“ gefallen. Ich habe es überhört. (Zuruf: Verschlafen! Abg. v. Dörren ruft: Ich habe das gesagt!) Wenn Sie sich dazu bekennen, rufe ich Sie zur Ordnung. (Heiterkeit.)

Staatssekretär v. Vethmann-Hollweg: Die Gewerkschaften ihrerseits wären wohl auch nicht in der Lage, eine vollständige Statistik zu schaffen. Die Frage nach dem Kontraktbruch kann nur von einem mangelnden Rechtsgefühl demängelt werden; sie gehört zu einer wissenschaftlichen Erforschung des Streiks. Mit der Eingabe der Generalkommission, so heißt sie ja wohl (Heiterkeit), habe ich mich noch nicht beschäftigen können, wie mit anderen Fragen meines Ressorts auch. (Zuruf: Das merkt man!) Ich nehme aber gern alle Vorschläge entgegen, die zu einer wirklichen Verbesserung der jetzt mangelhaften Statistik führen können.

Abg. Kobbelt (wirtsch.) [Reichsminister aus Magdeburg] erregt sich, von behäuflichen Heiterkeitsausdrücken des Hauses unterbrochen, in Schilderungen des ehrlichen Lebens der ehrlichen Reichsminister und bekämpft die Resolution des Grafen Schwerin. Damit schließt die Diskussion.

Abg. Breh (Soz.) [persönlich]: Dem chemisch-technischen Institut in Frankfurt a. M. habe ich nicht Einseitigkeit vorgeworfen, sondern ich habe die Einseitigkeit der Organisation als nicht zweckentsprechend getadelt.

Abg. v. Dörren (Rp.) [persönlich]: Der Abgeordnete Reuten sagte, die Arbeiter hätten eine bessere Ehre als wir zu haben glauben; darin liegt ein Zweifel, gegen den der von mir gebrauchte Zwischenruf der mildeste Ausdruck war, der mir gerade einfiel.

Abg. Reuten (persönlich): Meine Bemerkung hatte ihren Grund darin, daß ich von der Arbeiterehre sprach, die Herren von der Rechten lachten. (Widerspruch rechts. lebh. Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Es liegt mir fern, der Ehre der Herren persönlich zu nahe zu treten, doch wird Herr v. Dörren mir zugeben, daß viele der Herren — natürlich nicht der Herren im Hause (Heiterkeit) — eine Ehre zu haben glauben, die sie nicht besitzen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Staatssekretär fragte, ob ich glaube, daß die Gewerkschaften eine vollständige Statistik machen können. Nein, das können sie allein so wenig wie das statistische Amt; beide müssen zusammen arbeiten. Der Titel wird bewilligt.

Die Resolution des Reichsamt des Inneren über die Arbeitsverhältnisse in den Walz- und Hüttenwerken wird angenommen, bezuglich der Resolution Schwerin.

Debatteles werden einige weitere Titel bewilligt. Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. Schluß 11¹⁵ Uhr.

Berichtigung. Im gestrigen Bericht ist bei der Wiedergabe des Ergebnisses der Abstimmungen über die Resolutionen zum Statistisches Reichsamt des Inneren ein Irrtum untergelaufen; die sozialdemokratische Resolution, die Maßnahmen zum Schutz in Walz- und Hüttenwerken und in Metallschleifereien beschäftigten Arbeiter verlangt, ist nicht abgelehnt, sondern angenommen worden. Dagegen ist abgelehnt worden der Abg. 8 in der sozialdemokratischen Resolution auf Schutzvorrichtungen in den Glashütten. Absatz 3 forderte den Aufstellung und das Verbot der Nacharbeit an den Glashütten behufs Verarbeitung der Glasmasse und wollte an den Strecklösen das Strecken verboten wissen.

Südwestafrika vor der Budgetkommission.

(Sitzung vom 12. März.)

Zu den Einnahmen aus Steuern regt Erzberger die Einführung einer Einkommensteuer an. Dornburg bemerkt, der Gouverneur habe ihm bestätigt, daß kapitalkräftige Leute in der Kolonie sitzen, welche zu Steuern herangezogen werden sollen. Sobald er in diesem Jahre in Südwestafrika gewesen sei, werde er neue Einnahmequellen zu eröffnen suchen. Die Einführung eines Kupferausfuhrzollens erscheint jetzt nicht angebracht.

Die Eisenbahneinnahmen belaufen sich auf 1 200 000 M. Auf Anregung Dornburgs werden 400 000 M. mehr eingestellt.

Bei Kapitel 1 der Ausgaben nimmt Ledebour das Wort, um Semler aus seiner Proklamation nachzuweisen, daß er für die Eroberung des Obambolandes Stimmung macht und wenn die Unterwerfung der Obambos auch zunächst durch Umklammerung mit Eisenbahnen gedacht ist, bleibt doch naturgemäß die Gewalt nicht aus.

Erzberger bringt bei den Ausgaben für die Justizverwaltung eine Menge Beschwerden über Mißstände im Justizwesen. Das Recht sei weder im Zivil-, noch im Strafprozeß geschützt. Die Richter seien abhängige Leute. Erzberger verlangt eine dritte Instanz in Deutschland, die etwa die Funktion eines Berufungsgerichts hat, damit sie auch Tatsachen nachprüfen in der Lage ist. Die Zahl der Prozesse sei außerordentlich hoch; bei 5000 Weifen kommen jährlich 3000 Strafprozesse vor. Redner bringt dann einen geradezu ungläubigen Justizfall zur Sprache, in welchem ein Mann wegen Diebstahls angeklagt wurde, weil er Wasser aus einer Tonne im Gouvernementsgarten genommen und Holz usw. genommen, das er im falschen Interesse verwendete.

Dornburg gibt zu, daß schwere Mißstände im kolonialen Justizwesen bestehen, er gebietet auf gesetzlichem Wege eine dritte Instanz für die Kolonialprozesse in Deutschland zu schaffen. Auch die von Erzberger angeführten Fälle gibt er zu und entschuldigt sie damit, daß es bisher noch nicht möglich war, Ordnung in das Justizwesen zu bringen.

Nieder die Polizeiorganisation bemerkt Dornburg, daß die Polizeitruppe in diesem Jahre auf 720 Mann gebracht werden müsse, wenn die Schutztruppe um 1000 Mann vermindert werden soll. Es müsse aber Vorkehrung mit der Einsendung von Unteroffizieren und deutschen Schutzleuten geübt werden. Es fehle an geeigneten Leuten.

Bei mehreren Punkten erfolgen Abstriche. Die Kommission geht nun zur Beratung der Militärverwaltung über. Hier kommen in Abzug die Kosten für die 1000 Mann, welche im Laufe des Jahres 1908 zurückgezogen werden sollen. Der Referent Semler beantragt daher eine Menge Abstriche, die zusammen die Summe von rund 1 800 000 M. ausmachen. Semler

glaubt nicht, daß noch Aufstandsgesahren in der Kolonie bestehen, es seien sehr viel Regter „abgeschossen“ worden und viele andere sind sonst umgekommen. Deshalb lasse sich die Schutztruppe vermindern. Bedner empfiehlt dann Eisenbahnkompagnien und plädiert sehr lebhaft für Eisenbahnbauten.

Nach längerer Debatte, in der Erzberger die Notwendigkeit von 3000 Mann Schutztruppe bestritt und Ledebour entschieden weitere Verminderung der Schutztruppen fordert; bei den höchstens 55 000 Mann in der Kolonie seien viel zu viel Soldaten dort. Jetzt vertraute man auf den Bahnbau; wenn die Bahn fertig ist, wird man sagen, man braucht die Soldaten zum Schutz der Bahn, — während Oberleutnant Lunde die Lage als nicht ungefährlich hinzustellen sucht; erst gestern Abend sei ein Telegramm eingegangen, das von einem Gesichts mit 70 Hottentotten berichtet — und Dernburg erklärt, daß die Verminderung der Truppe nicht als Kompensationsobjekt für Eisenbahnen dienen soll, wird der Etatsvoranschlag einstimmig abgelehnt, der Antrag Semler, die Ausgaben für die Militärverwaltung unter Zugrundlegung einer Schutztruppenstärke von 3000 Mann zu bemessen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Erzberger ersucht noch um Begnadigung von verurteilten Soldaten; es seien schwere Verurteilungen erfolgt, so wegen Achtungsverletzung zu 10 Jahren Gefängnis! Nachdem davon zwei Jahre verbüßt sind, könnte doch Begnadigung eintreten. Dernburg sagt Erwägung zu.

Bei verschiedenen Titeln werden noch 800 000 M. abgeschrieben. Der Militäretat für Südwestafrika, der rund 25 Millionen Mark erfordert, dürfte sich nach den Absichten auf 22 Millionen Mark reduzieren.

Morgen soll der Etat zum Abschluß kommen.

Parlamentarisches.

Die Viehschadenkommission, die nunmehr wöchentlich zwei Sitzungen abhält, hat in den beiden vorausgegangenen Sitzungen sehr wichtige Beschlüsse gefaßt. Von sozialdemokratischer Seite ist mit Entschiedenheit dagegen angelämpft worden, daß solche Kaufschußbestimmungen in das Gesetz aufgenommen werden, wonach giftigende Gegenstände von der Einfuhr ausgeschlossen werden sollen. Mindestens, so wurde verlangt, solle angegeben werden, was eigentlich unter giftigenden Gegenständen zu verstehen sei. Von polnischer Seite wurde betont, daß mit Hilfe dieses Gesetzes die Erleichterungen beseitigt werden können, deren sich die Grenzbevölkerung heute noch erfreut. Dann drehte sich die Debatte wieder um das zu beschränkende Verbot der Einfuhr von Heulen, wobei von der Regierung erklärt wurde, daß man allerdings nicht jede einzelne Haut darauf untersuchen könne, ob sie mit Bazillen behaftet sei und daß die Einfuhr nur dann verboten werden soll, wenn besondere Umstände vorliegen, die den Seuchenverdacht rechtfertigen. Der sozialdemokratische Redner wies darauf hin, daß man einer Regierung, die sich von agrarischen Einflüssen nicht frei halten könne, derart weitgehende Verordnungen unter keinen Umständen zustimmen dürfe, sonst könne man den Erlaß der Ausführungsbestimmungen auch gleich dem Vund der Landwirte übertragen. Ein freisinniger Redner findet, daß die Ansichten der Sozialdemokraten allerdings berechtigt sind, gleichwohl möge man ihnen nicht zustimmen, in der zweiten Lesung des Gesetzesworts werde eine allgemeinere befreiende Fassung gefunden werden.

Bei der Abstimmung wurde der die rigorosen Bestimmungen des Gesetzesworts mildernde Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt, dagegen ein konservativer Antrag angenommen, wonach auch die Erzeugnisse seuchenverdächtig Tiere von der Einfuhr ausgeschlossen werden können. Der polnische Antrag auf Säug der der Grenzbevölkerung eingeräumten Vorrechte wurde abgelehnt. Es kann also der Grenzbevölkerung unterfangt werden künstlich Eier, Enten oder Milch aus dem Ausland einzuführen, sobald angenommen wird, daß im Auslande Tiere seuchenverdächtig seien.

Bei der Abstimmung über § 7 des Gesetzes wurde ein sozialdemokratischer Antrag, das Verbot der Einfuhr tierischer Erzeugnisse zu streichen, abgelehnt.

Der § 9 des Gesetzes bezieht sich auf die Anzeigepflicht. Bei Ausbruch einer Krankheit oder sobald sich verdächtige Erscheinungen zeigen, soll der Polizeibehörde unverzüglich Anzeige erstattet werden. Die Pflicht der Anzeige haben auch Hirten, Schweizer und Viehpfleger, insbesondere auch Schäfer. Ferner sind zur Anzeige verpflichtet Tierärzte und Kastrierer. Hierüber entspann sich eine lange Debatte. Die Agrarier hatten die Befürchtung, daß bei der Ausdehnung der Anmeldepflicht auf die bezeichneten Personen der Schilane für die Tierhalter Tür und Tor geöffnet sei. Sie verlangten, daß die Anzeige dem Tierhalter zu erstatten ist, der dann seinerseits der Polizei Mitteilung machen kann. Schließlich einigte man sich auf eine Fassung, wonach Hirten, Schäfer, Senner und Sennerinnen zur Anmeldung verpflichtet sind, wenn das Vieh sich längere Zeit außerhalb des Anwesens des Besitzers befindet. Von sozialdemokratischer Seite wurde betont, daß auch das Personal geschützt werden müsse vor Schilane, denen es wegen der Anzeige seitens der Tierhalter ausgesetzt sei. Kastrierer sind nur dann zur Anzeige verpflichtet, wenn sie dieses Gewerbe gewerbmäßig betreiben.

Der § 10 sieht die Anzeigepflicht bei folgenden Seuchen vor: Milzbrand, Rauschbrand, Wild- und Rinderseuche; Tollwut; Rog; Maul- und Klauenseuche; Lungenseuche des Rindviehes; Pocken; Seuche der Schafe; Vesikuläre Seuche der Pferde, Bläschenauschlag der Pferde und des Rindviehes; Räude der Einhufer und der Schafe; Schweinepest und Schweinepest; Rotlauf der Schweine und Ressel-fieber; Geflügelcholera und Hühnerpest; Tuberkulose des Rindviehes. — Die weiteren Verhandlungen drehen sich nunmehr um die mehr oder minder große Gefährlichkeit dieser Seuchen.

Das Vogelstichgesetz hat die zweite Lesung in der Kommission hinter sich. Der verfehlte Versuch der Minorität, das Verbot des Dohnenstieges wieder zu umgehen bezw. die Regierungsvorlage im § 8 wieder herzustellen, scheiterte selbst an dem Widerstand der Reichsregierung. Der Vertreter des Reichsjustizamtes setzte es durch, daß im § 8 das Maximum der Geldstrafe von 300 auf 100 M. herabgesetzt wurde (gemäß der Regierungsvorlage), damit eine Analogie mit anderen Materien (Bühnerei, Feldfreveln) aufrecht erhalten und hier nicht die Hebertretung in ein Vergehen umgewandelt wird. Ferner wurde noch auf Wunsch der Regierung im § 8 die Schonfrist, die vom 1. Februar bis 1. November festgesetzt

wurde, wieder gemäß der Regierungsvorlage auf die Frist vom 1. März bis 15. September beschränkt. Zur Belohnung für dieses Entgegenkommen verleiht die Regierung ihre Vereinnahmung, alsbald ein Gesetz vorzulegen, durch welches die Jagd auf Vögel verboten wird. Ein Antrag Behrens, welcher das Heilbieten und Verkaufen des Vogelstichs und der Säligen zum Zwecke des Vogelstichs gesetzlich verbietet, wurde abgelehnt gegen die Stimmen der beiden Sozialdemokraten, des Abg. v. Treuenfels und des Antragstellers. Die Bestimmung zur entsprechenden Änderung des § 35 Abs. 2 der Gewerbeordnung wurde einstimmig angenommen.

Dem Abgeordneten Pauli gelang es nicht, für den Handel mit dreifachten Sumpeln eine Ausnahme zu konstatieren; auch wurde sein Antrag abgelehnt, welcher eine besondere Behandlung der Fälle bezweckte, bei welchen Vögel durch einen Unfall (Reuchtürme, elektrische Drahtleitungen usw.) zu Schaden kommen.

Die Regierung schlägt als Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes den 1. Oktober d. J. vor. Die Kommission beschloß, die Fristbestimmung dem Plenum in der zweiten Lesung zu überlassen.

Einlauf.

Im Reichstage gingen ein: Resolution Dr. Köfide und Genossen (L) zum Etat des Jahres auf Erlass einer Bundesratsverordnung betreffend den Handel mit Essig und Essigsäure.

Bereinerung zwischen dem Reich und der Schweiz betreffend Verlegung der badisch-schweizerischen Landesgrenze bei Leopoldshöhe und Entwurf eines Gesetzes über die Verlegung der deutsch-schweizerischen Grenze bei Leopoldshöhe.

Aus der Partei.

Die Mary-Nummer der „Neuen Zeit“.

Die soeben erschienene Nr. 24 der „Neuen Zeit“ ist unserem Mitteilungsorgan gewidmet. Sie enthält an Artikeln, die das Wirken und die Lehren des großen Toten behandeln:

Karl Marx zum Gedächtnis. Henriette Roland-Holst, Marx und das Proletariat in der bürgerlichen Revolution. Parvus, Karl Marx und sein politischer Gesichtspunkt. — Th. Hochstein (London), Verkünder des Klassenkampfes vor Marx. — Karl Kautsky, Marx als Verechter der Sklaverei.

Auch im Feuilleton der Nummer wird dem großen Vorkämpfer gehuldigt. Franz Mehring zeigt in einer Abhandlung „Karl Marx und das Gleichnis“ die Kraft und Plastik des Marx'schen Stils. „Das Gleichnis, wie Marx es handhabt, ist die sinnliche Mutter des Gedankens, der von ihr den lebendigen Odem empfängt.“

Der Titel des Kautsky'schen Aufsatzes „Marx als Verechter der Sklaverei“ klingt frappierend. Leider aber gibt es Leute, die sich Sozialdemokraten nennen und denen die Behauptung, Marx sei ein Verechter der Sklaverei gewesen, gar nicht ungeheuerlich erscheint. Genosse Kautsky sieht sich am Vorabend des 25. Todestages von Karl Marx gezwungen, in seinem Artikel das Andenken des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus von der Behauptung zu reinigen, Marx habe sich gegen die Abschaffung der Negerkaverei in den Vereinigten Staaten ausgesprochen.

Es mag unglaublich klingen, aber es ist ein sich als sozialistischer bezeichnendes Organ, die „Sozialistischen Monatshefte“, das diese Behauptung als neueste Sensation seinen Lesern vorgelegt hat und also den 25. Todestag Marx würdig feiert. Und der Verkünder dieser neuen Wahrheit ist Max Schippel, derselbe, der in derselben Zeitschrift schon einmal als „Fegrim“ behauptet hat, Engels sei ein Gegner des Militärsystems gewesen.

Wir wollen den Schluß des Kautsky'schen Artikels hierher setzen: „Wie sagt Schippel: Marx hat viel zögernder über die Abschaffung der Negerkaverei geurteilt als bürgerliche Reformer. Wir sehen, in welcher Weise er dies tat: Er jubelt über die Befreiung einer geknechteten Rasse, steht in der Sklaverei eines Landes ein Hemmnis des proletarischen Emanzipationskampfes auch in anderen Ländern, erklärt, die Sklaverei schände die Republik, und brandmarkt das Eintreten der herrschenden Klassen für Erhaltung und Verbreitung der Sklaverei als eine Infamie.“

Was hätte er erst gesagt, wenn er erlebte, daß es innerhalb des Sozialismus Pablisten und Zeitschriften gibt, die sich dessen schuldig machen, was er bereits bei der Bourgeoisie als Schande und Infamie bezeichnen, die sich eifrig bemühen, den Proletariaten die Erhaltung und Verbreitung der Sklaverei mundgerecht zu machen, und dazu, um ihren trügerischen Argumenten mehr Gewicht zu verleihen, Marx selbst fälschen und so zu ihrem Schwurzeugen degradieren?

In der Tat, eine würdige Totenfeier des grimmigsten Hassers aller Ausbeutung, aller Lüge und Gemeinheit.“

Wir empfehlen unseren Lesern die Anschaffung der Mary-Nummer der „Neuen Zeit“ ganz besonders. Die durchweg trefflichen Artikel geben einen guten Einblick in das gewaltige Lebenswerk unseres Altmeisters. Beigegeben ist der Nummer außerdem ein gut ausgeführtes, bisher wenig gekanntes Bildnis unseres Toten, anscheinend aus der Zeit seines besten Namensalters.

Im politischen Teil der Nummer findet sich noch ein Artikel des Genossen Ledebour „1848 und 1908“, sowie die Zeitschriftenschau.

Das Feuilleton weist nach dem Marx-Artikel Mehring's noch folgende Beiträge auf: Das klassisch-italienische der englischen Malerei. Von John Schikowski. Ludwig Thoma. Von Heinrich Strobel. — Bäckerschau: Ricarda Duch, Der Kampf um Rom. Johannes V. Jensen, Himmerlandsgeschichten. Magister F. Ch. Kaufhards Leben und Schicksale. — Leseblätter: Vom Grabe Thomas More's zum Grabe von Karl Marx.

Der erste sozialdemokratische Parteitag der Sozialdemokratie des Kantons Thurgau fand am Sonntag in Romanhorn statt, nach-

dem die Arbeiter aus der Gemeinschaft mit den Demokraten sich befreit und als sozialdemokratische Partei auf eigene Füße gestellt haben. Von 16 Organisationen waren 28 Delegierte entsandt worden. Der Parteitag behandelte verschiedene wichtige Beschlüsse. So beschloß er die Aufstellung der Forderung nach Einführung der Proportionalwahl für die Behörden in der Gemeinde, im Bezirk und im Kanton. Die Beschlüsse vorläufig, die in der Hauptsache nur die höheren Beamten berücksichtigen und sonstige starke Mängel aufweist, lehnte er ab. Für die Regierungswahl wurde die Stimme freigegeben. Für die Kantonsratswahlen sollen wo möglich in allen Wahlkreisen eigene Kandidaten aufgestellt werden. Als Kandidat für die im Herbst stattfindenden Nationalratswahlen wurde Genosse Sen, Sekretär des Textilarbeiterverbandes, aufgestellt. Ein Antrag auf fortschrittliche Revision des Volksschulgesetzes fand einstimmige Annahme. Der „Grünländer“ (Zürich) und die „Thurgauer Post“ (Stoppfist der Winterthurer Arbeiterzeitung) wurden als Publikationsorgane der Partei erklärt. — Dem Parteitag ging eine Delegiertenversammlung der Thurgauischen Gewerkschaften voraus, die einen kantonalen Sekretariatsverband gründeten, dem sich 1882 Mitglieder angeschlossen haben und dessen Aufgabe es ist, ein kantonales Arbeitersekretariat zu errichten.

Aus Industrie und Handel.

Wertzuwachssteuer.

Die Besteuerung des Wertzuwachses durch die Kommunen findet immer größeren Anklang. Nunmehr hat auch das Stadtverordnetenkollegium in Halle die Einführung der Wertzuwachssteuer beschlossen und zwar mit der großen Majorität von 43 gegen 6 Stimmen. Die Steuer erhält für bebauten Grundstücke auf zehn Jahre, für unbebaute auf 20 Jahre rückwirkende Kraft. In die Steuerordnung wurde auch die Bestimmung aufgenommen, daß bei einem Ertrag von 300 000 M. die Umsatzsteuer um 1/2 Proz., bei 500 000 M. Ertrag um 1 Proz. herabgesetzt wird.

In den meisten Steuerordnungen werden für den bebauten Grundbesitz gewisse Erleichterungen und Abschwächungen der Steuer vorgesehen.

Nach zweitägiger Debatte hat sich auch die Vertretung der Stadt Wien für Einführung der Steuer erklärt.

Westfälischer Elektrizitätsverband.

Das geplante Unternehmen, das dem Plane zugrunde lag, die Monopolbestrebungen der Thyssen und Stinnes zu durchkreuzen durch Schaffung eines Verbandes kommunaler Elektrizitätswerke, ist nunmehr als ein Kompromiß zwischen beiden Bestrebungen zustande gekommen. Betelligt sind die folgenden Großunternehmen: Dortmund 1 850 000 M., Elektrizitätswerk Westfalen in Bochum 600 000 M., Kreis Hörde 450 000 M., Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk (Stinnes-Thyssen) 300 000 M., Harpener Bergbaugesellschaft 300 000 M., Westfälischer Bergwerks-Gesellschaft 300 000 M. Als Verbands-Elektrizitätswerk wird die Zentrale Wiedenahlsbank des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes übernommen. Die Aktionäre sind zur Abnahme von 1 Million Aktien auf 10 Anteile als Pflichtquantum verpflichtet. Der Preis des Aktien beträgt 8 Pf. für die Elektrizitätswerke von Dortmund und Bochum sind die Abfahrgelände genau begrenzt.

Die Krise. Im Waldburger Revier (Niederschlesien) arbeiten von jetzt an die Weberei- und Spinnereibetriebe nur an fünf Tagen in der Woche. Der Menschenfreund wird sich bei dieser Nachricht damit trösten müssen, daß die schlesischen Weber ja von jeher im Hungern eine besondere Routine beweisen mußten.

Soziales.

Zur Fürsorgeerziehung.

Ein sechzehnjähriger elternloser Knabe war von seinem Vormund bei einem Schlächtermeister in Kassel in die Lehre gegeben, wo ihm, wie er angibt, keine allzu liebenswürdige Behandlung zu teil wurde. Infolgedessen lief er davon und gelangte nach Diemarden bei Göttingen, wo ihn der Oberschweizer des Klostersgutes in die Lehre nahm. Er zeigte große Lust zu dem neuen Beruf und sein Lehrmeister war sehr zufrieden mit ihm. Als aber der Vormund den Aufenthaltsort seines Mündels in Erfahrung brachte, ließ er ihn durch Vermittlung des Landratsamtes Göttingen verhaften und der Fürsorgeerziehungsanstalt in Fehrmshausen zuführen, wo er nun angeblich „gebessert“ werden soll. Draufschier wie durch diesen Fall kann das Gesetz in seiner ganzen Härte und Zwecklosigkeit nicht illustriert werden.

Eine Angestellte, die sich für ihren Chef in Schulden stürzt.

Vor der ersten Kammer des Kaufmannsgerichts klagte die Buchhalterin Hedwig S. gegen den Architekten Hugo D. auf Zahlung von 450 M. Dreieinhalb Monate hatte sie ihr Gehalt anziehen lassen, weil der Chef immer so knapp bei Kasse war. Zuletzt hatte sie, als ihr der Prinzipal seine prekäre Lage schilderte, sich von anderer Seite 100 M. geliehen, um diesem aus der Verlegenheit zu helfen. Da sie nun für die 100 M. einstehen sollte, geriet sie selbst in große Bedrängnis, so daß sie, der Not gehorchend, ihren Chef, der ihr Entgegenkommen mit Entlassung lohnte, verklagte. Die Buchhalterin erzielte ein Verfümmisurteil in Höhe ihres Anspruchs.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweites Hof, zweiter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gestern 7 Uhr sonntags abends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Sachverhalt und eine Zahl als Bezugszeichen beizubringen. Verleichte Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

O. B. 74. 1. In Ihrem Fall müssen Sie sowohl an die evangelische wie an die katholische Kirche je 341 M. zahlen. Die bereits zwei gezahlten 341 M. fordern Sie zurück. 2. Mit dem Schlusse dieses Jahres 1908. — O. B. 75. Um Dispenz möchten Sie bei dem Landgericht nachsuchen, daß die Scheidung ausgesprochen hat. — O. B. 45. Vertreten Sie die Verpflichtung zur Zahlung und lassen Sie es auf einen Prozeß ankommen. Die in Rede stehende Frage wird verschiedenartig beurteilt. —



Sunlicht Seife

verleiht der Wäsche Blütenweisse Reinheit, entzückende Frische und jenes köstliche Aroma, als wäre sie aus einem Blumengarten hervorgegangen und hätte den zarten Hauch duftender Blüten in sich aufgesogen! Sunlicht Seife ist auch vorzügliche Badeseife.



Abgeordnetenhaus.

61. Sitzung vom Donnerstag, 12. März, 11 Uhr. Am Ministertische: Frhr. v. Rheinbaben.

Zu dem Antrage des Abg. Held (s. l. Fr.) auf Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen sich selbst erteilt das Haus entsprechend dem Antrage der Geschäftsordnungscommission seine Zustimmung.

Dagegen wird die vom Justizminister nachgesuchte Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung des verantwortlichen Schriftleiters des „Lech“, Lucil in Gnesen, wegen Verleumdung des Abgeordnetenhauses durch einen Artikel nicht erteilt.

Es folgt die Beratung des Etats des Finanzministeriums.

Abg. Kirck (3.) erklärt zur Geschäftsordnung, daß seine Freunde mit Rücksicht auf das Ausbleiben der Beamtenselbstbefolgungsvorlage sich vorbehalten, bei der dritten Beratung des Etats auf Beamtenselbstbefolgung einzugehen.

Die Abg. Gylling (fr. Sp.) und Dr. Friedberg (natl.) geben die gleiche Erklärung für ihre Parteien ab.

Bei den „Einnahmen“ geht Abg. Frhr. v. Zedlitz (st.) auf die Reichsfinanzreform ein und mahnt dann zur möglichsten Sparsamkeit, die angesichts der größeren Zahl von neuen etatsmäßigen Stellen für Oberregierungsräte im Etat noch nicht genügend zum Ausdruck komme.

Die bei den Oberpräsidenten in Koblenz und Münster vorgesehene neuen Stellen für je einen Oberpräsidialrat stehen nicht darauf, daß die vom Hause stets befürwortete Verminderung des Schreibens von der Verwaltung erstreckt werde. Notwendig sei eine größere Dezentralisation in der Verwaltung.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Ich bin dem Abg. Frhr. v. Zedlitz dankbar für seine Mahnung zur Sparsamkeit, ich glaube aber, daß ich öfter Gelegenheit haben werde, diese Mahnung an das Haus zu richten. Die Einstellung der Präsidialräte bei den Oberpräsidenten in Koblenz und Münster war notwendig mit Rücksicht auf die außerordentliche Belastung beider Oberpräsidenten, während die Vermehrung der Stellen der Oberregierungsräte nötig war, um die Aufzuchtungsverhältnisse der zahlreichen in außeretatmäßigen Stellen befindlichen Beamten zu verbessern.

Abg. Dr. v. Campe (natl.) bittet um Anrechnung der Dienstzeit der Beamten, soweit sie Kriegsteilnehmer sind, vor dem 18. Lebensjahre in Anrechnung zu bringen. Die Reichsbeamten seien in dieser Beziehung günstiger gestellt.

Abg. Gylling (fr. Sp.): Der Aufforderung zur Sparsamkeit kann ich mich durchaus anschließen. Wenn aber die großen Parteien nicht mit Anträgen auf Verminderung der Ausgaben vorgehen, so werden Anträge von unserer Seite keine Aussicht auf Annahme haben. Die Verquickung der Reichsfinanzreform mit der Beamtenselbstbefolgungsvorlage billigen wir nicht. Wir nehmen aber nach der gestrigen Erklärung des Finanzministers an, daß wir hier die Selbstbefolgungsvorlage im Herbst auch dann bekommen werden, wenn die Reichsfinanzreform noch nicht zustande gekommen ist. Wir sind stets für eine gerechte Besteuerung eingetreten, und das liegt im Interesse des ganzen Staats. (Beifall links.)

Abg. Belsch (fr. Sp.): Die Reichsfinanzreform ist bereit, an dem Zustandekommen der Reichsfinanzreform mitzuarbeiten, wir müssen aber die Einführung direkter Reichsteuern verlangen. Dem Wunsche des Abg. Dr. v. Campe kann ich mich nur anschließen.

Unterstaatssekretär Dombois erwidert, daß die Behandlung der Dienstzeit vor dem 18. Jahre bei den Kriegsteilnehmern im Reich und in Preußen gleich sei.

Abg. Dr. v. Dziembowski (Pol.): Dem preussischen Staate kostet die Polenpolitik jährlich 45 Millionen Mark. Die Seele dieser Politik ist der Finanzminister, der 1902 noch erklärt hat, daß die Enteignung von Gütern eine Ungerechtigkeit sein würde. Der großpolnische Agitator ist der Finanzminister, der durch seine Maßnahmen die Unruhe unter den Polen hervorgerufen hat. Im „Tag“ hat ein Artikel gestanden, in dem gesagt wird, daß durch die Enteignung die Güter für die deutschen Ansiedler zu teuer werden, man möge ein Kriegsgeld statuieren und den Polen den Boden einfach wegnehmen. (Beifall bei den Polen.)

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Ich will keine große Polenrede halten, muß dem Vordredner aber erwidern: Soweit sind wir doch noch nicht, daß wir in den Ostmarken von den Polen regiert werden. Der Schatz der Deutschen dort ist und so wichtig, daß die finanziellen Opfer nicht genau abgewogen werden können. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, den leitenden preussischen Staatsmann in seiner Polenpolitik zu unterstützen, und ich werde das tun, so lange ich an diesem Platze stehe. (Beifall rechts.) Wir haben für die Provinz Posen viele Opfer, auch auf dem Gebiete des Wohnbaues gebracht. Ich weiß nicht mehr genau, wie ich mich 1902 geäußert habe. Aber seitdem hat sich die Notwendigkeit ergeben, einen Schritt zu tun, den wir damals für unrichtig gehalten haben. Ein Jagdgeld in der Polenpolitik wird nicht wieder eingeführt werden. (Beifall rechts.)

Abg. Kirck (3.) bittet den Minister, allen Beschwerden auf Einführung der Abertzugssteuer entgegenzutreten und verteidigt dann die Haltung des Zentrums in der Frage der Reichsfinanzreform. Seine Freunde seien durchaus bereit, neue Steuern zu bewilligen, wenn es notwendig sei.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben betont nochmals, daß der Oberpräsident der Rheinprovinz überlastet sei. Wenn er zu Kreislagerversammlungen und zu öffentlichen Veranstaltungen reise, so liege das im Interesse der Provinz. (Beifall rechts.)

Abg. Goldschmidt (fr. Sp.) beklagt die ungünstige soziale Lage der Chorsänger an den Theatern. An den königlichen Bühnen seien sie besser gestellt, aber im übrigen seien sie finanziell sehr schlecht gestellt, und infolge ihrer Verträge seien sie die Sklaven der Theaterdirektoren. Bei einem zu erlassenden Theatergesetz sei es notwendig, diese Verhältnisse zu bessern. Auch die Verhältnisse der Orchestermitglieder seien vielfach sehr ungünstig. (Beifall links.)

Ein Regierungskommissar erklärt, daß die angelegte Frage mit dem vorliegenden Etat nur in losem Zusammenhange stehe, da es keine staatlichen Chorsänger gebe.

Abg. Dr. Hahn (B. d. L.) befürwortet die Einführung eines Dividendensteuergesetzes, der nur Leute treffen würde, die ein großes mobiles Kapital besitzen. Wohlwollende Aktiengesellschaften gegen die Arbeiter gebe es nicht. (Zuruf des Abg. Dr. Friedberg.) Herr Dr. Friedberg, Sie vertreten das affizierte Kapital. Wenn wir mehr Arbeitgeber hätten, wie es Herr v. Stamm und Krupp waren, so würde die Sozialdemokratie nicht so stark angewachsen sein. Zweckmäßig würde eine stärkere Besteuerung der ausländischen Wertpapiere sein. Der Vorzensenliberalismus trifft für direkte Reichsteuern ein, weil mobile Kapitalien leichter der Besteuerung entzogen werden können. (Sehr richtig! rechts.) Wir treten für eine stärkere Heranziehung des Großkapitals ein. (Zuruf links: Großgrundbesitzer!) Der Großgrundbesitzer bringt Opfer für die Gesamtheit, seine Söhne dienen in der Armee, und sie stehen an exponierten Stellen im Staatsdienst. (Lachen links.) Die Familien der Börsenleute haben sich noch nicht so weit entwickelt, daß ihre Söhne diese Stellen einnehmen können. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz (st.) empfiehlt nochmals größere Sparsamkeit, die natürlich nicht so weit gehen dürfe, daß Kulturaufgaben darunter leiden, und bemängelt nochmals die Anstellung eines Oberpräsidialrats in Koblenz.

Unterstaatssekretär Dombois verteidigt diese Forderung des Etats mit der Belastung des Oberpräsidenten.

Abg. Kille (s. l. Fr.) führt Klage über die Art und Weise, wie die Teuerungszulagen verteilt worden sind, wobei er das Beispiel eines Gerichtsdirektors anführt, der deshalb, weil er auf eine Gehaltserhöhung Anspruch hatte, keine Teuerungszulage erhalten habe, obgleich er acht noch nicht erwachsene Kinder habe. Weiter befürwortet Kildner eine Verringerung der besoldeten Affektoren.

Unterstaatssekretär Dombois erwidert, daß die Teuerungszulage allen mittleren Beamten mit einem nicht höheren Gehalt als 3600 M. ausbezahlt worden sei.

Abg. Dr. v. Dziembowski (Pol.) stellt dem Finanzminister gegenüber fest, daß dieser tatsächlich sich 1902 in dem von ihm zitierten Sinne geäußert habe.

Die allgemeine Debatte wird geschlossen.

Abg. Wisemann (natl.) bittet um eine stärkere Dotierung des Fonds für Unterstufungen für pensionierte Beamte und für Witwen und Waisen solcher Beamten.

Zum Titel „Dienstverhältnisseverbesserungen für die Beamten, Geistliche und Lehrer“ liegt ein nationalliberaler Antrag vor, in dem die Regierung ersucht wird, infolge der Nichterbringung der Besoldungsvorlage den Beamten eine einmalige Gehaltserhöhung zu gewähren, die betragen soll bei höheren Beamten 10 Proz., bei mittleren Beamten 12 1/2 Proz., bei Unterbeamten 15 Proz., bei Geistlichen 10 Proz., bei Lehrern 15 Proz.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) begründet den Antrag. An den höheren Beamten könne die Regierung bei den diesmaligen Teuerungszulagen nicht vorbeugehen. Der Antrag habe vor der vorjährigen systemlosen Verteilung der Teuerungszulagen den Vorrang, daß er systematisch vorgehe.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Mit der Tendenz des Antrages sind wir einverstanden insoweit auch wir wünschen, den unteren und mittleren Beamten einen festen Betrag für dies Jahr als Zulage zu gewähren. Aber der Antrag liegt doch in seinen Einzelheiten erheblichen Bedenken. Zunächst kommt die finanzielle Tragweite in Betracht. Nach meinen Berechnungen würde seine Durchführung für die Beamten 80 Millionen, für die Lehrer 30 Millionen Mark erfordern, für die Geistlichen kann ich die Wirkung im Augenblick nicht übersehen. Dazu würden uns die Deckungsmittel fehlen. Außerdem würde der Antrag der bevorstehenden Gehaltsregelung in sehr unerwünschter Weise präjudizieren, und eine Anrechnung dieser Sache auf die zukünftigen Gehälter wäre gar nicht möglich. Auch der Neuregelung der Wohnungsgeldzuschüsse würden solche prozentualen Zuschläge sehr hinderlich sein. Wir beabsichtigen daher, an solchen gleichmäßigen Sätzen wie 100 resp. 150 M. Zulage festzuhalten.

Abg. Iderhoff (st.): Der Herr Finanzminister hat recht, daß die Gleichmäßigkeit des Antrages der Nationalliberalen zu großen Ungleichheiten führt. Wir haben also auch Bedenken gegen den Antrag, so dringend wir auch wünschen, daß Teuerungszulagen gewährt werden. Wir nehmen an, daß der Antrag der Budgetkommission überwiesen wird, wo wir uns eingehender mit ihm beschäftigen können.

Abg. Gylling (fr. Sp.): Ich stimme dem Grundgedanken des Antrages zu. Bedenken, die gegen ihn vorliegen und die auch vom Finanzminister geltend gemacht sind, können in der Kommission geprüft werden.

Abg. Graf Praschma (3.) beantragt, den Antrag der Budgetkommission zu übernehmen.

Abg. Freiherr v. Erffa (L.) bittet, den Antrag zurückzuziehen, bis die Vorlage der Regierung eingegangen sei. Er könnte später wieder eingebracht und derselben Kommission überwiesen werden, die die Regierungsvorlage vorzubereiten habe.

Abg. Graf Praschma (3.): Wir können den Antrag jetzt der Budgetkommission überweisen, und diese kann in seine Beratung eintreten, sobald ihr die Regierungsvorlage überwiesen wird.

Die Abg. Dr. Friedberg (natl.) und Freiherr v. Zedlitz (st.) schließen sich dieser Auffassung an.

Der Antrag geht an die Budgetkommission, der Titel wird bewilligt.

Beim Titel: „In häuslichen Herstellungen und Instandsetzungen bei den königlichen Theatern in Berlin 42 720 M.“ bemerkt

Abg. Henning (L.): Das alte Opernhaus entspricht zwar nicht mehr den modernen Ansprüchen, ich möchte aber doch bitten, die Frage eines Neubaus dilatorisch zu behandeln. Schon wegen der großen Kosten. Wünschenswert ist es, daß die Stadt Berlin zu den Kosten eines neuen Opernhouses beiträgt, denn die Vorteile, die Berlin dadurch hat, sind in die Augen springend. (Sehr richtig! rechts.) Wenn es auch prächtiger Opernhäuser gibt, so macht unser altes Opernhaus immer noch einen erheblichen Eindruck. Das Schauspielhaus hat mehr den Charakter eines Lustspieltheaters, und selbst wenn ein neues Opernhaus gebaut wird, so könnte das alte Opernhaus immer noch zur Ausführung großer dramatischer Werke verwendet werden. Ich bin also schon deshalb gegen eine Überlassung des alten Opernhouses an die Stadt Berlin. Besonders aber kommt für mich die altpreussische Tradition in Betracht. Dieses Haus, in dem sich unsere alten preussischen Könige erholten und erfreuten haben, darf der Stadt Berlin nicht überlassen bleiben. Wenn gegen deren Verwaltung in der Gegenwart auch nichts einzuwenden ist, so weiß man doch nicht, was da noch einmal für Fahren aufgezogen werden. (Sehr richtig! rechts.) Ich meine, das Opernhaus muß im Besitz des preussischen Staates bleiben. (Lebhafte Beifall rechts.)

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats.

Der Etat des Herrenhauses wird debattelos genehmigt.

Es folgt die Beratung des Etats des Abgeordnetenhauses.

Zu dem Titel: „Reisekosten und Tagelöhne für die Abgeordneten“ liegt ein Antrag des Abg. Dr. Arendt (st.) vor, der von Mitgliedern aller Parteien unterzeichnet ist, und der die Regierung ersucht, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den Tagelöhne und Reisekosten für die Abgeordneten entsprechend denjenigen für die Reichstagsabgeordneten gewährt werden.

Abg. Dr. Arendt (st.) begründet den Antrag. Die Bestimmung, daß der Reichstag alle 14 Tage zwei freie Tage habe, sei von großer Wichtigkeit, denn sie ermögliche es, mehr Männer des praktischen Lebens in das Parlament zu entsenden. Die Annahme des Antrages würde sogar Ersparnisse bringen.

Abg. Freiherr v. Erffa (L.): Der weitaus größere Teil meiner Freunde hat große Bedenken gegen den Antrag. Die Einführung von Freizeittagen würde eine Verfassungsänderung bedeuten. Im Reichstage sind die Diäten eingeführt worden, weil er arbeitsunfähig geworden war. Die Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses ist noch niemals angezweifelt worden. (Sehr richtig! rechts.) Wir befürchten von dem Antrage ein Anwachsen des Berufsparlamentarismus. Wir können uns auch jetzt nicht Vorteile verschaffen, nachdem die Beamtensvorlage hinausgeschoben worden ist. Wir bitten, den Antrag abzulehnen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Keine Freunde stimmen dem Antrage mit wenigen Ausnahmen zu. Wir müssen auf alle Fälle darauf hinarbeiten, daß das Haus beschlußfähig bleibt.

Abg. Dr. Borch (3.): Ich halte die Ausführungen des Abg. Arendt bezüglich der Diäten für durchaus richtig. Es ist etwas Unwürdiges, daß wir pro Tag Entschädigung erhalten, ich halte es für wünschenswert, daß diese Frage nach dem Vorbilde des Reichstages geregelt wird, ebenso ist eine anderweitige Regelung der Reisekosten notwendig.

Abg. Gylling (fr. Sp.): Wenn wir den Antrag annehmen, so folgen wir damit nicht nur dem Reichstage; in verschiedenen Bundesstaaten besteht bereits ebenfalls die Einrichtung der Freizeittage. Die verfassungsmäßigen Bedenken werden in der Kommission genau zu prüfen sein.

Die Abg. Wagner (st.) und Strosfer (L) sprechen sich für den Antrag aus.

Abg. Dr. Münsterberg (fr. Sp.) steht dem Grundgedanken des Antrages sympathisch gegenüber. Er müsse sich aber entscheiden dagegen auszusprechen, daß eine ähnliche Kontrolle eingeführt werde, wie sie im Reichstage bestehe. Es sei unwürdig, wenn Abgeordnete wie Schulbuben kontrolliert würden. (Beifall links.)

Der Antrag wird der Geschäftscommission überwiesen; dagegen stimmen nur eine Anzahl Konservertäter.

Der Etat wird genehmigt, ebenso der Etat der Bölle und Verbrauchsteuern.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Freitag, 11 Uhr (Etat der allgemeinen Finanzverwaltung, Etatgesetz, zweite Beratung des Quellenabgabegesetzes).

Schluß gegen 5 Uhr.

Eine Reichsverbandsklage vor Gericht.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die Genossen Schilde, Berner, Reidel und Rasfatsch in Stuttgart, hatten eine Privatklage gegen den Redakteur des „Sorauer Tageblattes“ Lehmann wegen Verleumdung angestrengt. Gleich einer Anzahl anderer gegnerischer Blätter hatte das „Sorauer Tageblatt“ aus dem „Stahlwaren-Arbeiter“ in Solingen einen Artikel nachgedruckt, in dem der „Stahlwaren-Arbeiter“ behauptete, Dokumente im Besitz zu haben, die beweisen, daß der Metallarbeiterverband von einer entsehligen Clique regiert werde. „Soviel Verworfenheit, wie uns da entgegenkarrt, hätten wir an der Spitze der größten Gewerkschaft Deutschlands nicht zu finden gehofft. Es wäre eine Schmach für die deutsche Arbeiterbewegung, wenn sie an ihrer Spitze noch länger Leute dulden würde, die, um ihre Ziele zu erreichen, vor keinem Verbrechen an der Arbeiterkassette juristisch zu scheitern.“ Das „Sorauer Tageblatt“ hatte unter der Überschrift: „Sozialdemokratisches Claquewesen“ den Artikel abgedruckt mit dem Zusatz: „Diese Charakteristik würde an Wert verlieren, wenn wir nicht hinzufügen wollten, daß es gleichfalls Sozialdemokraten sind, die so über ihre Genossen zu urteilen gezwungen sind.“ Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes hat sämtliche Zeitungen, die den Artikel des „Stahlwaren-Arbeiters“ nachgedruckt haben, verklagt. Gegen den Redakteur des „Stahlwaren-Arbeiters“ Ern war zunächst nur ein parteischiedsgerichtliches Verfahren eingeleitet. Nachdem Ern aber in seinen Angriffen fortfuhr, ist auch gegen ihn die Klage angestrengt. Am 12. d. M. stand vor dem Schöffengericht Sorau Termin gegen den Redakteur des „Sorauer Tageblattes“ an. Dieser verlangte zunächst Aussetzung des Verfahrens, bis der Prozeß gegen Ern entschieden sei. Ern habe ihm reiches, bei seinen Akten befindliches Material gegen den Metallarbeiterverband zur Verfügung gestellt, das Ern in seinem Prozeß gewiß vorbringen werde. Vom Vorsitzenden gefragt, ob er auf Grund dieses Materials bestimmte Beweisstücke stellen wolle, erklärte der Angeklagte ausdrücklich, daß er den Wahrheitsbeweis anzutreten nicht in der Lage sei. Weiter berief sich der Angeklagte auf den Schutz des § 193 Strafgesetzbuchs. Er habe lediglich den Artikel gebracht, um den sogenannten Sauberdenken zu kennzeichnen, den die Sozialdemokraten bei ihrer Kritik gegeneinander anwenden. Nachdem sich die bürgerlichen Parteien in dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie einen Mittelpunkt geschaffen haben, sei es nicht nur sein Recht, sondern sogar seine Pflicht, solche Urteile von Sozialdemokraten gegen Sozialdemokraten seinen Lesern mitzuteilen. Der Vertreter der Kläger, Rechtsanwalt Dr. Heinemann aus Berlin, führte aus, daß das dem Angeklagten zur Verfügung stehende Material doch ein überaus dürftiges sein müsse, wenn er, trotzdem Ern die bürgerlichen Blätter mit Material gegen den Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes versorgt habe, hier erkläre, er könne den Wahrheitsbeweis nicht einmal antreten. Wie konfus und mangelhaft müsse dieses Material aussehen! Der Angeklagte sei verantwortlich, denn er habe sich die größtlichen Beschimpfungen des Solinger Blattes zu eigen gemacht. Gegen die Aussetzung des Verfahrens müsse protestiert werden. Es fehle an jedem gesetzlichen Grunde für eine solche Verschleppung. Das Gericht erklärte, von einer Anwendung des § 193 könne keine Rede sein. Auch sei die Behauptung der Kläger, daß Angeklagter sich die beleidigenden Angriffe des „Stahlwaren-Arbeiters“ zu eigen gemacht habe, richtig. Zu einer Aussetzung des Verfahrens liege kein Grund vor, nachdem Angeklagter keinerlei substantiierte Beweisstücke gestellt, vielmehr erklärt habe, den Wahrheitsbeweis nicht erbringen zu können. Er sei daher und zwar mit Rücksicht auf seine Unbescholtenheit zu 20 M. Geldstrafe verurteilt, außerdem sei auf Einziehung der Zeitung und Publikation des Urteils im „Sorauer Tageblatt“ erkannt.

Zum § 153 der Gewerbeordnung.

Wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder Verurteilung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an Verabredungen gemäß § 153 teilzunehmen, oder ihnen Folge zu leisten, wird nach § 153 der Gewerbeordnung mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Bei diesen Verabredungen handelt es sich bekanntlich um die durch § 153 den „Gewerbetreibenden, gewerblichen Geschäften, Gesellen und Fabrikarbeitern“ freigegebenen Verabredungen und Vereinigungen „zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter“.

Bezieht sich „andere“ nur auf dieselben Gruppen, also nur auf Arbeiter gegen Arbeiter, beziehentlich Arbeitgeber gegen Arbeitgeber? In diesem engeren Sinne hat das Kammergericht in früheren Entscheidungen (21. Mai 1891, 15. September und 8. Dezember 1895) die unseres Erachtens allein zulässige engere Auffassung vertreten. Aber die Kammergerichtsinstanz hat bereits aus dem neunziger Jahren ein gegenständliches Urteil (vom 9. April 1894) aufzuweisen und hatte sich in den letzten Jahren fast uneingeschränkt zu der weitergehenden, den Arbeitern ungünstigeren Auslegung bekannt. In einem am Montag ergangenen Erkenntnis ist es zum Teil zu der älteren Auffassung zurückgekehrt. Der Fall lag folgendermaßen:

Der Maurer Krause zu Rixdorf war wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung vom Landgericht zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Auf zwei nebeneinander liegenden Neubauten in der Hermannstraße zu Rixdorf, die denselben Bauherrn und denselben Baumeister hatten, arbeiteten im Sommer 1906 neben einem christlich organisierten Maurer Schulz nur Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. Aus Anlaß einer Rekrutierung aus dem Rheinland, wonach der christliche Verband einen minderwertigen Tarif eingegangen war, beschloffen die Mitglieder des Zentralverbandes in der gemeinschaftlichen Verbände, mit dem christlich organisierten Kollegen Schulz nicht mehr zusammen zu arbeiten und die Arbeit niederzulegen, wenn er nicht entlassen werde. Der Angeklagte Krause und ein nicht ermitteltes Maurer erhielten den Auftrag, den beiden Polieren dies zu unterbreiten. Die Poliere erklärten, die Verbändler könnten ihre Papiere kriegen, worauf diese nach dem Frühstück die Arbeit ruhen ließen. Die Angelegenheit erledigte sich dann dadurch, daß Schulz, der Christliche, selber aufhörte. — Das Landgericht erachtete nun für feststehend, daß man mit der Entlassung des Schulz herbei-

Führen sollte, so daß eine Einwirkung auf Schulz im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung nicht in Frage kommt. Dagegen kam das Landgericht zu der Überzeugung, daß der Angeklagte (in Gemeinschaft mit dem zweiten Beauftragten) die beiden Poliere durch Drohung (mit dem Streik nämlich) zu bestimmen versucht habe, einer Verabredung der Verbandsmaurer zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen Folge zu leisten. Die Poliere seien „andere“ im Sinne des § 153. Es wäre unerheblich, daß sie nicht zu den Berufsangehörigen des Angeklagten im engeren Sinne des Wortes gehörten. Ferner sei der Beschluß in der Verbände eine Verabredung zur Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen gewesen, denn es sei den im Zentralverband organisierten Maurern darauf angekommen, mit der Entfernung des im christlichen Verein organisierten Schulz, der ihnen lästig war, das Arbeitsverhältnis für sich angenehmer zu gestalten. Es sei ihnen angenehmer gewesen, nur mit den die gleichen Interessen verfolgenden Genossen zusammen zu arbeiten. Die Poliere hätten nun durch die von Strauß vorgetragene Drohung, die Arbeit niederzuliegen, gezwungen werden sollen, durch Entlassung des Schulz jener Verabredung Folge zu leisten.

Der Angeklagte legte Revision ein. Rechtsanwält Wolfgang Heine, sein Vertreter, rügte in doppelter Beziehung Unrichtigkeit der Vorentscheidung. Falsh sei die Auslegung des Begriffs „günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen“. Nach dem Gesetz und dem Willen des Gesetzgebers könne es sich immer nur um Bedingungen handeln, die das Vertragsverhältnis, den eigentlichen Inhalt des Arbeitsvertrags zwischen den Parteien selbst betreffen. Dazu gehöre es nun keineswegs, wenn die Arbeiter in einem konkreten Falle erklärten, lieber ihre Arbeit aufgeben zu wollen, als mit einem, ihnen unangenehmen Kollegen zusammen zu arbeiten. Dann ließe in Widerspruch zur Geschichte der Gesetzgebung die Auflassung des Landgerichts, daß das Vorgehen gegen die Poliere nach § 153 der Gewerbeordnung strafbar wäre. Der Anwalt legte dies eingehend dar und machte u. a. geltend, daß man sich nicht an die Worte „andere“ und „Folge leisten“ klammern dürfe. Tatsächlich hätte mit § 153 nur der Zwang getroffen werden sollen, den etwa Arbeiter gegen andere Arbeiter oder Arbeitgeber gegen andere Arbeitgeber ausübten, um sie zur Beteiligung an solchen Verabredungen zu zwingen. Auch Landmann im Kommentar zur Gewerbeordnung betriebe diesen Standpunkt. Es kämen somit die Poliere als Vertreter des Arbeitgebers hier überhaupt nicht als „andere“ im Sinne des § 153 in Betracht.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts folgte dem Antrage des Anwalts, hob die Vorentscheidung auf und sprach den Angeklagten frei. Es wurde ausgeführt: Das Reichsgericht meine in seiner letzten bezüglichen Entscheidung (8. Juni 1907, Band 40, Seite 236), daß gegen den Arbeitgeber selbst, der durch Streik veranlaßt werden solle, eine Forderung zu bewilligen, ein Vergehen gegen § 153 nicht dadurch begangen werden könne, daß ihm der Streik vorher angekündigt werde. Wenn nach dem Beginn eines Streiks der Arbeitgeber nach dem Grunde fragen würde und die Arbeiter würden das beantworten, so würden sie nicht bestraft werden können. Ebenso gut müßten sie vorher sagen können, daß man aus dem und dem Grunde streike. Andererseits sei „nicht ganz unmöglich“ ein Vergehen aus § 153 gegen den Vorgesetzten im Lohnkampf. So könne z. B. (Wäperrisches Oberlandesgericht) durch Drohungen gegen einen Arbeitgeber, der mit einer Schar Arbeiter in ein Streikgebiet kommen wolle, beabsichtigt werden, den Zugang seiner Arbeiter fernzuhalten und dadurch die Koalition zu stärken. Vorliegend sei nun die Verabredung der beteiligten Arbeiter dahin gegangen, den mißliebigen Christlichen wegzubringen. Das Mittel zur Erreichung dieses Zieles sei die Arbeitsniederlegung gewesen. Wenn den Polieren gedroht wurde, man werde die Arbeit niederlegen, so hätten sie dadurch nicht bestimmt werden sollen, an der Verabredung teilzunehmen, sondern nur dazu, als Vertreter ihres Arbeitgebers das Ziel des Streiks, die Entlassung des Sch., zu bewilligen. Die Sache liege genau so, als wenn der Arbeitgeber selbst es bewilligen sollte. Somit liege kein Vergehen gegen den § 153 vor.

Gewerkchaftlichen.

An die Ristenmacher Deutschlands!

Kollegen! In Berlin droht in unserem Gewerbe ein scharfer Kampf auszubrechen. Die Ristenfabrikanten Berlins haben sich zu einem Vereine zusammengeschlossen, um gemeinsam die Preise für ihre Produkte zu erhöhen. Da ihnen dies aber nur in wenigen Fällen, in den meisten gar nicht, gelungen ist, sind sie auf die Idee gekommen, den Ausfall des Wehrdienstes auf die Arbeiter abzuwälzen. Sie haben einen neuen Lohnstarif ausgearbeitet, welcher die Preise um circa 25 Prozent unter den bis jetzt üblichen herabsetzt. Um ihre Absicht durchzuführen, haben sie sich dem sogenannten Arbeitgeberverband angeschlossen, und glauben nun, unter dessen schützender Hand und mit Hilfe der jetzt allgemein gewordenen Depression wird es ihnen gelingen, die Arbeiter nach Belieben auszubeuten zu können. Die Hauptmacher bei dieser Aktion sind sonderbarerweise gerade diejenigen Fabrikanten, die vor wenigen Jahren noch unsere Kollegen waren, und denen der jetzt geltende Tarif damals gar nicht scharf genug durchgeföhrt werden konnte.

Da es noch gar nicht voraussehen ist, welche Unannehmlichkeiten bei der Verhandlung über dieses Ultimatum von Tarif entstehen können, werden die Kollegen allerorts ersucht Berlin möglichst zu meiden. Auch wäre es ratsam, wenn die unberbeiteten Kollegen, welche teils arbeitslos sind, teils noch in Arbeit stehen, Berlin verlassen würden.

Die Branchenleitung.

J. A. Fritz Marten, Berlin, Wiener-Strasse 20.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter!

Der Autobau der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft ist gesperrt für alle Dreher, Schlosser und Werkzeugmacher.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Kostüm- und Musterbranche.

In einer öffentlichen Versammlung der Kostüm- und Mustermacher und Schneiderinnen, die am Dienstag in den „Arminhallen“ stattfand, wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in dieser Branche des Schneidergewerbes geschildert. Den Ausführungen des Referenten Ansoop lagen statistische Erhebungen zugrunde, die sich allerdings nur auf ungefähr ein Viertel der Betriebe erstrecken, aber doch ein ziemlich zuverlässiges, wohl eher zu günstigen als zu ungünstigen Bild der Verhältnisse bieten. Die Erhebungen umfassen 28 Betriebe, in denen während des größten Teiles des Jahres 175 Arbeiter und 680 Arbeiterinnen, in der Hochsaison jedoch 280 Arbeiter und 900 Arbeiterinnen beschäftigt werden. Die Hochsaison währt in Jahren guten Geschäftsganges ungefähr drei Monate, war aber oft auch schon in zwei Monaten beendet. Ueber ein Drittel der Schneider und fast ein Viertel der Schneiderinnen dieser Branche finden hier also nur vorübergehend Beschäftigung und sind genötigt, nach der Saison in anderen Betrieben Arbeit zu suchen. Ein Teil der Männer wird in der Konfektion Arbeit finden, jedoch kann dieser Industriezweig, namentlich in Zeiten der Krise, lange nicht alle in jener Branche überflüssig gewordenen Arbeitskräfte aufnehmen. Von den arbeitslosen Kostümschneiderinnen wird ein verhältnismäßig geringerer Teil in der Konfektion untergeschleppt finden. Die übrigen begeben sich wohl teils mit Privatarbeit oder mit schlecht bezahlter Arbeit in Nähstuben, sind aber auch zum Teil, und soweit sie nicht Eltern haben, die für sie sorgen, den Gefahren ausgesetzt, die bei unserer „fittlichen“ Weltordnung für junge Mädchen mit der Arbeitslosigkeit und Armut verknüpft sind.

Wenn man nun aber glaubt, daß jene, die Bauern in den Werkstätten der Kostüm- und Musterbranche tätig sind, wirklich das ganze Jahr über Arbeit haben, so irrt man sich. Durch die Erhebungen wurde festgestellt, daß sie in 5 von den 28 Betrieben 4 bis 5 Wochen, in sechs 6 bis 7, in fünf 8 bis 9, in drei 9 bis 10 und in je einem Betriebe 11, 12 und 18 Wochen im Jahre aussetzen müssen. Aus 2 Betrieben wurde die Frage über diesen Punkt mit „unbestimmt“ beantwortet und aus 6 Betrieben fehlt die Auskunft darüber.

Ueber die Lohnverhältnisse ergaben die Erhebungen, daß die Tagelöhnerinnen 20 bis 30 M., die Woche verdienen und der Durchschnittslohn 23,25 M. ist; daß die Palettarbeiterinnen 18 bis 28 M. erhalten, der Durchschnittslohn 21,90 M. ist und daß die Kostümarbeiterinnen 18 bis 27 M. haben und ihr Durchschnittslohn 21,70 M. ausmacht. In einzelnen Betrieben, wo Teilarbeit eingeföhrt ist, gibt es Aermelarbeiterinnen, und sie verdienen 18 bis 24 M., im Durchschnitt 21,80 M. Den Eheperinnen werden 18 bis 28 M., im Durchschnitt 22,30 M., die Woche bezahlt, den Zuarbeiterinnen 9 bis 20 M., im Durchschnitt 14,75 M.

Für die selbständigen männlichen Arbeiter, von denen verlangt wird, daß sie in allen vorkommenden Arbeiten tüchtig sind, ist der Wochenverdienst 30 bis 45 M., der Durchschnittslohn 37,50 M. Wähler werden in der Branche nur wenige beschäftigt, ihre Löhne betragen 20 bis 40 M.; ebenso männliche Zuarbeiter, deren Löhne zwischen 25 und 30 M. schwanken.

Der durchschnittliche Jahresverdienst beläuft sich für die dauernd beschäftigten selbständigen Arbeiterinnen der verschiedenen Fächer, die Zeit der Arbeitslosigkeit abgerechnet, auf 928,80 bis 999,75 M.; für die Zuarbeiterinnen auf 634,25 M.; für die männlichen Arbeiter auf 1488,40 bis 1812,15 M.

Die Löhne sind höher als in verschiedenen anderen Branchen des Schneidergewerbes, aber dafür werden auch besonders hohe Anforderungen gestellt hinsichtlich der Tüchtigkeit und Gesundheit. Daß die Löhne zu einem menschenwürdigen Dasein bei der Teuerung vollkommen ausreichend wären, wird man nicht behaupten können, zumal wenn man bedenkt, daß davon noch die Klassenbeiträge abgehen und schließlich auch die Unkosten für Fahrgeid usw. Das Einkommen ist also selbst bei dauernder Beschäftigung viel zu gering.

Was die sanitären Verhältnisse anbetrifft, so äußerte der Redner, daß in den letzten Jahren einige besonders erbärmliche Werkstätten, wo es an Licht und Luft allzu sehr mangelte, verschwunden sind. Jedoch sind manche Arbeitsräume vorhanden, die viel zu klein sind für die Zahl der darin tätigen Arbeiterinnen und Arbeiter. Bei den Erhebungen wurden nur vier Werkstätten entdeckt, die in dieser Hinsicht den Vorschriften entsprechen, die für die Gefängnisse gelten, also so groß sind, daß auf die einzelne Person 15 bis 16 Kubikmeter Luftraum kommen. In den übrigen Werkstätten müssen sich die Arbeiterinnen und Arbeiter mit einem durchschnittlichen Luftraum von 13,8 bis hinunter zu etwas über 5 Kubikmeter begnügen.

Diese erbärmlichen Zustände erscheinen um so verwerflicher, wenn man bedenkt, daß es sich um Geschäfte handelt, die im übrigen über glänzende ausgestattete Räumlichkeiten verfügen und von ihrer wohlhabenden Kundschaft ja auch dieser Ausstattung und der Arbeit entsprechend hohe Preise verlangen. In nur 6 von jenen 28 Werkstätten waren Ventilationsvorrichtungen angebracht, in 22 ist man also darauf angewiesen, ein Fenster zu öffnen, wenn man frische Luft haben will. Es kommt nicht selten vor, daß junge Mädchen infolge der schlechten Luft ohnmächtig werden. Die hochgestellten Damen, die 1000, ja 2000 M. für eine Robe aufwenden, würden wohl einen großen Abscheu empfinden, wenn sie ihre Robe in solch einem Arbeitsraum sahen.

Bei den Erhebungen wurde auch die Frage gestellt, welche Forderungen im Falle einer Tarifbewegung an die Unternehmer zu richten seien. Die Antworten waren jedoch, was die Höhe der Lohnforderungen anbetrifft, so verschieden, daß etwas Bestimmtes nicht dabei herauskam. Im übrigen ist zu erwähnen, daß sich die Erhebungen auf die Kostüm- und die Musterbranche gemeinsam erstrecken. Eine genaue Trennung dieser zwei Branchen war nicht gut durchzuführen, weil häufig dieselben Personen bald auf Kostüme, bald auf Muster arbeiten. In den „reinen“ Musterwerkstätten wurden Löhne von 30 bis 35 M. ermittelt. Unter den Zwischenmeistern der Branche tritt das Bestreben hervor, die Löhne so tief wie möglich herabzudrücken.

Im allgemeinen zeigen die Erhebungen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Kostüm- und Musterbranche sehr verbesserungsbedürftig sind. Soll aber in dieser Hinsicht etwas erreicht werden, so ist vor allem ein fester Zusammenschluß in der Organisation, dem Verband der Schneider und Schneiderinnen, notwendig.

Achtung, Meier! Die Sperre über die Bauten des Tapezierermeisters J. m. m. ist aufgehoben, da die von der Organisation geforderten Preise bezahlt werden.

Verbandsleitung der Tapezierer, Berlin, Engelstr. 15.

Deutsches Reich.

Drohende Generalausperrung im Steinfegergewerbe.

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet droht außer der Aussperrung der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter noch eine Generalausperrung der Steinfeger, Kammern, Pfasterer, Steinhauer usw. Der Verband der Pfistermeister von Rheinland und Westfalen, Sitz Köln, droht all diesen Arbeiterkategorien an, falls bis zum 31. März der Meisterarif nicht anerkannt werde, alle Geschäfte des ganzen Lohngebietes am 1. April zu schließen. Die Arbeitgeber hatten für die am 31. März ablaufenden Sektionsverträge gefordert einen gemeinsamen Tarif für das ganze Gebiet. Diesen erkannten nach den ersten resultatlosen Verhandlungen die Arbeitnehmer nicht an und erklärten sich bereit, statt Sektionsverträge örtliche Tarife abzuschließen. Auch über die Lohn- und Arbeitszeitverfängerungen-Forderungen kam es zu keiner Verständigung, so daß bei den letzten Verhandlungen obige Erklärung der Meister erfolgte. Die Arbeitnehmerorganisation hat sich nunmehr, da die meiste Arbeit der Meister aus Kommunal-, Kreis- und Provinzarbeiten besteht, entschlossen, sich an diese Behörden zu wenden, dahin zu wirken, daß die Meister sich dem Einigungsamt des Gewerbegerichts unterwerfen müßten. Es wird ferner darin gebeten, den Pfistermeistern behördlicherseits die Lieferungsfristen nicht zu verlängern und wenn die Meister wiederum nicht geneigt sein sollten, vor dem Einigungsamt zu erscheinen und Frieden zu schließen, Sorge dafür zu tragen, ob nicht die Arbeiten vorläufig in eigener Regie herzustellen gehen, um jede Verkehrsstockung zu vermeiden.

Arbeitslosigkeit der Leipziger Bildhauer, Stukkateure und Steinarbeiter.

Während die durchschnittliche Arbeitslosenzahl in den Leipziger Gewerkschaften circa 5 Proz. der Berufsangehörigen beträgt, ist die der Bildhauer 19 Proz., der Steinarbeiter 55 Proz., der Stukkateure 50 Proz., und von den Beschäftigten arbeiten viele mit der kürzesten Arbeitszeit. Dabei hat die Jahreszeit fast keinen Einfluß, das zeigt eine Monatsstatistik der Stukkateure, aus der wir einige Zahlen herausgreifen; Januar 1907 = 889 Arbeitslosentage, März 1095 Tage, Juni 515 Tage, August 336 Tage, September 731 Tage, Dezember 748 Tage, im ganzen Jahre circa 7000 Tage Arbeitslosigkeit. Die Steinarbeiter hatten circa 9000 Tage Arbeitslosigkeit und einen Lohnausfall von circa 51 000 M., während sich die Arbeitslosenunterstützung des Bildhauerverbandes auf circa 6000 M. belief. Die Ursache liegt vor allem darin, daß mit den fröhlichen Arbeiten besonders viel auswärtige Unternehmer betraut werden, besonders aber auch daran, daß die Stadt Leipzig bei ihren Bauten jetzt ein besonderes Sparphänomen walten läßt, wurden doch erst kürzlich bei dem Anschlag für das neue Kaufhaus 70 000 M. für Bildhauer- und ähnliche Arbeiten gesöhrt. Die drei Gewerkschaften haben deshalb bei dem Stadtrate eine Petition eingereicht, in der er ersucht wird, bei neuen öffentlichen Gebäuden mehr für künstlerische Ausschmückung zu tun, aber dann die fraglichen Arbeiten in Leipzig selbst herstellen zu lassen. Besonders soll dies zur Bedingung ge-

macht werden, wenn die Aufträge Leipziger Innungsmeister erhalten.

Befehdliche Saafabtreiber.

In Birsberg (Oberfranken), wo die Steinarbeiter streiken, erschien bei dem Wirt, in dessen Gasthaus sich das Streiklokal befindet, ein Gendarm und erklärte, er sei vom Bezirksamtssessor geschickt mit dem Auftrage, dem Wirt zu eröffnen, daß er sein Lokal den Steinarbeitern nicht mehr überlassen solle. Der Wirt beklagte so viel Mühsal, demgegenüber zu erklären, daß sich die Streikenden stets ordentlich betragen hätten und er keinen Grund einsehe, warum er sie aus seinem Lokal verbannen solle. Im übrigen sei er Geschäftsmann und müsse seine Steuern zahlen; wenn das Bezirksamt seine Steuern bezahlen wolle, werde er sich die Sache überlegen.

Ausland.

Massenausperrung in der Provinz Parma.

Rom, den 11. März. (Fig. Ver.)

Die „Associazione Agraria“, der Verband der Grundbesitzer und Pächter der Provinz Parma, hat beschlossen, alle Arbeiter der Provinz auszusperrern. Dieser Voratz, der ein Territorium mit rund 300 000 Einwohnern trifft, ist durch die zahlreichen Streiks, die die Kontraktfläche der Unternehmer herausgefordert haben, veranlaßt worden. Die Arbeiter sind auf alles gefaßt: sie werden zunächst die sofortige Inangriffnahme der vom Parlament beschlossenen öffentlichen Arbeiten in der Provinz fordern, eventuell sind sie bereit, in Massen auszuwandern. Die Unternehmer haben Streikbrecherkorps gebildet „aus Mitgliedern der besten Familien“, wie die Unternehmerpresse berichtet. Am 7. d. M. haben diese neuen Streikhärter sich verübt in der elektrischen Mühle Scolini in Parma, wo die Arbeiter seit 35 Tagen streiken, 500 Doppelzentner Weizen zu lästern. Wie die 80 jungen Leute „aus den besten Familien“ damit fertig geworden sind, verabschiedet das Blatt, meldet aber, daß jeder der Wadern einen Revolver trug.

Gegen die Bauarbeiter eröffnen auch die amerikanischen Bauunternehmer einen Kampf. In New York wollen sie den Gewerkschaften den Achtstundentag entreißen. In New Orleans suchen sie die Macht der Gewerkschaften zu zerstören, indem sie im ganzen Lande bekannt machen, daß in New Orleans viele Bauarbeiter gesucht würden. Der Bürgermeister dieser Stadt hat sich veranlaßt gesehen, eine Gegenerklärung zu erlassen, um die Stadt nicht mit Arbeitslosen zu überfüllen.

Ämtlicher Marktbericht der städtischen Marktballen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktblätern. Markttag: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft still, Preise für Rindfleisch nachgebend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft ruhig, Preise gut. Geflügel: Zufuhr knapp, Geschäft etwas lebhafter, Preise hoch. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Getreide: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	11. 3.	10. 3.		11. 3.	10. 3.
Hemel, Luft	388 ⁹	+30	Saale, Großh.	299	+129
Bregel, Ankersburg	343 ⁹	+96	Dabel, Spandau ⁹	160	-1
Beigsel, Thorn	414	+4	Rathenow ⁹	179	+1
Ober, Kottbus	275	+45	Spree, Spremberg ⁹	122	-2
Strofen	261	+1	Beeskow	222	0
Frankfurt	255	-1	Weser, Minden	202	+87
Wartze, Schrimm	280	-4	Rindem	191	+32
Landberg	294 ⁹	0	Rhein, Marimiliansau	428	+38
Rege, Verbam	182	+6	Kaub	252	+6
Elde, Leitmeritz	88	+96	Rönn	404	+82
Dresden	-88	+8	Redar, Zellbrom	235	+25
Barby	251	-2	Rain, Berthelm	229	+29
Magdeburg	214	-2	Wosel, Trier	349	+53

⁹) + bedeutet Hoch, - Fall, - ⁹) Unterpegel - ⁹) Gestand. ⁹) Einstülpung an der Eingangsbrücke. - ⁹) Höchster Wasserstand: 205 cm am 10. um 5 Uhr nachmittags. Nach telegraphischer Meldung ist die Welschel bei Thorn heute vormittag auf 300 cm gelunien.

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis
(Wörstler Viertel.)
(Bezirk Nr. 166.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Metall-
drücker
August Müller
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 13. März, nach-
mittags 4¹/₂ Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Luisen-Ringhofes
in Rigdorf, Hermannstraße, aus
statt.
(Frankfurter Viertel.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser langjähriger Genosse,
der Metallarbeiter
Johann Forkel
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Freitag, nachmittags 4¹/₂ Uhr,
von der Leichenhalle des Zentral-
friedhofes in Friedrichsfelde aus
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Charlottenburg.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Galvanisier-
Hermann Strecker
Eprecht, 14
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 15. März, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle
des neuen Luisen-Ringhofes am
Friedensbrunnen Weg aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Verband der freien Gast-
u. Schankwirte Deutschlands**
Ortsverwaltung Charlottenburg.
Den Mitgliedern hiermit zur
Nachricht, daß unser Kollege
Hermann Strecker
Eprecht, 14
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 15. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Luisen-Ringhofes
am Friedensbrunnen Weg aus statt.
6208 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten
zur Nachricht, daß meine liebe
Frau am Dienstagabend ver-
storben ist.
Die Beerdigung findet
am Sonntag, den 14. März, nachmittags
4 Uhr, vom Trauerhause aus statt.
Fritz Fink, Klempner,
Spanbau, Jagowstr. 14.

Allen die meinem Lebensgefährten,
dem Bildhauer **Karl Kühne**,
die letzte Ehre erwiesen haben, ins-
besondere dem Bahderrin für Rig-
dorf, dem Deutschen Holzarbeiter-
verband und allen Genossen und
Bekanntem, sagt hiermit besten Dank
Charlotte Kauer.
Rigdorf, den 12. März 1908.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, Tischler
Radyca Mihajelovic
am 7. März verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 13. März, nach-
mittags 9 Uhr, vom Birkow-
Krankenhaus aus nach dem
russischen Friedhof in Tegel statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Blumen- und Krautbinderei
von **Robert Meyer,**
an der Mariannen-Strasse 2.

Für den Inhalt der Intereze übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 13. März.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Samson und Dalila.
Königl. Schauspielhaus. Schrittmacher. — Der zerbrochene Krug. — Der Kompanon. — Kammerstücke. — Fühlings Erwachen. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.

Neues Operetten-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Opernball.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Blaubart.
Zentral-Theater.
Alte Jakobstraße 30.
Zum 110. Male:
Ein seltsamer Fall mit Alwin Neud.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Robinsons Eiland.
Sonabend 4 Uhr: Dornröschen.
Abends: Krieg im Frieden.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Des Mädchens Lebenswege. Abends zum erstenmal: Die Kutschendauer von Berlin.
Montag: Kutschendauer von Berlin.

DERNHARD ROSE THEATER
Dr. Frankfurterstr. 132.
Die Heiratsfalle.
Anfang 8 Uhr. Hochtagspreise.
Sonabend nachm. 4 Uhr Kinderdarstellung: 1001 Nacht. Abends: Trübn.
Theater an der Spree.
Köpenicker Straße 65.
Täglich 8 Uhr:
Ungültig.
In Vorbereitung:
Der Onkel aus Kottbus.
Metropol-Theater
Abends 8 Uhr:
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Bender, Giampietro, Josephi, Thielscher, Darmand, Massary.

Berliner Theater.
Tägl. 8 Uhr: Schauspiel Hansi Nissi: Die Förster-Christl.
Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Simfon.
Ferdinand Bonn als Gast.
Sonabend: Simfon.
Sonntag: Neu einstudiert: Wehner Vortragen.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Sonabend: 2 mal 2 = 5.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Maria Magdalene. Abends 8 Uhr: 2 mal 2 = 5.
Theater des Westens.
3 Uhr: Ein Walzertraum.
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise: Die lustige Witwe.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Hasemanns Töchter.
Anfang 8 Uhr.
Sonabend: Der gekörnte Siegfried. Siegfrieds Tod.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Kuchelstuf. Abends 8 Uhr: Salomonisches Urteil.

Vortzing-Oper.
Belle-Alliance-Straße 7/8.
Abends 8 Uhr:
Figaros Hochzeit.
Sonabend: Don Juan.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Freischütz. Abends 8 Uhr: Die Zauberflöte.
Keibel-Theater.
Königsgrüner Str. 57/58.
Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in vier Akten von S. Cham.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
8 Uhr. „Bibl.“ 8 Uhr.
Schwan in 3 Akten von de Gorsse und de Marlan.
Hierauf: Der seltsame Octave.
Sonabend, den 14. März, zum erstenmal: „Der Fisch im Ohr.“
Sonntag, den 15. März, 3 Uhr: Haben Sie nichts zu verkaufen?
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Panne.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 45/49.
Abends 8 Uhr:
Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.
Invalidenstr. 57/62.
Theater abends 8 Uhr:
Privatopert: Sternschnuppen und ihre Bedeutung für die Kosmogonie.

Neues Operetten-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Opernball.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Blaubart.
Zentral-Theater.
Alte Jakobstraße 30.
Zum 110. Male:
Ein seltsamer Fall mit Alwin Neud.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Robinsons Eiland.
Sonabend 4 Uhr: Dornröschen.
Abends: Krieg im Frieden.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Des Mädchens Lebenswege. Abends zum erstenmal: Die Kutschendauer von Berlin.
Montag: Kutschendauer von Berlin.

DERNHARD ROSE THEATER
Dr. Frankfurterstr. 132.
Die Heiratsfalle.
Anfang 8 Uhr. Hochtagspreise.
Sonabend nachm. 4 Uhr Kinderdarstellung: 1001 Nacht. Abends: Trübn.
Theater an der Spree.
Köpenicker Straße 65.
Täglich 8 Uhr:
Ungültig.
In Vorbereitung:
Der Onkel aus Kottbus.
Metropol-Theater
Abends 8 Uhr:
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Bender, Giampietro, Josephi, Thielscher, Darmand, Massary.

Berliner Theater.
Tägl. 8 Uhr: Schauspiel Hansi Nissi: Die Förster-Christl.
Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Simfon.
Ferdinand Bonn als Gast.
Sonabend: Simfon.
Sonntag: Neu einstudiert: Wehner Vortragen.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Sonabend: 2 mal 2 = 5.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Maria Magdalene. Abends 8 Uhr: 2 mal 2 = 5.
Theater des Westens.
3 Uhr: Ein Walzertraum.
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise: Die lustige Witwe.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Hasemanns Töchter.
Anfang 8 Uhr.
Sonabend: Der gekörnte Siegfried. Siegfrieds Tod.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Kuchelstuf. Abends 8 Uhr: Salomonisches Urteil.

Vortzing-Oper.
Belle-Alliance-Straße 7/8.
Abends 8 Uhr:
Figaros Hochzeit.
Sonabend: Don Juan.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Freischütz. Abends 8 Uhr: Die Zauberflöte.
Keibel-Theater.
Königsgrüner Str. 57/58.
Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in vier Akten von S. Cham.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
8 Uhr. „Bibl.“ 8 Uhr.
Schwan in 3 Akten von de Gorsse und de Marlan.
Hierauf: Der seltsame Octave.
Sonabend, den 14. März, zum erstenmal: „Der Fisch im Ohr.“
Sonntag, den 15. März, 3 Uhr: Haben Sie nichts zu verkaufen?
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Panne.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Sung Schluß: Neu:
Rusaren-Streiche.
Anfang: Sonntag, 8. Sonntag, 7.11.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Weg zum Herzen.
Lustspiel in 4 Akten v. Adol. Pflüger.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Phyllis. Hierauf: Die Lore.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Kaiserjäger.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Auf der Sonnenseite.

Schiller-Naal (Schiller-Theater)
Charlottenburg
8 Uhr: Vortrag von Dr. Leopold Hirschberg: Giuseppe Verdi.

Deutsche Konzerthallen
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich
Deutsch-Amerikanischer
Urbock-Orubel.

Zipkus Schumann
Deute Freitag, den 13. März, abends 7 1/2 Uhr:
Große komische Vorstellung.
Ausstattungs-Pantomime
AMERIKA
mit eigens dazu engagierten 120 schwarzen Teuten.
Herrliche Wasser- und Lichtspiele.
Des enormen Erfolges wegen verlängert:
Mr. Resisto
das elektrische Rätsel.
Das Programm besteht aus 12 erstklassigen Nummern, sämtliche Clowns, Wagnisse mit neuen unheimlichen Entrees. Dir. Albert Schumanns neue und moderne Equi- und Freiheitsdruffuren.

Rixdorfer Theater
Bürgerfale, Bergstraße Nr. 147.
Sonntag, den 15. März 1908:
Unsere Frauen.
Lustspiel in 5 Akten von Moser und Schönthan.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Apollo Theater
Waldspiel-Verlängerung 9/10.
Yvette Guilbert,
französische und englische Lieder.
Ab 8 Uhr:
Die erstklassigen Attraktionen.
u. a.: Paul Spadoni
The black Diamonds
Die vier Athleten und
Mitslaw der Moderne
mit Mia Werber als Gast.

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr.
Manako
Japans größte Tragödin mit ihrem Ensemble
und das glänzende März-Programm.
Trianon-Theater.
8 Uhr. Baron Toto. 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Fräulein Josette — meine Frau.

Gebr. Herrnfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
Jedes Wort ein Schlager!
so lautet das Referat über
Salomonisches Urteil.
Nachspiel zu
Papa und Genossen
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Sonntag 8 Uhr:
Es lebe das Nachleben.

Happoldt's
Neuer Konzertsaal.
Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag:
Großes Militär-Konzert.

L. Katz & Co.
Spandauerstr. 45, a. Molkenmarkt
Filialen: Ecke Kaiser- u. Schillingstraße Rixdorf, Bergstraße 65, am Bahnhof Brandenburg a. H., Hauptstraße 59/60.
Größtes Spezialgeschäft
sämtlicher
Gastwirts-Artikel.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Auf der Sonnenseite.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Adol. Blumenthal u. Gustav Kadelburg.
Sonabend, nachm. 3 Uhr:
Kaiser und Gallier.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Don Carlos.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Weg zum Herzen.

Schiller-Naal (Schiller-Theater)
Charlottenburg
8 Uhr: Vortrag von Dr. Leopold Hirschberg: Giuseppe Verdi.

XIII. Saison.
Zirkus Busch
Freitag abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung!
Neueste und größte Sensation!
Sturz aus der Höhe v. 6 Stagen (Mons. Gaddin).
Jokoda-Truppe!
Original-Japaner, 12 Personen.
Herr Kommissionsrat Gustav Stensbeck, Direktor des Berl. Zatterfall Herr E. Schumann, Reudressuren. Frau Est. Prival, Schuttreiterin. Um 10 Uhr: Auf der Kallig!
Sonntag, den 13. März: Zwei große Gala-Vorstellungen.

Palast-Theater
Burgstr. 21. Hof. Börse.
Ringkampf-Konkurrenz
Preis von Berlin:
10000 Mark.
Ali Oglu, Turkestan, gegen Ma, Josef Kuba.
Erdmann, Berlin, gegen Kricheldorf, Berlin.
Ferner:
Pohl-Abt II, Deutschland, gegen Woldt, Berlin.
Hallmann, Berlin, geg. Bau, Oberfeld.
Raykowitz, Serbien, gegen Kornatzki, Polen.
Anfang 8 Uhr.
Beginn der Ringkämpfe: 9 1/2 Uhr.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenthaler Tor.
Abends 8 Uhr:
Das neue März-Programm.
Die heiligen Chinesen
in ihren geheimnisvollen Sitten und Gebräuchen.
Gaufler und Zauberstücke.
Koffa — der Mann mit dem dreibaren Kopf — und die übrigen internationalen Künstler.
Tunnel: Bockhiesfest, Reg-Kapelle, Sänger, italienisches Orchester.
Theaterbelüftung freier Eintritt.

Buggenhagen
Moritzplatz.
..... im Theatersaal täglich
Albert Böhme
und das
großartige März-Programm.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Entree 50 Pf. Sonn. reserv. 1 M.
Entree 50 Pf. Familienbill. a 40 Pf.
Im unteren Konzertsaal täglich die allerersten Militär-Kapellen: Seder, Przymarski, Böhm, Reumann, Offens, Vättig.

Gegen Rheumatismus hilft:
Zarombas Burgunder Pechpflaster.
Drogerie Weinbergsweg 1.
direkt am Rosenthaler Tor.

Zentralverband der Steinsetzer, Pflasterer u. Berufsigen.
Deutschlands.
Achtung!
An die Verbandsgegossen der Filiale Groß-Berlin der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsigen Deutschlands.
Den Verbandsgegossen zur Kenntnis, daß am Montag, den 9. d. Mts., der paritätische Arbeitsnachweis in Kraft getreten ist und werktätlich die Eintragungen in den Listen bezw. die Arbeitsvermittlung von nachmittags 4-7 Uhr im Städtischen Zentral-Arbeitsnachweis, Rüdigerstraße 9, linker Aufgang II, für Fach-Arbeitsnachweis unter Vorzeigung der Legitimationspapiere erfolgen.
Die Ortsverwaltung.

Meiner hochgeehrten Kundschaft von Teltow und Umgebung die ergebene Mitteilung, daß ich mein **Barbier- und Friseurgeschäft** an Herrn **Ballier** verkauft habe. Indem ich für das mir geschenkte Wohlwollen hierdurch meinen besten Dank sage, bitte ich, dasselbe auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.
Hochachtungsvoll
Max Hattwich, Breitestraße 4.
Unter Bezugnahme auf obige Mitteilung empfehle ich mich als Nachfolger des Herrn **Hattwich** und bitte, das demselben geschenkte Vertrauen auch auf mich zu übertragen.
In ergebener Hochachtung
Hugo Ballier, Barbier und Friseur.
Teltow, 6. März 1908.

== Spottbillig! ==
Engl. Bettstellen m. Matr. in Eslin v. 55 M. an. Kleider-schränke, Vertike v. 35 M. an. Klein Läden! M. S. Weber, Prenzlauerstr. 49 (nahe Alexanderplatz), I. Etage.
Möbel = Gegen Kasse!
Sofas, Kucheneinrichtungen, Tische, Stühle ufm. Spiegel, Spiegelalben v. 20 M. an.

Gesundheit ist Reichtum!
Bade Berlin-Ost im
„Bad Frankfurt“
Große Frankfurterstr. 136.
Medizinische Bäder aller Art
in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.
2 Wannenbäder mit je 2 Handtuchern 75 Pf. (40 Minuten Badedzeit)
Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

Passage-Panoptikum.
Deutschlands
größter
Soldat
Josef Schippers
der lange Karl.
Kapit. Gröbl m. s. Riesenbaas.
Sicilian. Briganten-Kapelle.
Ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Kajino-Theater.
Vollringstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Nur noch bis
Donnerstag, den 10. März:
Die Freuden d. Häuslichkeit.
Freitag, den 20. März, zum erstenmal: Die Rantzau.
Sonntag 4 Uhr:
Heirat auf Probe.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Brunnenstr. 16.
Auf allgemeinen Wunsch:
In der Irre.
Schauspiel n. d. „Morgenpost“-Roman.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Abonnenten bedeutende Ermäßigung.
Sonabend: Verlobt und entehrt, oder: Die Verlassenen.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenthaler Tor.
Abends 8 Uhr:
Das neue März-Programm.
Die heiligen Chinesen
in ihren geheimnisvollen Sitten und Gebräuchen.
Gaufler und Zauberstücke.
Koffa — der Mann mit dem dreibaren Kopf — und die übrigen internationalen Künstler.
Tunnel: Bockhiesfest, Reg-Kapelle, Sänger, italienisches Orchester.
Theaterbelüftung freier Eintritt.

Buggenhagen
Moritzplatz.
..... im Theatersaal täglich
Albert Böhme
und das
großartige März-Programm.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Entree 50 Pf. Sonn. reserv. 1 M.
Entree 50 Pf. Familienbill. a 40 Pf.
Im unteren Konzertsaal täglich die allerersten Militär-Kapellen: Seder, Przymarski, Böhm, Reumann, Offens, Vättig.

Gegen Rheumatismus hilft:
Zarombas Burgunder Pechpflaster.
Drogerie Weinbergsweg 1.
direkt am Rosenthaler Tor.

Zentralverband der Steinsetzer, Pflasterer u. Berufsigen.
Deutschlands.
Achtung!
An die Verbandsgegossen der Filiale Groß-Berlin der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsigen Deutschlands.
Den Verbandsgegossen zur Kenntnis, daß am Montag, den 9. d. Mts., der paritätische Arbeitsnachweis in Kraft getreten ist und werktätlich die Eintragungen in den Listen bezw. die Arbeitsvermittlung von nachmittags 4-7 Uhr im Städtischen Zentral-Arbeitsnachweis, Rüdigerstraße 9, linker Aufgang II, für Fach-Arbeitsnachweis unter Vorzeigung der Legitimationspapiere erfolgen.
Die Ortsverwaltung.

Meiner hochgeehrten Kundschaft von Teltow und Umgebung die ergebene Mitteilung, daß ich mein **Barbier- und Friseurgeschäft** an Herrn **Ballier** verkauft habe. Indem ich für das mir geschenkte Wohlwollen hierdurch meinen besten Dank sage, bitte ich, dasselbe auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.
Hochachtungsvoll
Max Hattwich, Breitestraße 4.
Unter Bezugnahme auf obige Mitteilung empfehle ich mich als Nachfolger des Herrn **Hattwich** und bitte, das demselben geschenkte Vertrauen auch auf mich zu übertragen.
In ergebener Hochachtung
Hugo Ballier, Barbier und Friseur.
Teltow, 6. März 1908.

== Spottbillig! ==
Engl. Bettstellen m. Matr. in Eslin v. 55 M. an. Kleider-schränke, Vertike v. 35 M. an. Klein Läden! M. S. Weber, Prenzlauerstr. 49 (nahe Alexanderplatz), I. Etage.
Möbel = Gegen Kasse!
Sofas, Kucheneinrichtungen, Tische, Stühle ufm. Spiegel, Spiegelalben v. 20 M. an.

Gesundheit ist Reichtum!
Bade Berlin-Ost im
„Bad Frankfurt“
Große Frankfurterstr. 136.
Medizinische Bäder aller Art
in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.
2 Wannenbäder mit je 2 Handtuchern 75 Pf. (40 Minuten Badedzeit)
Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

Gesundheit ist Reichtum!
Bade Berlin-Ost im
„Bad Frankfurt“
Große Frankfurterstr. 136.
Medizinische Bäder aller Art
in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.
2 Wannenbäder mit je 2 Handtuchern 75 Pf. (40 Minuten Badedzeit)
Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

Brunnen-Theater
Babstraße 58. Direkt.: Sarah. Rose.
Freitag, den 13. März 1908:
Die Else vom Erlenhof
oder:
Schuld und Sühne.
Schauspiel in 5 Akten v. L. C. Staud.
Vorverkauf norm. 10-2 Uhr.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Voranzeige! Montag, 13. April:
Denkmal v. J. Lina u. Karl Moeller:
Huschulbig verurteilt.

Bürgerl. Schauspielhaus
früher
Prater-Theater
Freitag, 13. März, Abonnementvorst.
Hofgunst.
Morgen:
Krieg im Frieden.

Sanssouei Kottbusser
Straße 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
und Tanzkränzchen.
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8.11.

Gustav Behrens-Theater.
Berlin W.,
Goltzstr. 9.
Gr. Damen-Ringkampf
Preisgekrönte Ringkämpferinnen.
Neu: Richter als Walzerkönig.
Tolle in 1 Akt.
16 Spezialitäten. Tuffes Vitograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.

Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen?
Von J. Berhardt
Preis 30 Pfennig
Der Verfasser geht von dem Gedanken aus, daß das Prügeln in der Schule zu verwerfen sei, daß aber auch das Prügeln der Kinder im Hause für die körperliche und geistige Entwicklung des Kindes verwerflich ist. Er gibt vielfache Anregungen, wie die Eltern ihres Kindes ohne Prügel erziehen können.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68.

Zentralverband der Steinsetzer, Pflasterer u. Berufsigen.
Deutschlands.
Achtung!
An die Verbandsgegossen der Filiale Groß-Berlin der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsigen Deutschlands.
Den Verbandsgegossen zur Kenntnis, daß am Montag, den 9. d. Mts., der paritätische Arbeitsnachweis in Kraft getreten ist und werktätlich die Eintragungen in den Listen bezw. die Arbeitsvermittlung von nachmittags 4-7 Uhr im Städtischen Zentral-Arbeitsnachweis, Rüdigerstraße 9, linker Aufgang II, für Fach-Arbeitsnachweis unter Vorzeigung der Legitimationspapiere erfolgen.
Die Ortsverwaltung.

Meiner hochgeehrten Kundschaft von Teltow und Umgebung die ergebene Mitteilung, daß ich mein **Barbier- und Friseurgeschäft** an Herrn **Ballier** verkauft habe. Indem ich für das mir geschenkte Wohlwollen hierdurch meinen besten Dank sage, bitte ich, dasselbe auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.
Hochachtungsvoll
Max Hattwich, Breitestraße 4.
Unter Bezugnahme auf obige Mitteilung empfehle ich mich als Nachfolger des Herrn **Hattwich** und bitte, das demselben geschenkte Vertrauen auch auf mich zu übertragen.
In ergebener Hochachtung
Hugo Ballier, Barbier und Friseur.
Teltow, 6. März 1908.

== Spottbillig! ==
Engl. Bettstellen m. Matr. in Eslin v. 55 M. an. Kleider-schränke, Vertike v. 35 M. an. Klein Läden! M. S. Weber, Prenzlauerstr. 49 (nahe Alexanderplatz), I. Etage.
Möbel = Gegen Kasse!
Sofas, Kucheneinrichtungen, Tische, Stühle ufm. Spiegel, Spiegelalben v. 20 M. an.

Gesundheit ist Reichtum!
Bade Berlin-Ost im
„Bad Frankfurt“
Große Frankfurterstr. 136.
Medizinische Bäder aller Art
in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.
2 Wannenbäder mit je 2 Handtuchern 75 Pf. (40 Minuten Badedzeit)
Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

Gesundheit ist Reichtum!
Bade Berlin-Ost im
„Bad Frankfurt“
Große Frankfurterstr. 136.
Medizinische Bäder aller Art
in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.
2 Wannenbäder mit je 2 Handtuchern 75 Pf. (40 Minuten Badedzeit)
Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Die Bibliothek wird am 25. März wegen Inventur geschlossen. Bis zum 25. März müssen alle Bücher abgeliefert werden.

Neue Bücher werden vom 16. März ab bis zur Beendigung der Inventur nicht mehr ausgegeben.

Achtung! Korbmacher! Achtung!

Montag, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr:

Außerordentliche Branchen-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 8.

Tages-Ordnung:

1. Die Verhandlungen mit den Unternehmern wegen der Gehaltsföhrde. 2. Branchenangelegenheiten.

Branche der Kistenmacher.

Sonnabend, den 14. März:

Großer Wiener Maskenball

in Anton Bökers Festsaal, Weberstr. 17.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Obmann.

Zentralverband der handwerkli. Hilfsarbeiter

Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend.

Sektion der Putzerträger.

Am Sonntag, den 15. März, vormittags 11 1/2 Uhr, im Lokal von Obiglio, Schwedterstraße 23:

Mitglieder-Versammlung.

Sektion der Dachdeckerhülfsarbeiter.

Sonntag, 15. März, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 7:

Mitglieder-Versammlung.

Sektion der Töpferträger.

Montag, den 16. März, abends 8 Uhr,

im Restaurant Wohlfahrt, Rosenthalerstraße 58:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Sollten Mitglieder der Freien Vereinigung noch nicht im Besitz des Mitgliedsbuches sein, so legitimiert die Karte.

In Anbetracht der ersten Situation erwarten wir, daß jedes Mitglied in diesen Versammlungen erscheint.

Der Zweigvereinsvorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1067.

Mitglieder-Versammlung

für die

Brande der Eisen-, Metall- und Revolverdreher

im gr. Saale d. Vereins Berliner Musiker, Kaiser Wilhelmstr. 18m.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Strobel über: „Die jetzige politische Situation.“ 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Montag, den 16. März, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

in der „Neuen Welt“, Hafenside 108/114.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht der Ortsverwaltung für 1907. 2. Jahresbericht und Bericht der Revisoren. 3. Neuwahl des ersten Bevollmächtigten, des zweiten Kassierers, zweier Revisoren und zweier Beisitzer. 4. Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress. 5. Aufstellung der Kandidaten zum Kongress. 6. Endgültige Stellungnahme zu dem Antrag betreffend die anderweitige Zusammenfassung der Generalversammlung. 6. Festsetzung der Urabstimmung hierüber. 7. An die Verwaltung gelangte Anträge.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband d. Steinsetzer, Pflasterer u. Berufsgenossen

Deutschlands.

Zahlbezirke der Sektion I (Steinsetzer).

Am Sonntag, den 15. März, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlungen

Zahlbezirk Norden: Radstr. 12. Lokal: Inhaber Herr Frisch.

Zahlbezirk Nordost: Pappel-Allee 25. Lokal: des Herrn Martini.

Zahlbezirk Ost: Andreadstr. 26. Lokal: des Herrn Wertowski.

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zur Generalversammlung am 22. März.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung, Gormannstr. 28.

Zentral-Krankenkasse der Maurer

„Grundstein zur Einigkeit.“

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 15. März, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Anträge zur Generalversammlung. 2. Wahl der Delegierten zu derselben. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert!

NB. Die Zahlstelle SW. befindet sich Bergmannstraße 97 bei Maack.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den

6. Wahlkreis.

Sonntag, den 15. März 1908, abends 6 Uhr:

Zwei Versammlungen für Männer und Frauen

1. im Kolberger Salon (B. Raabe), Kolberger Straße 23:

1. Vortrag des Genossen Wilh. Düwell über: „Die göttliche Weltordnung.“ 2. Diskussion;

2. bei Wille, Brannenstraße 188:

1. Vortrag des Genossen Bartels über: „Terrorismus.“ 2. Diskussion.

Bu recht zahlreichem Besuch laden ein

Die Abteilungsleiter.

Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Sozialdemokratischer Wahlverein des sechsten Berliner Reichstagswahlkreises.

Freitag, den 13. März, abends 8 Uhr, in der „Aronen-Brauerei“, Alt-Neubitz 47/49:

Großer astronomischer Vortrag

gehalten von Herrn Dr. Archenhold, Direktor der Sternwarte in Treptow.

Wanderungen durch das Weltall.

Die nachfolgenden Vorträge finden statt Dienstag, den 17. März, in den Germania-Sälen, Spandauer Straße 110; Freitag, den 20. März, in der Brauerei Groterjan, Spandauer Allee 130.

Gültig zu allen Vorträgen sind die Billettsnummern 29 501—34 500.

Billetts sind bei den Bezirksführern und im Bureau zu haben.

Sonnabend, den 14. März 1908:

Stiftungsfest

im Palais-Theater, St.-Vollgang-Straße, Ecke Burgstraße.

Konzert • Spezialitäten • Theater • Feste. Massengesänge.

Kausgeführt von mehreren Gesangvereinen (R. d. R.-S.-B.).

Eintrittskarte 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. — Anfang abends 8 Uhr. — Der Vorstand

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. — Sektion der Gips- u. Zementbranche.

Gruppe der Zementierer, Einschaler und Hilfsarbeiter.

Sonntag, den 15. März, vormittags 10 Uhr, bei Jannasch, Inselstr. 10:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Otto Haese über: „Die Pläne der Unternehmer im Baugewerbe.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

In Anbetracht der gespannten Situation im Baugewerbe ist es Pflicht eines jeden in der Zementbranche arbeitenden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Gruppenvorstand.

Zum 25. Todestage von Karl Marx

bringen wir seine Schriften in empfehlende Erinnerung.

Das Kapital.

1. Band: Der Produktionsprozess des Kapitals. 4. Aufl. R. 9.—; in Halbfranz geb. R. 11.—
2. Band: Der Zirkulationsprozess des Kapitals. 2. Aufl. R. 8.—; in Halbfranz geb. R. 10.—
3. Band: Der Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion. 2. Teile. R. 10.—; in Halbfranz gebunden R. 14.—

Die Klassenkämpfe in Frankreich

1848—1850. Mit einer Einleitung von Fr. Engels. R. 1.—

Der Bürgerkrieg in Frankreich.

Adresse des Generals der Internationalen Arbeiter-Assoziation. R. 0,30.

Lohnarbeit und Kapital.

Separatdruck aus der Neuen Rheinischen Zeitung vom Jahre 1849. Mit einer Einleitung von Friedrich Engels. Neu herausgegeben von K. Kautsky. R. 0,75; Neuausgabe R. 0,25.

Das Elend der Philosophie.

Antwort auf Proudhons „Philosophie des Elends“. Deutsch von Eduard Bernstein und Karl Kautsky. Mit Vorwort und Noten von Fr. Engels. Groß. R. 1,50; geb. R. 2.—

Marx vor den Kölner Geschworenen.

Prozess gegen den Ausfühler der rheinischen Demokraten wegen Aufrufs zum bewaffneten Widerstand (9. Februar 1849). Mit Vorwort von Fr. Engels. Neue Auflage. R. 0,20.

Das kommunistische Manifest.

Von Karl Marx und Friedrich Engels. Siebente autorisierte deutsche Ausgabe mit Vorwort von Karl Kautsky. R. 0,50; billige Ausgabe R. 0,20.

Revolution und Konterrevolution in Deutschland.

Deutsch von Karl Kautsky. Groß. R. 1,50; geb. R. 2.—

Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte

Diese Broschüre gegen den Organisator des Lumpenproletariats ist wohl die glänzendste Streitschrift von Karl Marx; sie enthält auch eine scharfe Kritik der politischen Fehlgelassenheit und Halbheit des „Bürgerturns“. R. 1.—

Zur Kritik der politischen Ökonomie.

Herausgegeben von K. Kautsky. Geb. R. 2,50. Jahrzehnte lang war diese 1859 erschienene Schrift, die Vorläuferin des „Kapitals“, im Buchhandel vergriffen; die jetzige Ausgabe ist mit einem Vorwort des Herausgebers versehen.

Theorien über den Mehrwert.

Aus dem nachgelassenen Manuskript: „Zur Kritik der politischen Ökonomie“. Herausgegeben von Karl Kautsky.

1. Band: Die Anfänge der Theorie vom Mehrwert bis Adam Smith. R. 5,50; geb. R. 6.—

2. Band: I. Teil: David Ricardo. R. 5,50; geb. R. 6.—

3. Band: II. Teil: David Ricardo. R. 5,—; geb. R. 5,50.

Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle.

Herausgegeben von Franz Mehring. 4 Bände. Gebunden statt R. 31,— nur R. 20,—.

Gerne empfehlen wir

Bilder von Karl Marx.

In Orig.-Anfertigung auf chinesischem Papier

Größe 85 x 65 cm. Preis R. 4.—

Photographie auf steifem Karton

Größe 33 x 33 cm. Preis R. 1.—

Expedition des „Vorwärts“,

Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).

Tischler-Verein zu Berlin.

(G. S. Nr. 89.)

Sonnabend, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:

Versammlung.

Lichtbilder-Vortrag des Schriftföhrers Herrn G. Hoffmann:

Eine Reise in Ostafrika.

Billettausgabe zum Thalia-Theater am 12. April. — Näheren der Beiträge.

Wönnen (Damen und Herren) willkommen. Der Vorstand.

Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.



Touren

zum Sonntag, den 15. März:
1. Abt. 2 Uhr: Etzlig (Birkenwäldchen). Start: Bülowstr. 58.
2. Abt. 1 1/2 Uhr: Hermsdorf. Start: Fontane-Bromenade.
3. Abt. früh 7 Uhr: Beetz. 1 Uhr: Wannsee. Start: Mariannenplatz.
4. Abt. 1 1/2 Uhr: Schönholz (Baumgärtner). Start: Kälischer Platz.
5. Abt. 2 Uhr: Gasselwerder. Start: Gihlum.
6. Abt. 1 1/2 Uhr: Föhrdenwerder (Brennd). Start: Oberberger Str. 28.
7. Abt. 1 Uhr: Bernau (Gihlum). Start: Grenzstr. 21.
8. Abt. 2 Uhr: Gatenfelde. Start: Waldstr. 8.
9. Abt. 4 Uhr: Baumhulenhöfen (Zabang). Start: Gewerkschaftshaus.
10. Abt. Jugendabteil. 1 1/2 Uhr: Bernau. Start: Kasino-Theater.
Die Erkungen finden jeden dritten Mittwoch im Monat bei Wille, Brannenstr. 188, statt.
Banföhr-Schönhausen 1 Uhr: Gatenfelde. Start: Bahnbrücke.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten. Woll-Reste! Nocequett. Plüsch-Sattelstaschen. Muster b. näh. Angabe franko. Emil Lefterre, Berlin, 158.

Zura 18. März

Sober, erschein: Wahlrechts-Protestkarte. 100 Stück 3 Mark. Söbster erhalten Muster gratis. Raab & Pohle, Leipzig.

Gänsefedern

liefern feine, stiel- und haubtel. schneeweich, baumreich, dr. Bld. R. 1,40. dieselbe geföhr. R. 2,40. (Muster grat.) Schaefer, Mystowitz, Schief. Nr. 4.

Charlottenburg.

Solide Uhren, Reparaturen an Uhren u. Goldwaren preiswert u. gut. Lützow Str. 15 Friedrich Stahenow, (am Rathaus).

Klein Laden! Guter Schnitt!

Neu eingerichtete Detail-Abteilung. Berl. Herren-Bekleidungs-Industrie! Gröner Weg 8, i links. Ad 10. März 1908 verkaufen an das m. Privatpublikum die in eigenem Betriebe hergestellten Herren- und Burschen-Garderoben! Da wir keine Laden- und sonstige dazu gehörigen Ausgaben haben, so sind wir in der Lage, die Preise sehr vorteilhaft zu stellen! Nur unsere Anfertigung nach Maß unter Garantie für guten Sitz machen wir besonders aufmerksam, nehmen auch Stoffe zur Verarbeitung nach Maß an! Sonntags von 12—2 Uhr geöffnet!

Grosse Betten 12 Mk.

(Oberbett, Unterbett, 2 Kissen) mit doppeltgereinigten neuen Bettfedern, bessere Betten 15, 18, 24 Mk.; 1 1/2, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50. Gustav Lustig, Berlin S. 20, Prinzenstr. 46. Gebt. Spezial-Beicht. Deutschl.

SCHATZ

Brunnenstr. 100 (Ring-Anklamerstr.) liefert geg. bar sowie auch auf Teilzahlung

Wohnungseinrichtg. sowie einzelne Möbel in jeder Preislage. Enorme Auswahl. Eigene Tischler- u. Tapezierer-Werkstätten.

MOEBEL

Partei-Angelegenheiten.

Rudow. Sonntag, den 15. März, nachmittags 4 Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokale von August Palm. Tagesordnung: Unsere bevorstehende Gemeindevahl.

Rögnitz-Wusterhausen. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß am heutigen Freitag, 7 1/2 Uhr abends, eine Flugblattverbreitung vom Lokale der Witwe Lange aus stattfindet.

Hohen-Schönhausen. Am heutigen Freitag, abends 7 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung zur Gemeindevahl statt.

Berliner Nachrichten.

Die Blüte der Nation.

Es ist Mitternacht vorüber. Wir stehen an der Zannowbrücke, unserm dritten Begleiter nachblickend, den das Rattern des soeben einfahrenden Zuges mitten aus unserer ersten Unterhaltung aufgeschreckt hatte.

Immer näher rückt das Unheil, immer lauter setzen die Stimmbänder ein, aber das Auge des Gesetzes macht diesmal sonderbarerweise nicht. Ein köstliches Berierbild, wo ist der Schutzmantel? Wer löst das Rätsel? Und die bange Frage beunruhigt und friedliche, polizeigewohnte Bürger in hohem Maße.

Nun sind die stimmgewaltigen Männer bei uns angelangt. Keine Wahlrechtskämpfer sind's, keine arbeitslosen, hungernen Proletarier; ach nein, die da singen und lärmern haben des Lebens Stürme noch nicht erprobt, haben noch nicht erfahren, was es heißt, rechtlos den Nacken zu beugen im kapitalistischen Joch!

Und unsere Gedanken schweiften zurück nach den Räumen der Arbeiterbildungsschule, die wir eine Stunde vorher verlassen hatten. Wir sehen die harten, ernsten Gesichter der Hörer, vom Jüngling bis herauf zum gereiften Mann, wie sie nach säuberlicher, pünktlicher 9-10 stündiger Tagesarbeit mit brennenden Augen, mit Fleiß und Aufmerksamkeit den historischen Darlegungen des Vortragenden folgen und sich in die entferntesten Epochen der Weltgeschichte versenken, wie sie mit steifen, ungelassen ringern Notizen an das vor ihr liegende Schreibheft eintragen oder auch stenographiert das Gehörte fixieren.

Neue Gemeindefschulen und neue Schulhäuser. Zu Beginn des Sommerhalbjahres 1908 werden sechs neue Gemeindefschulen eröffnet werden: in der Senefelderstraße die 288. und die 289. Schule, in der Danziger Straße die 290. Schule, in der Seefstraße die 291. Schule, in der Koloniestraße die 292. Schule, in der Straße Alt-Moabit die 293. Schule.

Religionsunterricht mit der Elle gemessen. Die „Pädagogische Zeitung“ bringt eine nicht üble Betrachtung über das Thema: „Das Alte Testament im evangelischen Religionsunterricht.“ Der „Schulbote“ für Hessen hat nachgewiesen, daß in den evangelischen Schulbüchern die Geschichten des Alten Testaments noch ausführlicher behandelt werden, als in den israelitischen Historienbüchern.

Table with 3 columns: Title, Auerbach, Fischer-Scholz. Rows include: Schöpfung, Adam und Eva im Paradies, Sündenfall, Cain und Abel, Sündflut, Turmbau zu Babel, Abraham und Lot, Untergang Sodoms und Gomorras, Jsaak gewinnt Rebekka, Esau und Jakob, Moses und Aaron vor Pharao bis zum Auszug, Jug durch die Wüste: Israel murren, Kampf gegen die Amalekiter, Goldenes Kalb, Mose's Tod.

„Wir sind also bedeutend israelitischer als die Israeliten“, bemerkt hierzu die „Pädagogische Zeitung“. Dieses Lehrblatt weist schließlich noch darauf hin, daß „das Verhältnis sich noch mehr zu unseren Ungunsten verschiebt,“ da den Erzählern im evangelischen Buch 35 Seiten eingeräumt seien, im jüdischen zwar 37 Seiten, aber 37 Seiten kleineren Formats mit reichlichem Fettdruck und durchschnittlich weniger Buchstaben auf der Zeile.

Von der gewissenhaften Berichterstattung der Städtischen Blätter haben wir in der vorgestrigen Nummer im Vorortteil wieder mal eine Probe. Heute müssen wir schon wieder eine Fälschung oder Dummheit des edlen Zeitungsgeschwisterpaars festnageln. Aus unserm Bericht in der Dienstagnummer über die Generalversammlung des Verbandes der Wahlvereine Berlins und Umgebung entnehmen die Zeitungsschreiber in der Königgräzer Straße eine Reihe Ziffern über das Wachstum der Parteiorganisation Groß-Berlins, die ihnen ausnehmend imponiert haben.

Neue Vorschriften für Druckmaschinen. Die Vorschriften über Druckmaschinen sind vom Reichspostamt jetzt in neuer, zum Teil abgeänderter Fassung für die Postämter zusammengestellt worden. Sie betreffen insbesondere die Vervielfältigungen mit der Schreibmaschine, wie sie durch die mannigfache Entwicklung dieses Zweiges notwendig geworden sind.

Fortgesetzte Diebstähle und Veranbungen auf den hiesigen Güterbahnhöfen haben die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft veranlaßt, um strengere Überwachung der Abladestellen auf den Bahnhöfen zu ersuchen.

genommen wurden. Die Königl. Eisenbahnverwaltung kommt nur dann für den Schaden auf, wenn er durch Verlust oder Verminderung der Güter in der Zeit von der Annahme zur Beförderung bis zur Ablieferung entsteht.

Die Große Berliner schickt uns unter Bezugnahme auf unsere gestrige Notiz, daß sie neue Pläne zu den bekannten Tunnelprojekten eingereicht habe, folgende Zuschrift:

„Die in Ihrer heutigen Morgenausgabe enthaltene Mitteilung, daß die Große Berliner Straßenbahn dem Berliner Magistrat ein neues Projekt für einen Tunnel unter der Leipziger und Potsdamer Straße überreicht habe, ist ihrem ganzen Inhalte nach falsch.“

Den Verhandlungen mit den Behörden liegen nach wie vor die ursprünglichen Entwürfe zugrunde, von denen abzugehen keine Veranlassung vorliegt.“

Diese Berichtigung ist recht merkwürdig und gelinde gesagt — dreifach. In der Einleitung wird unsere Mitteilung von der Einreichung neuer Pläne seinem ganzen Inhalt nach für falsch erklärt und zum Schluß wird die Einreichung neuer Pläne an die Aufsichtsbehörden zugegeben.

Eine Betriebsstörung trat gestern auf der Sioroststraße Nieder-Schöneeweide-Berlin ein. Der um 11 Uhr 10 Minuten von Nieder-Schöneeweide nach Berlin abfahrende Personenzug blieb plötzlich an der Treptower Rennbahn liegen.

Der Kriminalbeamte Kaffube, Kopenhagener Straße 26, dessen Rolle in der Parteiorganisation wir dieser Tage schilderten, hat sich unter andern auch als Mitglied des Wahlvereins für den vierten Wahlkreis unter dem Namen Karl Krugle, Weber-Straße 63, bei Witwe Kahle eintragen lassen.

Ueber einen Nordbruch und Selbstmord wird gemeldet: Der 22-jährige Kaufmann Webe verfuhr gestern Abend die am 17. März 1888 zu Homsberg, Kreis Osterode, geborene Buchhalterin Käthe Walerostki im Flur des Hauses Krefelder Straße 3 durch mehrere Revolvergeschüsse zu töten.

Das Geheimnis der Berlenkette. Das tiefe Dunkel, das die Affäre des verschwundenen Berlenhalsbandes der Gräfin von Wartenleben umgibt, ist immer noch nicht gelichtet worden. Die Kriminalpolizei hat ihre Nachforschungen fortgesetzt, aber der Verbleib der wertvollen Berlen konnte nicht ermittelt werden.

Wegen Sittlichkeitsvergehen, begangen an schulpflichtigen Kindern, verhaftet wurde der 62 Jahre alte Friedrich Rämpfert, Panstr. 42a wohnhaft.

Verhaftung eines Wärlings. Gestern morgen wurde durch die Kriminalpolizei der Schriftsteller Dr. Nidel, der in der Leipziger Straße 3 seine Wohnung hat, verhaftet.

Ein folgenschwerer Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittags in der Turmstraße. Der Kaufmann Bruno Dieffenbach, Belle-Alliance-Straße wohnhaft, wollte mit seinem Zweirade die Straßenbahnhaltestelle in der Turmstraße nahe der Gohlswitzstraße kreuzen.

Das Gericht beschloß eine Aussetzung des Termins, um weitere Recherchen in dieser Sache von der Kriminalpolizei vornehmen zu lassen, die dazu führten, daß festgestellt wurde, daß Nidel mit Hilfe von Detektivs die Eltern und das Kind selbst zur falschen Aussage beeinflusst hatte.

Die freie Volkshöhle feiert ihr Märzfest am morgigen Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain. Außer dem Sinfonieorchester unter Leitung des Kapellmeisters G. Zimmer haben ihre Mitwirkung zugezogen: der Männerchor „Kreuzberger Harmonie“ (Dirigent Max Reinhardt), und Herr

Magnus Stiff vom Berliner Theater (Regitation). Zahlreicher Besuch der Mitglieder und ihrer Familien ist erwünscht. Einladungen und Karten à 60 Pf. inklusive Ball und Programm sind in allen Zahlstellen zu haben.

Neue Dachstuhlbrände.

Gestern mittag wurden schon wieder zwei große Dachstuhlbrände aus dem Südosten gemeldet. Der erste um 11 Uhr aus der Wiener Straße 60, wo das Eckhaus an der Stalitzer und Kanteuffelstraße in großer Ausdehnung in Flammen stand. Die von mehreren Seiten alarmierte Feuerwehr war bald mit 4 Jügen zur Stelle und griff sofort mit allen Kräften an. Erst nach mehrstündiger Tätigkeit konnte die Feuerwehr wieder abrücken. Der Dachstuhl war nicht mehr zu retten. Eine halbe Stunde später brannte der Dachstuhl des Schaafes Waldemarstr. 6 am Mariannenplatz. Dieser Brand konnte schneller gelöscht werden. Von dem Brandstifter fehlt auch heute noch jede Spur.

Vermisst wird seit dem 2. März der 14½ Jahre alte Sohn der Südeschen Eheleute, Neue Königsr. 75 wohnhaft. Der in einer Steinbruderei beschäftigte junge Mensch kam am genannten Tage nachmittags zwischen 2—3 Uhr nach Hause und zog sich seinen Konfirmandenanhang an, da er angab, nach Charlottenburg fahren zu müssen. Seitdem ist er verschwunden. Der Knabe war bekleidet mit dunklem Paletot, schwarzem Kniffhut und hatte eine Uhr mit Doppeltaschel bei sich. Er hat eine außerordentlich frische Gesichtsfarbe, dunkelblondes Haar und große Augen. Personen, die Angaben über den Vermissten machen können, werden gebeten, dies bei den Eltern: Neue Königsr. 75, zu melden.

Das Theater Jolles Caprice hat seinem Programm eine neue Einlage einberleibt: „Menschen“, Pantomime in drei Bildern, Puffel vom Béla Bazsó. Die roh gezimmerten Szenen sind wenig eindrucksvoll. Jagen sich die in ihnen mimen Damen nicht ziemlich bis aufs Hemd aus, so würde überhaupt wohl jeglicher Effekt fehlen: im ersten Bilde „Liebe“ macht die von der Hochzeit heimkehrende junge Försterin Nachtoilette; im zweiten „Verführung“ bezieht die in einen offenstehenden Spieghelkloster gefüllte Gräfin, aus dem die schwarzen Knieftrümpfe, die bauschigen Seidenhöschen und noch manches andere sollet hervorlugen, den jungen Förster; im dritten Bilde „Treu“ erschleicht die Försterin dem um ihre Gunst werbenden Grafen. Beide männliche Rollen lagen in einer Hand; ebenso die beiden weiblichen. Paulette d'Oréon verstand es gleich gut, die Verführungskünste der Gräfin spielen zu lassen, wie die Treue der Försterin glaubwürdig darzustellen. Charles Frieze mimte den Förster lebhaft und gewinnend; sein Graf hingegen hatte etwas Steifes und Hölzernes. — Ein kleines Malheur, das die geringe Wirkung des Ganzen noch erheblich verminderte, passierte im letzten Bilde: als die Försterin, um sich des Grafen zu erwehren, nach der an der Wand hängenden Finte griff, ließ sich diese erst nach längerem Reckeln vom Haken herabholen. Der Schuh schließlich hatte eine ungewollte Doppelwirkung: nicht nur der Graf mußte an ihn glauben, sondern auch das Heiligenbild der Försterin, das vom Nagel fiel. —

Feuerwehrbericht. Ein sehr gefährlicher Brand kam vorgestern abend in dem Keller der Kolonialwarenhandlung von E. Rabes, an der Ecke der Dorn- und Großbeerstraße 7a, durch Unvorsichtigkeit zum Ausbruch. Ein Lehrling hatte in dem Keller zu tun. Durch Fahrlässigkeit geriet dabei Petroleum in Brand. Statt sofort Alarm zu schlagen, versuchte der junge Mann vergeblich den Brand zu löschen. Schließlich versperren die Flammen, die am Petroleum, Äpfeln, Regalen, Türen usw. reiche Nahrung gefunden hatten, dem Lehrling den Ausgang. Hülferufend stand er vor dem vergitterten Kellereingang. Das Gitter mußte erst durchgeholt werden, um den jungen Mann zu befreien. Die Feuerwehr fand bei ihrem Eintreffen schon eine kritische Situation vor. Um die Flammen zu löschen, ließ Brandmeister v. Worch mit drei Schlauchleitungen Wasser geben und den Keller zum Teil unter Wasser setzen. Dieses wurde später wieder ausgepumpt. Der Schaden ist erheblich, aber durch Versicherung gedeckt. Nachts um 10 Uhr wurde die Wehr zweimal nach der Kronenstr. 61/62a und Friedstraße 118 gerufen. In beiden Fällen lagen Wasserrohrbrüche vor. Um 11 Uhr nachts brannten in der Diefenbachstr. 18 Lumpen u. a. auf dem Boden des Hauses. Weitere Feuermeldungen liefen aus der Oberberger Straße 63, Willibald-Alexisstraße 31 und anderen Stellen ein. — Der gestrige Brand in der Hasenheide 117, Ecke Wilmannsstraße, hat einen ganz außer gewöhnlich großen Wasserschaden verursacht. Die Rigdorfer Feuerwehr hat mit 8 Rohren Wasser geben müssen, um die Flammen zu löschen. Das Wasser ist fast durch sämtliche vier Stockwerke bis in den Keller gedrungen. Die zahlreichen Mieter sind über die Risse in ihren Wohnungen ganz außer sich. Gestern nachmittag sind abermals mehrere Brandstiftungen in Berlin und den Vororten vorgekommen. Am Luisenpark 38, Ecke der Ritterstraße, stand nach 4 Uhr der Dachstuhl in Flammen. An drei Stellen hatte man Seegras, Lumpen, Papier usw. in Brand gesteckt. Zum Glück gelang es noch, alle drei Brandherde bald zu löschen. Nicht weit davon, in der Stalitzer Straße 133, neben Pfeffer u. Rohmann (Nähmaschinenfabrik), brannten Papier und Stroch in Bodenverschlagen, und um 5 Uhr in der Josefst. 8, Ecke Frankstraße, Hausrat, Lumpen usw. in Bodenverschlagen. Grober Unfug lag einer Feuermeldung aus der Söhnhauser Allee 18 zugrunde. Der Täter ist leider nicht ermittelt. Der Brand einer Wäde alarmierte die Feuerwehr nach der Drontheimer Straße 31 bei Pantow. In der Brunnenstr. 63 wurden Gardinen ein Raub der Flammen. Außerdem liefen noch Alarme aus der Waldemarstraße 9 und 22 ein, denen dann noch ein Alarm aus der Eisenbahnstraße 2 folgte.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindevahlbewegung.

In Hermsdorf bei Berlin und in Rahnsdorfer Mühle findet heute nachmittag von 2—7 bzw. von 5—6½ Uhr die Gemeindevahl in der dritten Klasse statt.

Da es auf jede Stimme ankommt, so veräume niemand, sein Wahlrecht auszuüben.

Königs-Wusterhausen.

Die Gemeindevahl für die dritte Klasse findet am Donnerstag, den 19. März, vormittags von 9½ bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr statt. Partei- und Gewerkschafts-genossen! Durch die für die auswärtig arbeitenden Wähler ungünstige Wahlzeit glaubt die Gemeindebehörde ansehend die Arbeiterchaft von der Ausübung ihres Wahlrechts abhalten zu können. Indes hat die werttätige Bevölkerung ein großes Interesse daran, daß auch in unser Dorparlament ein sozialdemokratischer Vertreter einzieht. Es muß daher jeder Wähler eine Ehre darin sehen, für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten Genossen Franz Kaiser Sorge zu tragen. Läßt es die Arbeiterchaft an der nötigen Agitation nicht fehlen, so geht unser Kandidat mit großer Stimmenmehrheit als Sieger aus der Wahl hervor.

Wildau-Soherlehme.

Für die am 17. März nachmittags von 5—8 Uhr stattfindende Gemeindevahl findet am 11. März eine öffentliche Wähler-versammlung statt. An Stelle des nicht erschienenen Genossen Freywald-Pantow legte Genosse Kaiser in kurzen Zügen die Hauptforderungen des sozialdemokratischen Kommunalwahlprogramms dar. Die Genossen Klein, Becker und Tänger ergänzten in der Diskussion die Ausführungen und brachten namentlich örtliche Mißstände zur Sprache. Als Kandidaten wurden hierauf der Genosse Schumann, Gastwirt, als Anführer und Genosse Adolf Tänger, Tischler, als Nichtanführer einstimmig aufgestellt. Zum

Schluss forderte Genosse Kaiser die Versammelten auf, rage für die Gemeindevahlwahl zu agitieren, damit die sozialdemokratischen Kandidaten als Sieger aus der Wahl hervorgehen.

Neuenhagen (Stsbahn).

Am Dienstag, den 17. März, findet die Gemeindevahl statt. Die dritte Klasse wählt in der Zeit von 1—4 Uhr nachmittags, die zweite Klasse von 4—5 Uhr. Parteigenossen! Trotz der ungünstigen Wahlzeit wird erwartet, daß jeder am Tage der Wahl seine Pflicht tut. Die kurze Zeit bis zur Wahl muß noch intensiv für die Agitation ausgenutzt werden. Am Sonntag früh findet eine Flugblattverteilung statt, wozu jeder Genosse erscheinen muß.

Rahnsdorfer Mühle.

Heute Freitag findet die Gemeindevahl für die dritte Ab- teilung von nachmittags 5—6½ Uhr im Restaurant von W. Graf statt. Kandidat ist der Tischler Max Bodin. Es ist die Pflicht der Arbeiter, vor allem aber der Parteigenossen, einmütig für unseren Kandidaten ihre Stimme abzugeben.

Wahlergebnisse.

Groß-Lichterfelde. Stichwahl im Bezirk Westen.

Die Beteiligung an den vorgestrigen Gemeindevahlen war eine ganz enorme. Während im Osten unser Kandidat mit 282 gegen 447 Stimmen der Mittelstandspolitiker und 68 freisinnige unterlag, bot der auch von Arbeitern dichter bewohnte Westen ein anderes Bild. Die Parole „Kraftprobe zwischen Bürgerturn und Sozialdemokratie“, die von den Gegnern ausgegeben war, verfehlte ihre Wirkung auf die bürgerlichen, aber auch auf die proletarischen Wähler nicht. Kopf an Kopf, schweißtriefend standen die Massen der Wähler stundenlang, ehe sie ihre Stimme abgeben konnten. Gegen 7 Uhr, als die Arbeiter in Scharen dem Wahllokal im Westen zuströmten, vermochte der Saal kaum die Masse zu fassen. Zum erstenmal hat die Sozialdemokratie in diesem Bezirk die meisten Stimmen von allen Parteien erhalten. Es erhielten die Genossen: Neumann 490, Benzl 488, Pints 483 Stimmen. Von den Gegnern: Schirmer 452, Schulze 458, Engelmann 442, Dr. Brandis 420, Rathias 306, Hennig 134 Stimmen. Es ist daher Stichwahl zwischen den sozialdemokratischen Kandidaten: Neumann, Benzl, Pints und Schulze, Engelmann, Schirmer. Durch die jetzt entstandene eigenartige Situation kann der Sieg unsererseits errungen werden, wenn die Genossen auch bei der Stichwahl ihre Schuldigkeit tun und alle bei der Hauptwahl säumigen Arbeiter heranziehen. Jede Minute bis zur Stichwahl muß durch intensive Agitation ausgenutzt werden.

Hohen-Neuendorf a. d. Nordbahn. Bei der Gemeindevahlwahl erhielt unser Genosse Max Neumann 60, der Gegner Postverwalter August Walter 123 Stimmen. Letzterer ist somit gewählt. Die Gegner haben bei dieser Wahl mit allen Sozialen operiert. So wurden alte, lahme und krüppelige Wähler per Jagdwagen nach dem Wahllokal expediert, um ihr Wahlrecht auszuüben. Der Vorsitzende des Ortsvereins, ein lgl. Eisenbahndirektor, hatte die gesamte Bahnbeamtenchaft ausgedient, welche pflichtschuldigst antrat. Rechnet man noch die 40 Papierstimmen hinzu, so ist es kein Wunder, daß Genosse Neumann unterlag. Unser Stimmengewinn seit dem vorigen Jahre beträgt 22.

Lichterfelde. Bei der gestrigen Gemeindevahlwahl gaben von 323 Wahlberechtigten 153 Wähler ihre Stimme ab. Davon entfielen auf unseren Genossen Rowe 59 Stimmen, der bürgerliche Kandidat Gastwirt Reifel erhielt 40, Ruder 42 und Kademeier 6 Stimmen. Es findet also Stichwahl zwischen unserem Genossen Rowe und dem Kandidaten der Bürgerlichen, Reifel, statt. Der Termin dieser Stichwahl wird noch bekannt gegeben. Die Genossen werden gut daran tun, schon jetzt alle Kräfte für die Agitation zu entfalten, um die große Masse der Nichtwähler an die Wahlurne heranzubringen und dadurch unserem Kandidaten zum Siege zu verhelfen.

Franz-Buchholz. Bei der gestrigen Gemeindevahlwahl wurden abgegeben: Im ersten Bezirk: Für den bürgerlichen Kandidaten Kruschke 60 Stimmen, für den Genossen Radloff 78 Stimmen. Genosse Radloff ist gewählt. Im zweiten Bezirk: Für den bürgerlichen Kandidaten Kettlich 99 Stimmen, für den Genossen Pohl 90 Stimmen. Kettlich ist wiedergewählt.

Paulow. Die gestrige Gemeindevahlwahl war um ¼/10 Uhr abends noch nicht erledigt. Von dem Resultat können wir jedoch mitteilen, daß im 1. Bezirk die Majorität für uns gesichert ist. Im 2. Bezirk ist unser Genosse Klemens mit 734 Stimmen gegen 506, die auf den bürgerlichen Kandidaten Brandes fielen, gewählt. Mit dieser Wahl haben wir die dritte Klasse vollständig für uns erobert; der achte und letzte Bürgerliche zieht nunmehr aus der dritten Abteilung hinaus!

Charlottenburg.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte in der öffentlichen Sitzung 16 Punkte zu erledigen. Wichtig war die Vorlage über die Abänderung der Gemeindegrundsteuerordnung, über welche der Staatsauschuss berichtete. Er empfahl die Annahme der Vorlage des Magistrats, wonach von den unbedauten Grundstücken das Doppelte der Steuer wie von den bebauten erhoben werden sollte. Stadtverordneter Dr. Stadthagen begründete seinen ablehnenden Standpunkt mit dem Hinweis darauf, daß er nicht wünsche, der Etat solle der Regierung zur Genehmigung vorgelegt werden, er wolle das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde wahren.

Genosse Zietz sprach die Zustimmung unserer Fraktion aus, da wir in der Vorlage eine kleine Abschlagszahlung auf die Wertzuwachssteuer erblicken, auf die wir indes keineswegs verzichten. Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden könne schon deshalb nicht tangiert werden, weil es überhaupt ein sehr problematisches Recht sei. — Könnte doch Charlottenburg aus eigener Machtvollkommenheit nicht einmal einen Gemeindefriedhof anlegen und ebenso werde Charlottenburg demnächst wieder die Erfahrung machen, daß es die Schuldeputation nicht nach seinem Willen besetzen könne.

Die Abänderung der Grundsteuerordnung wurde darauf fast einstimmig genehmigt.

Eine Vorlage des Magistrats verlangte 282.000 M. zur Errichtung eines Asyls für Obdachlose. Genosse Will wies darauf hin, daß seitens unserer Partei schon seit Jahren darauf gedrungen ist, mit dem Bau des Asyls endlich zu beginnen. Es wäre wohl richtig gewesen, wenn der Magistrat etwas früher dieser Forderung nachgegeben hätte, um die unheilbaren Zustände zu beseitigen, anstatt auf den sanften Rippenstoß der Polizei zu warten — heißt es doch in der Begründung der Vorlage: „Der Polizeipräsident hat dringend ersucht, für eine anderweitige Unterbringung der jetzt für unsere Rechnung im Polizeigenossenschaft aufgenommenen nützlich Obdachlosen Sorge zu tragen, da er dazu fernherhin nicht mehr in der Lage sei.“

Die Vorlage wurde genehmigt.

Eine längere Debatte rief der Antrag unserer Genossen hervor: „Der Magistrat wird ersucht, der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zu unterbreiten, durch welche die obligatorische Krankenversicherung der in Charlottenburg wohnenden Heimarbeiter auf Grund des Krankentagegeldgesetzes (Novelle vom 10. April 1892) eingeführt wird.“

In einer großzügigen Rede begründete den Antrag Genosse Zietz: Die Heimarbeiterausstellung vom Jahre 1906 hat jedem Gelegenheit gegeben, einen Blick in den Jammer der Heimarbeiter zu tun, und wer das getan, kann sich der Anschauung nicht verschließen, daß, wo irgend die Möglichkeit besteht, diesem Jammer

und dieser Not entgegen zu treten, auch die Pflicht vorhanden ist, helfend einzugreifen. Vor kurzem hat der Charlottenburger Magistrat eine Sachkonfessionssteuer einführen wollen mit der Begründung, dadurch ungesunden Wohnungsverhältnissen entgegenzutreten zu können. Hier hat er eine viel bessere Gelegenheit dazu; denn gerade der Mangel an gesunden Wohnräumen bei den Heimarbeitern in Verbindung mit der Ausbeutung der Frauen und Kinder schafft auch in sanitärer Beziehung die allerhöchsten Verhältnisse. Das Reich hat etwas Eingreifendes zur Beseitigung der Heimarbeiter bisher nicht getan. Freilich haben die Heimarbeiter von dem Krankentagegeld insofern Vorteil, als sie vielfach, wenn sie eine kurze Zeit in einem versicherungspflichtigen Betriebe beschäftigt waren, freiwillige Mitglieder der Krankenkasse bleiben. Dadurch fügen man aber den Heimarbeitern doppeltes Unrecht zu; denn die Krankentagegeldversicherung wird gerade in der Heimarbeiter größer als bei dem Arbeiter in der Werkstatt, und die Kosten für diese Versicherung werden dem Heimarbeiter allein aufgebürdet, während der Unternehmer sich davon bestreie.

Freilich könne man sagen, daß die Heimarbeiter ja jetzt bereits unter das Krankentagegeldgesetz fallen, und könnte infolgedessen meinen, es wäre richtiger, in dem Antrag „Hausindustrielle“ zu fassen. Praktisch liegt die Sache aber so, daß die Heimarbeiter, soweit sie versichert sind, sich selbst versichern, der Unternehmer sich also um seine Versicherungspflicht herumdrückt. In der verlangten Vorlage muß der Begriff so gefaßt werden, daß die Hausindustriellen mit darunter fallen. Die Schwierigkeiten der geforderten Versicherung verkennen wir nicht, und es ist vielleicht richtig, daß das in Berlin erlassene Ortsstatut über diesen Gegenstand in Wirklichkeit nicht durchgeführt werden wird. Aber das ist das Schicksal fast der ganzen Arbeiterausbeutung, die noch nicht zu 25 Prozent durchgeführt wird, teils aus mangelndem Willen der Regierung, teils aus ihrer mangelnden Kraft gegenüber den Unternehmern. Auf keinen Fall darf man die Sache ablehnen mit einem Hinweis auf das Reich und den geplanten Ausbau der Arbeiterversicherung. Es handelt sich im Reich um eine Vereinheitlichung, nicht um einen Ausbau der Versicherungsgesetzgebung; denn die soziale Gesetzgebung steht ja ganz unter dem Einfluß gewisser Unternehmer, denen es viel zu rasch damit geht. Durch die Schwierigkeit der Materie dürfen wir uns nicht abschrecken lassen, namentlich nicht, wenn wir wünschen, daß Charlottenburg in der Sozialpolitik mit an erster Stelle marschiert (Verbottes Dravo bei den Sozialdemokraten).

Stadtrat Pohl sang zunächst ein hohes Loblied auf die deutsche Sozialgesetzgebung, auf die jeder Deutsche stolz sein könne, und die in der ganzen Welt nicht wieder existierte. Dann bat er dringend, den Antrag abzulehnen und lieber zu warten, bis das Reich, das ja die Materie in die Hand genommen habe, sie erledigt habe.

Stadtverordneter Meyer (Lib.) schloß sich dem Lob auf die deutsche Sozialgesetzgebung an und wiederholte die im Reichstag erhobenen Bemängelungen an der Heimarbeiterausstellung. Die Heimarbeiter selbst wollte er nicht missen; verbanne ihr doch z. B. die Konfektionsindustrie ihren großen Aufschwung. Den Antrag aber bat er anzunehmen mit der Änderung, „Hausgewerbetreibende“ statt „Heimarbeiter“ zu fassen; auch eine eventuelle Erledigung der Materie durch die Regierung würde noch einen weiten Spielraum für ein Ortsstatut lassen.

Stadtv. Bissauer (unpolit.) wiederholte das Lob unserer Sozialgesetzgebung, die ganz einzig in der Welt sei, zum dritten Male. Zu dem Antrage selbst erklärte er seine Zustimmung; die Schwierigkeiten werden vielfach überschätzt, man solle sich doch gegenwärtig halten, daß 62 Prozent aller Heimarbeiter in der Tabakindustrie, 33 Prozent in der Bekleidungsindustrie, also 65 Prozent allein in zwei Branchen beschäftigt seien.

Genosse Fleming wies darauf hin, daß die Verammlung vor wenigen Minuten einen Beitrag von 10.000 M. für eine Robert Koch-Stiftung zur Bekämpfung der Tuberkulose bewilligt habe. Hier sei eine Gelegenheit, der Tuberkulose, dieser gerade unter den Heimarbeitern so überaus verbreiteten Proletarierkrankheit, noch etwas energischer zu Leibe zu gehen. Nach einem Schlußwort des Genossen Zietz, in welchem er unter anderem erklärte, mit der vom Stadtv. Meyer vorgeschlagenen Änderung einverstanden zu sein, wurde der Antrag einstimmig angenommen. Bei der Mitteilung der Auberichte für das zweite Halbjahr 1907 hieß es: „Der Erweiterungsbau des Elektrizitätswerks hatte zu Beginn dieses Halbjahres noch unter dem Streif der Bauarbeiter zu leiden.“

Genosse Vartisch protestierte energisch gegen diese Verschleierung der Tatsachen, es handelte sich um eine Aussperrung, nicht um einen Streik. In anderen Fällen (bei dem Streik der Müllabfuhrgesellschaft mit ihren Arbeitern) habe der Magistrat sehr wohl verstanden, zwischen Streik und Aussperrung zu unterscheiden; freilich handelte es sich damals darum, durch die Deutung des Streites als Aussperrung den Unternehmern in ihrem Bemühen, sich arglistig ihrer Vertragspflicht zu entziehen, zu Hilfe zu kommen.

Der Oberbürgermeister Schufzhus glaubte es sich nicht ver sagen zu dürfen, die Gesellschaft gegen den Vorwurf der Arglist in Schutz zu nehmen.

Bei der Mitteilung des Vorstandes betreffend die Kontrolle über die Ausführung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung wurde der Magistrat angefragt, wie er anlässlich der Verschiebung der Reichsbeamtenbesoldungen und der Beamtenbesoldungen im Reich und im Staat über die Revision des Normaltarifs denke, die nur deswegen noch nicht vorgenommen ist, weil man auf das Reich und den Staat warten wolle.

Bürgermeister Marting erklärte, daß der Magistrat sich bereits morgen mit dieser Angelegenheit beschäftigen werde. Bei einer anderen Frage wurde ein Antrag angenommen, den Magistrat zu ersuchen, die notwendigen Schritte sowohl zur Errichtung eines Krematoriums als einer Urenenhalle zu unternehmen; beide Fragen seien durchaus unabhängig von der Anlegung eines Gemeindefriedhofes, auf welchen man keineswegs verzichte; vielmehr müsse auch diese Forderung in jeder Weise gefördert werden. — Um ¼/10 Uhr wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

Auf dem Neubau tödlich verunglückt ist, wie uns nachträglich noch von Arbeitern des Baues mitgeteilt wird, vorige Woche der 24jährige Maurer Otto Krüger. Derselbe war auf dem in der Viehstraße befindlichen Neubau auf der vierten Balkenlage beschäftigt. Als er nach dem Stiel heruntertreten wollte, rutschte er auf dem Balkenkopf aus und fiel auf den Hof hinunter. Der Verunglückte hatte einen Schädelbruch und Gehirnerschütterung erlitten und starb nach einer Viertelstunde an den Verletzungen. Er hinterließ eine Frau mit zwei kleinen Kindern.

Spandau.

Ans der Stadtverordnetenversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm der Stadtverordnete Siefert, der auch Vorsitzender des Grundbesitzervereins ist, das Wort, um gegen eine Rede des Reichstagsabgeordneten Pauli im Reichstage über die Spandauer Wohnungsverhältnisse bei der Beratung des Militär-etats Front zu machen. Der Abgeordnete Pauli hatte nämlich im Reichstage behauptet, die Wohnungsverhältnisse seien in Spandau so erheblich hoch, daß sie von den Arbeitern kaum noch gezahlt werden könnten. Die Behauptung bezichtigte der Grundbesitzer Siefert als grobe Unwahrheit und verlangte, daß der Magistrat hiergegen Stellung nehmen möchte. Der Stadtverordnete und frühere Genosse Dusch, der jetzt mehrfacher Hausbesitzer ist, blieb in dasselbe Horn von sein Kollege Siefert. Der von einigen bürgerlichen Stadtverordneten in voriger Sitzung eingebrachte Antrag, die Versammlung solle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Petition an den Kultusminister zu richten dahingehend, die Ferien für die Volksschulen mit denen der höheren Schulen gleichzustellen und eventuell die Verfüzung der Ferien wieder aufzuheben, wurde als dringliche Vorlage behandelt. Der Stadtverordnete Kirz begründete den Antrag und beglückwünschte die Verfügung des Ministers als eine Ungerechtigkeits. Die bürgerlichen Parteien streben doch im allgemeinen danach, durch Ausgleich der sozialen Gegensätze die Sozialdemokraten an die Wand zu

Bräden. (Wer laßt da?) Durch solche Verfügungen erhalten aber die Sozialdemokraten wieder Wasser auf ihre Mühle. Stadtverordneter Pieper erklärt auf diesen Antrag des Stadtvorstandes, daß die Sozialdemokraten vor dem Andenwandrücken keine Angst haben. Diese seien stets für die Volksschule eingetreten, die bürgerlichen Stadtverordneten seien aber sehr häufig nicht für die Volksschule zu haben. Der Bürgermeister Wolf erklärt, daß der Magistrat sich an Charlottenburg gewendet habe mit der Erklärung, sich dem Protest gegen die Verfürgung der Herren für die Volksschulen anzuschließen zu wollen. Ein Bescheid vom Minister sei noch nicht zurückgekommen. Wohl aber habe der Minister eine diesbezügliche Petition des Berliner Magistrats ablehnend beantwortet. Stadtverordneter Kirch zog schließlich seinen Antrag zurück, nachdem der Stadtvorstand die Inedemöglichkeit desselben bezweifelt, da ja der Magistrat bereits petitioniert habe. Man will erst die Antwort des Ministers abwarten. Die Stadtverordneten Schob und Genossen haben folgende Anfrage eingebracht: Was hat den Magistrat veranlaßt, den Druck des Schuletats öffentlich auszuschreiben? Da doch hier sechs Buchdruckereien vorhanden sind, die sämtlich dem Deutschen Buchdruckerverein angehören und den mit den Gehülften vereinbarten Tarif zahlen. Der Oberbürgermeister Köhler erwidert, daß der Magistrat nach dem Ortstatut gehandelt habe, wenn er die Arbeit öffentlich ausschreiben. Nach diesem Ortstatut muß jede Arbeit über 200 M. öffentlich ausschreiben werden. Stadtverordneter Genosse Schmidt I tritt dafür ein, daß das Ortstatut geändert werde. Die Unterbietungen seien unhaltbare Zustände. Vom Magistrat wird die Forderung gestellt, an den Verein für Kinder- und Jugendschutz zur Beschaffung einwandfreier Säuglingsmilch eine jährliche Beihilfe von 300 M. zu gewähren. Stadtverordneter Genosse Schmidt I hält die Summe von 300 M. nicht für ausreichend. Er beantragt, 1000 M. zu bewilligen. Er moniert auch, daß die hiesige Presse die Namen der vom Gericht verurteilten Milchpantser und sonstiger Lebensmittelverfälscher nicht veröffentliche. Der Antrag des Genossen Schmidt wurde schließlich abgelehnt und die Magistratsvorlage angenommen. Nach längerer Debatte bewilligt die Versammlung einen Zuschuß von 3000 M. zu den Kosten eines Bebauungsplanes für Groß-Berlin. Für den Entwurf eines Rathausneubaus war ein Wettbewerb mit dem Architektenverein vereinbart, für welchen die Versammlung einen Beitrag von 8000 M. bewilligt hatte. Diese Summe hat sich als zu niedrig erwiesen und werden noch 7000 M. nachgefordert. Die Versammlung bewilligt diese 7000 M. und schiebt den Termin zur Ablieferung der Arbeiten bis zum 1. Juni dieses Jahres auf 1. Mai hinaus. Die Vorlage des Magistrats betreffs Genehmigung des abgeänderten Bebauungsplanes des Gasanstaltsgrundstücks und Bewilligung von 17 500 Mark zur Regulierung eines für die Gasanstalt angekauften Grundstückes einschließlich einer Zufahrtsstraße ruft eine stundenlange Debatte hervor. Die Vorlage wird schließlich angenommen. Die Erhöhung der Remuneration für die Armenärzte um je 500 M. wird von der Versammlung genehmigt. Zur Beschaffung von zwei Motormagen zur Inbetriebsetzung der Straßenbahnstrecke nach dem Johannisstift werden die Mittel mit 28 000 M. bewilligt. Die Versammlung spricht ihr Einverständnis darüber aus, daß für schwachbefähigte Kinder drei Hilfsklassen, und zwar in jedem Stadtteil eine, eingerichtet werden und bewilligt die Mittel für die erforderlichen Lehrkräfte. Stadtverordneter Genosse Schmidt I trat hier warm für diese Vorlage ein. Er wünscht auch, daß man defizitären Kindern der Volksschule auf häßliche Kosten das Realgymnasium zugänglich machen soll. Eine Reihe kleinerer Vorlagen wird verlegt und dann noch eine geheime Sitzung erledigt.

Kommunales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die Etatsberatung wurde auch gestern nur wenig gefördert. Erledigt wurden nur die Etats der Krankenhäuser und der Irrenhäuser sowie als Ergänzung zum Etat der höheren Schulen eine Nachtragsvorlage über die Erhöhung des Schulgeldes für auswärtige Schüler.

Der Plan, an den höheren Schulen das Schulgeld für auswärtige Schüler zu erhöhen, rief eine lebhaft erörterte Frage hervor, die mit der Annahme des Magistratsantrages endete. Gegner dieses Planes waren ein Teil der Freisinnigen und die sozialdemokratische Fraktion. Die alte Streitfrage, ob Berlin die Vororte schikanieren oder sie freundlich behandeln solle, wurde von neuem aufgerollt. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Genosse Singer sich grundsätzlich gegen diese „Zollpolitik“, durch die man den Berlinern die Vorortler vom Halse halten wolle. Die Debatte lief aus in einen heftigen Zusammenstoß der Herren Cassel und Rosenow mit dem etwas zu vorlaut gewordenen Stadtkämmerer Steiniger. Der Herr holte sich einen derben Ruffel.

Bei den Spezialstats der sechs Krankenhäuser gab Genosse Singer eine eingehende Schilderung der Situation, in der das Krankenhauswesen der Stadt Berlin sich gegenwärtig befindet. Die Krankenhausnot ist nicht mehr so akut wie früher, aber beseitigt ist sie noch keineswegs. Singer wies nach, daß noch immer zahlreichen Kranken die Aufnahme lediglich deshalb verweigert wird, weil im Augenblick keine freien Betten für sie zur Verfügung stehen. Wenn die erwartete Besserung dieser Zustände noch nicht in vollem Umfang eingetreten ist, so trifft die Schuld nicht die Krankenhausdeputation, sondern den Magistrat, der aus Gründen der Sparsamkeit manche Vorschläge der Krankenhausdeputation nur unvollkommen ausführt oder sie ganz unbeachtet läßt. Ueber dieses eigenartige Verhältnis zwischen Krankenhausdeputation und Magistrat sprach Singer, der selber in der Deputation sitzt, einmal offen seine Meinung aus, indem er erklärte, daß bei den immer erneuten Schwierigkeiten, die der Magistrat der Deputation bereitet, eine Flucht an die Öffentlichkeit nicht länger zu umgehen sei. Zu den Aufgaben, die der Krankenhausverwaltung für die nächste Zeit bevorstehen, gehört der Bau eines fünften Krankenhauses und die Schaffung von Tuberkuloseheimen, durch die die Krankenhäuser entlastet werden könnten. Beides wurde von dem sozialdemokratischen Redner dem Magistrat dringend zur Beachtung empfohlen. Singers Ausführungen wurden ergänzt durch unseren Genossen Weyl, der die Schaffung auch von Refonvaleszentenheimen anregte. Von ihnen sei eine weitere Entlastung der Krankenhäuser und im übrigen auch ein Gewinn für die Kranken zu erwarten. Weyl wandte sich dann gegen die vom Magistrat angeregten „Reformen“, gegen die Pläne einer weitgehenden Erhöhung der Kurkosten für auswärtige Kranke, sowie andererseits der Schaffung besonderer Abteilungen für zahlungsunfähige Kranke. Auch die immer wiederkehrenden Angriffe gegen die Krankenkassen wurden von dem Redner zurückgewiesen, und schließlich wurde von ihm die neue Lohnordnung für das Krankenhauspersonal beleuchtet, die vielfach die Löhne nicht aufbessert, sondern sie herabdrückt. Der Magistrat antwortete durch den Mund des Stadtkämmerers Steiniger und des Stadtrats Weigert, aber ihre Erklärungen fanden auch bei den Rednern der übrigen Fraktionen wenig Beifall. Erfreulich war nur die von Herrn Weigert abgegebene Versicherung, daß Berlin einmal Tuberkuloseheime und Refonvaleszentenheime kriegen soll. Hoffentlich dauert nicht so lange.

Zu den Etats der vier Irrenhäuser sprach Genosse Jades. Er zeigte, daß die Lage des Pflegepersonals noch immer sehr der Besserung bedarf, und schilderte die Schwierigkeit, das nötige Personal zu beschaffen. Ueber die Zustände, die sich aus der starken Verengung der Irrenhäuser ergeben, machte unser Redner aufsehen-erregende Mitteilungen. Seine Mahnung, die Stadt solle mehr eigene Irrenhäuser bauen, um endlich nicht mehr auf die Mitbenutzung privater Anstalten angewiesen zu sein, wurde vom Stadtrat Straßmann beantwortet mit der wenig tröstlichen Ankündigung, daß man wohl so bald nicht dahin kommen werde, ganz auf Privatankalten verzichten zu können. Die Stadt hat nämlich ihre Pflicht, eigene Anstalten zu bauen, so lange vernachlässigt, daß es ihr jetzt tatsächlich unmöglich ist, die Anstalten so rasch zu vermehren, wie die Irren ihr zuwachsen.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frau ins Haus!

Die obenstehende, zünftlerische, muckerische Forderung, wird durch Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt charakteristisch beleuchtet. Schon seit mehreren Monaten kann man eine Verschiebung in dem Verhältnis der gewerblich beschäftigten, weiblichen und männlichen Arbeitskräfte konstatieren. Relativ wird die Zahl der beschäftigten Frauen und Mädchen größer, die der Männer kleiner. Es werden mehr männliche Arbeitskräfte entlassen, als weibliche. Das nicht nur! Teilweise nimmt sogar die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte absolut zu, während die der beschäftigten männlichen Arbeiter geringer wird. Die Gesamtzahl der Lohnarbeiter nimmt ab, die Zahl der erwerbstätigen Frauen und Mädchen wächst. Die Ursache liegt in der Verschlechterung der Wirtschaftsverhältnisse. Unternehmer suchen das Lohnkostenkonto herabzumindern. Das

geht in vielen Fällen, indem die besser bezahlten männlichen Arbeitskräfte durch schlechter entlohnte weibliche ersetzt werden. Und solche Bestrebungen werden gefördert durch einen verstärkten Andrang von Frauen und Mädchen auf dem Arbeitsmarkt. Weil die Männer und Söhne arbeitslos sind, keinen Erwerb finden können, bieten sich der Arbeitslosen Frauen und Töchter um jeden Preis auf dem Arbeitsmarkt an. Der Vater versorgt das Hauswesen, die Frau geht zur Fabrik, um wenigstens das trockene Brot für die Familie zu erwerben.

Die Zahl der auf dem Arbeitsmarkt sich anbietenden Frauen, Töchter und Schwestern wird erhöht durch ein großes Heer weiblicher Arbeitskräfte, das nach Erwerb umhauert, weil der Verdienst des Familienhauptes wegen Lohnreduktion, Arbeitszeitverkürzung und Feierlichkeiten nicht mehr zum Unterhalt der Familie ausreicht. So treibt die kapitalistische Wirtschaft gerade in Zeiten, in denen die Arbeitsgelegenheit nachläßt, die Frau, die angeblich ins Haus gehört, in größerem Umfange als Lohnbrückerin des Mannes, aus dem Hause hinaus, in die Fabrik hinein!

Veranstaltungen - Veranstaltungen.

Lichtenberg. Montag, 16. März, 8 1/2 Uhr, bei Gebr. Arnhold, Frankfurter Chaussee 5/6 („Schwarzer Adler“): Vortrag, Redakteur John: „Hausfrauenfragen“.

Berlin. Dienstag, den 17. März, 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72: Generalversammlung. Bericht des Vorstandes. Neuwahl des Vorstandes.

Rummelsburg. Dienstag, den 17. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Tempel, Alt-Vorhagen 56: Generalversammlung. Bericht des Vorstandes. Neuwahl des Vorstandes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Vermischtes.

Ein Fall von Geniesirre wird aus dem Städtischen Wernuchen an der Berlin-Briegener Bahn gemeldet. Dort ist ein 11jähriger Knabe nach kurzem Krankenlager an Geniesirre gestorben. Es sind natürlich umfassende Maßnahmen getroffen, um eine Weiterverbreitung der Seuche zu verhindern und es scheint auch keinerlei Veranlassung zu irgend welcher Verunreinigung vorhanden zu sein.

Fünf Kinder erstickt. Ueber ein entsetzliches Brandunglück wird aus Frankfurt a. M. berichtet: In dem Hause Offenbacher Straße 328 spielten gestern Morgen die fünf Kinder einer Arbeiterfamilie in Abwesenheit der Eltern mit Streichhölzern, wobei die Möbel in Brand gerieten. Ehe Hilfe gebracht werden konnte, waren sämtliche fünf Kinder erstickt.

Ein Millionendieb ist in Paris festgestellt worden. Nach einer Meldung von dort ergab die gegen den Bankier Maurice Gallet eingeleitete Untersuchung, daß dieser die ihm anvertrauten Wertpapiere veruntreut hatte, und daß seine Passiven 12 Millionen Frank betragen. Unter den Geschädigten befinden sich den Wätern zufolge die Herzogin Uzès mit 1 Million, die Gräfin Gontaud-Biron mit demselben Betrage und die Erben des Barons Rouer mit fünf Millionen Frank. Gallet wird vor das Justizhauspolizeigericht gestellt werden.

Kesselexplosion. Wiener Meldung zufolge erfolgte in den chemischen Werken zu Neu-Erfau eine Kesselexplosion. Das Kesselhaus wurde völlig zerstört, der Direktor und drei Arbeiter wurden schwer verletzt.

Feuer im Schacht. Nach einer Meldung aus Pilsen ist im Austragschachte ein Feuer ausgebrochen. Der Schaden ist bedeutend.

Starker Schneefall in Schweden. Wegen andauernden starken Schneefalls sind, nach einer Meldung aus Stockholm, große Störungen im Eisenbahnverkehr eingetreten. In Geste ist der Schneefall von Orsa infolge hoher Schneehöhen nachmittags entgleist. Ein Hilfszug ist von Falun abgegangen, um die Reisenden abzuholen. Alle Landstrassen sind verschneit.

Witterungsübersicht vom 12. März 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Höhe über Meer	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer Höhe über Meer	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Stettin	754,90		3 bedeckt	0	2	Hannover	775,8		2 mollen	-25	
Damburg	758,93		3 bedeckt	0	2	Petersburg	768,00		4 mollen	-18	
Berlin	763,9		3 Regen	3	3	Seilly	762,00		3 bedeckt	7	
Frankfurt	766,3		3 Regen	2	2	Aberdeen	762,00		1 wolbig	3	
München	759,3		5 wolbig	-1	1	Paris	762,3		2 bedeckt	2	
Wien	755,3		5 wolbig	4	4						

Wetterprognose für Freitag, den 13. März 1908.

Nacht und zunächst meist neblig, aber trübe mit leichten Schneefällen und ziemlich kaltem nordöstlichen Wind; später langsam aufklarend. Berliner Wetterbureau.

Sensationelle Gelegenheiten!

Saal-	Teppiche	• 90, 65 bis 50 Mk.
Salon-	Teppiche	• 65, 40 bis 30 Mk.
Speise-	Teppiche	• 50, 30 bis 25 Mk.
	Zimmer	Teppiche
Wohn-	Teppiche	• 25, 18 bis 15 Mk.
Herren-	Teppiche	• 14, 8 bis 6 Mk.
Sofa-	Teppiche	• 5, 2,50 bis 1,25 Mk.
Bett-	Teppiche	• 5, 2,50 bis 1,25 Mk.

Außerdem empfehle ca. 300 kleine, mittlere u. große Teppiche in echten Perser, handgekn. Smyrna, Prima Velour, Brüssel, Axminster, Turnay und Tapestry, welche durch den Umbau und Umzug nach der I. Etage etwas gelitten haben.

jetzt ca. 40% billiger
Erstklassiges Spezial-
Teppich-Haus
B. Hurwitz
Rotes Schloß, An der Stechbahn 1-2, vis-à-vis dem
Parterre und I. Etage.
ca. 430 m großer Teppichsaal.

Möbel!

Stube und Küche Anzahlung 15 M. an
von
Einzelne Möbelstücke Anzahl. 3 M. an
Bessere Wohnungseinrichtungen
in jeder Stilart, jedem Geschmack
entsprechend bei denkbar
kleinster Anzahl und Abzahlung.
M. Beiser
Lothringerstraße 67
Lieferung frei Haus!

Hat jemand Rheumatismus,
Gicht, Gliederreizen, Nervenschmerzen,
Gürtelweh (Ischias), Gesehschuß, Gesehschuß etc.
der gebraucht „Electricum“ (Reicher, Kiefernadel-
nur Reicher's „Electricum“ (Reicher, Kiefernadel-
ein einfaches und unschädliches Naturprodukt von starker,
durchgreifender Wirkung. „Electricum“ wirkt
wie elektrisierend auf den Körper und nicht wie
spirituelle Eingebungen nur momentan und oberflächlich,
sondern nachhaltig und gründlich. Pl. R. 1. und 2. Die
Wirkung wird noch erhöht durch innerlichen Gebrauch von Reicher's Wacholder-
Extrakt, Pl. 75 Pl., M. 1.50 u. 2.50. Man nehme nur die ersten
Originalfällungen und achte scharf auf die Marke „Medico“!
Erhältlich in den meisten Drogerien und zu beziehen durch
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Sochen erschienen:
Die historische Leistung von Karl Marx.
Zum 25. Todestage des Meisters herausgegeben von Karl Kautsky.
Mit einem Porträt. Preis 30 Pf.
Die preussischen Landtagswahlen.
Die gesetzlichen Bestimmungen nebst Erläuterungen.
Herausgegeben von Dr. Leo Arons.
Dritte veränderte Auflage. Preis 20 Pf.
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68.
Lindenstr. 69. Laden.

Achtung! Sonnabend, den 14. und
Sonntag, den 15. März, im
Rosa-Karl Klenzler, Tegel,
rant
12 wertvolle Preise! Erster Preis:
Großes Preis-Regel. Ein Grammophon mit fünf Platten.
Alle Genossen und Regelbrüder laden ergebenst ein **Karl Klenzler.**

6 Monats-Garderoben-Haus
6 Prinzenstraße 6
Die schönsten 2146L*
Herren-Sommer-Paletots und -Anzüge
in getragener, speziell Monats-Garderobe.
Von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede
Figur passend, speziell Bauchansätze, sind in großer
Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben
im Laden **Paul Lowicki, Prinzenstr. 6.**
Hochbahnstation: Prinzenstraße.

Neu eröffnet!

Modewarenhaus HUGO LINDEMANN

Brunnenstraße 11a, Ecke Voltastraße

Ueberraschend große Auswahl in Kleiderstoffen, Wäsche, Gardinen, Teppichen, Tisch- u. Steppdecken, Blusen u. Röcken, Trikotagen, Strümpfen, Kurz- und Weißwaren, Herren- Artikeln.

Sämtliche Zutaten zur Schneiderlei. Jeder Käufer erhält

Gratis! ein elegantes Eröffnungs-Geschenk! Gratis!

Lieferant des Rabatt-Spar-Vereins „Norden“.

Für Zigarrenhändler billigste Einkaufsquelle von Zigarren, Zigaretten und Tabaken. Max Ziegenhals, Berlin No. 18, Keibelstr. 20, Alexanderplatz.

HERREN KLEIDUNG KNABEN KLEIDUNG S. LEVY, CHARLOTTENBURG SCHARRENSTR. 36

Einzelverkauf an Private Begründet 1873. von Filz-, Strohh- und Zylinderhüten. neueste Moden zu außergewöhnlich billigen und streng festen Preisen. Spezial-Hut-Engroslager

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (festgedruckt) 20 Pfg. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (festgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Herdenletern... Herrenuhren, silberne 4,00, Damenuhren, goldene 8,00... Pfandleihhaus! Hermannplatz 6... Herrenmoden, hochlegante...

Teppiche. Vormärzliefer erhalten auf meine... Damenhemden, hergestellt, mit gestrichelter... Herrenmoden, hochlegante...

Der bis zum 19. März keine Möbelkäufe... Möbel billig. In meiner seit 1880 bestehenden... Nationalmöbel! Salongarnitur, Umbau... Tisch, Stühle, Schreibtisch...

Zaudente, Arbeiter, Handwerker, billige Möbel... Möbel zu zwei Stuben verkauft... Verschiedenes. Fern die Mutter Sprache...

Wohnungen. Stuben und Küche zu vermieten... Zimmer. Ein freundlich möbliertes Zimmer... Schlafstellen. Möblierte Schlafstelle... Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Gärtnerei...

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin. Wegen Streit und Differenzen... Deutscher Klavierarbeiter! Wegen Lohnunterschieden...